Nr. 137. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 15. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ernte-Aussichten.

Seitdem Graf v. Schwerin als Vorsitzender des Preußischen Landesökonomie-Kollegiums und zugleich des Deutschen Landwirtschaftsrats seine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet hat, in der er unter Darlegung des drohenden landwirtschaftlichen Notstandes um Maßnahmen zur Linderung ersucht, bemüht sich die agrarische Presse bald aus dieser, bald aus jener Ecke Ostelbiens Klagenotizen über schlechten Saatenstand zu bringen. Es scheint, als stelle der zu erwartende Ernte-Ausfall, der vornehmlich Weizen infolge der geringen Niederschläge im Frühjahr und der anhaltenden Hitze während des Mais trifft, möglichst aufgebauscht werden zu dem würdigen Zweck, die Regierung wie die öffentliche Meinung im Voraus für die Gewährung recht hoher Hilfsspenden an das notleidende Junkertum zu präparieren, und gleichzeitig ad oculos die Berechtigung der Klagen dieses Junkertums über seine traurige Wirtschaftslage zu demonstrieren, der natürlich nur durch Zollerhöhungen aufgeholfen werden kann. Ist vorläufig auf dem Gebiet der Zollpolitik nichts zu erreichen, so sind doch einige Subsidien inzwischen immerhin mitzunehmen, — und zum Teil ist ja auch schon ein Erfolg der regen Bemühungen zu verzeichnen, da der Finanzminister bereits an die Oberpräsidenten die Verfügung erlassen hat, in „geeigneten Fällen" auf Antrag der Steuerpflichtigen Steuererlasse zu bewilligen.

Gewiß ist es selbst bei Zuhilfenahme einer recht ansehnlichen Dosis von Rabulistik etwas schwierig, aus einem drohenden Ernte-Ausfall die Notwendigkeit einer Getreidezoll-Erhöhung herzuleiten, doch der Agrar-Logik ist, wie das Beispiel verschiedener konservativer Zeitungen und die Eingabe des Grafen v. Schwerin beweist, selbst die Vereinbarung der absurdesten Widersprüche möglich. Erblickt doch, wie wir bereits erwähnten, der Herr Graf in dem Umstand, daß infolge der guten amerikanischen Ernte-Aussichten trotz des zu erwartenden Mindererertrages der deutschen Ernte die Preise an der Börse noch immer nicht in die Höhe schnellen wollen, bereits einen deutlichen Beweis dafür, daß seine „wesentliche Erhöhung der Getreidezölle" notwendig ist. Und noch verblüffender sind die Schlußfolgerungen einzelner Blätter. Sie argumentieren einfach: Da, wie man sieht, der Landwirt nicht selten vom Mißgeschick heimgesucht wird, so folgt daraus, daß er in den guten Jahren so viel verdienen muß, um für die schlechten etwas zurücklegen zu können, folglich müssen die Getreidezölle erhöht werden usw.

Diese Tendenziösität, die in der Behandlung der ganzen Angelegenheit durch die konservative Presse zum Ausdruck kommt, mahnt gegenüber ihren Klageberichten zur Vorsicht. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Befürchtungen, der Herbst werde einen bedeutenden Ernte-Ausfall in den östlichen Gegenden bringen, grundlos sind. Es ist notorisch, daß große Teile des mit Winterweizen bestellt gewesenen Bodens haben umgepflügt werden müssen, und daß auf dem Teil, der nicht umgeackert worden ist, der Weizen — zum Teil auch der Roggen — erst unter dem harten Winter und dann unter der anhaltenden Hitze entschieden gelitten hat; aber ebenso sicher ist, daß die landwirtschaftlichen Vereine und Blätter den Mißstand aus gewissen Gründen zu übertreiben suchen. Schon der Bericht des Grafen v. Schwerin-Löwitz liefert dafür einen recht charakteristischen Beweis. Die „Kölnische Zeitung" hatte keineswegs so unrecht, als sie vor einigen Tagen bemerkte, daß die in der Eingabe des Herrn Grafen befolgte Berechnungsmethode auf die Fähigkeit der Kommission des Landesökonomie-Kollegiums, mit dem Rechenstift zu arbeiten, ein recht bedenkliches Licht fallen läßt.

Sehen wir uns die Eingabe etwas näher an. Sie giebt an, daß von der mit Winterweizen bebauten Fläche in Preußen nahezu die Hälfte, genauer 47 Proz., als verloren zu betrachten war und deshalb umgestürzt werden mußte, während auf dem übrigbleibenden Teil (53 Proz.) der Weizen mit 3,8 steht (1 bedeutet sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering, 5 sehr gering), also einen schlechteren Stand hat, als jemals seit 1893. Dann heißt es weiter:

„Man wird mit einiger Wahrscheinlichkeit den Winterweizen-Ernte-Ausfall auf rund 1,05 Millionen Tonnen zu schätzen haben gegen 570 000 Tonnen im Vormonat. Gegen die Winterweizen-Ernte im Vorjahre von 2 245 515 Tonnen würde noch mit einem Ernte-Ertrag von 1 192 000 Tonnen zu rechnen sein. Dieser enorme Ernte-Ausfall berechnet sich, wenn wir den Preis von 175 M. pro Tonne zu Grunde legen, auf 183 750 000 M. für Weizen. Ganz enorm ist auch die ausgewinterte und umgeackerte, mit Roggen bestellte Fläche im Vergleich zum Vorjahre, nämlich 11,3 Proz., gegen 3,19 Proz. oder in Hektar ausgedrückt rund 168 000 gegen in diesem Jahre 505 000 Hektar. Der Ernte-Ausfall in Winterroggen ist demnach auf rund 713 000 Tonnen zu schätzen. Gegen eine Ernte von 6 313 121 Tonnen Winterroggen im Vorjahre wird in diesem Jahre noch mit einem Ernte-Erträgnis von etwa 5 600 000 Tonnen Roggen zu rechnen sein. Der Verlust, der sich bei einer Zugrundelegung des Roggenpreises von 145 M. pro Tonne aus dem Roggenernte-Deficit ergiebt, ist auf rund 103 000 000 M. zu schätzen. In Preußen sind demnach die Verluste der Landwirtschaft allein in Brotgetreide — Weizen und Roggen — auf 286 750 000 M. zu schätzen, ganz abgesehen davon, daß die nicht ausgewinterten und nicht umgepflügten Flächen gegen das Vorjahr noch einen ganz erheblichen Ausfall in Aussicht stellen."

Selbst angenommen, die Erhebungen über die umgeackerte Fläche seien ganz genau, so bleibt doch die Berechnung des Verlustes nicht nur eine einfache, sondern sogar eine doppelte Apothekerrechnung. Graf v. Schwerin setzt ohne weiteres den Ertrag der ganzen umgeackerten Fläche = 0 und berechnet dann einfach den Verlust nach der Getreidemasse, die entsprechend dem durchschnittlichen Ertrag pro Hektar von der umgepflügten Fläche hätte geerntet werden können. Thatsächlich aber liegt doch die umgepflügte Fläche nicht brach; sie ist mit Sommersaat neu bestellt worden, was dann, wenn der Winterweizen zur Reife gebracht worden wäre, nicht hätte geschehen können. Was als eigentlicher Verlust betrachtet werden kann, ist demnach nur die Wintersaat (im Durchschnitt allenfalls 28—30 M. pro Hektar), sowie die Kosten der zur Bestellung des Wintergetreides aufgewendeten Arbeit nebst den Kosten der Düngung. Letztere beiden (d. h. Arbeitslohn und Düngung) übrigens auch nur zum Teil, da die Nachbestellung der Sommersaat infolge der im vorigen Herbst für die Wintersaat aufgewendeten Mühen viel weniger Arbeit erfordert hat, als unter andren Umständen, und ferner der dem Acker für das Wintergetreide zugeführte Dünger von letzterem keineswegs voll ausgenutzt worden ist, sondern größtenteils auch dem neuangebauten Sommergetreide zu gute kommt. Zieht man dies in Betracht, dann muß die famose Verlustrechnung der Kommission, des Landesökonomie-Kollegiums, selbst wenn man möglichst hoch rechnet, um weit über die Hälfte reduciert werden.

Hinzu kommt noch ein zweiter Trick. Der Preis pro Tonne Weizen ist in der Eingabe mit 175 M., pro Tonne Roggen mit 145 M. angenommen worden. In Wirklichkeit hat jedoch nach eigner Berechnung des Herrn Dr. Dade, Generalsekretär des deutschen Landwirtschaftsrats, seit Festsetzung des Vertragszolls von 3,50 M. pro Doppelcentner der Durchschnittspreis für Weizen in Preußen nur 155 Mark pro Tonne, für Roggen nur 131 Mark betragen (vergleiche „Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands", herausgegeben vom Verein für Socialpolitik, II. Bd. S. 41); es ist also in der Eingabe der Weizenpreis um 20, der Roggenpreis um 14 M. zu hoch angesetzt.

Doch selbst die Einstellung dieses Durchschnittssatzes von 155 bezw. 131 M. in die Rechnung ist, wenn der wirkliche Verlust der Landwirtschaft aufgerechnet werden soll, noch viel zu hoch; denn diese Preise hat nicht in den letzten acht Jahren der Landwirt auf seinem Gut erhalten; es sind die durchschnittlichen Engrosmarktpreise. In ihnen stecken neben dem Preis, den der Landwirt erhielt, die Kosten für den Wagen-, Eisenbahn- und Schiffstransport von den Gütern bis zu den Marktplätzen und überdies ein gewisser Handelsgewinn.

Man sieht, näher betrachtet, bedarf die schöne Rechnung, die das Landesökonomie-Kollegium der Regierung präsentiert hat, recht wesentlicher Korrekturen. Und von ähnlichem Wert sind die Angaben, die das Schriftstück über den Ausfall der Stroh- und Klee-Ernte macht. Eine gute Portion Mißtrauen kann deshalb Berechnungen, die von jener Seite kommen, nicht schaden. Vertrauensseligkeit ist Nachweisen agrarischer Verbände, auch halboffiziellen, gegenüber schlecht angebracht; und noch weniger gegenüber den Notstands-Lamentationen, die jetzt bald hier, bald dort in Agrarblättern auftauchen. Die betreffenden Zeitungen verfolgen mit solchen Klageberichten sehr bestimmte Zwecke.

Im Hinblick auf das voraussichtliche Minderergebnis der deutschen Ernte drängt sich naturgemäß die Frage auf: Wie werden sich im Herbst die Weizen- und Roggenpreise gestalten, werden sich die abnormen Preissteigerungen des Jahres 1891 wiederholen? Vorläufig fehlt zu allen solchen Befürchtungen jeglicher Grund, denn bis jetzt steht nach den verschiedensten Berichten nicht nur in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch in Kanada der Weizen vortrefflich, so daß dort eine außergewöhnlich reichliche Ernte zu erwarten ist. Und auch Rußland darf nach neueren Nachrichten, die sich allerdings in Einzelheiten widersprechen, auf eine gute Mittelernte rechnen. In den Gouvernements Samara und Saratow ist danach eine recht günstige Ernte zu erwarten, ebenso in Simbirsk, Pensa, Tula und Kiew; nur in den Gouvernements Tambow und Woronesch sieht es bedenklicher aus; vor allem aber soll der Saatenstand in den vorwiegend Roggen bauenden Gouvernements Orenburg, Kaluga, Charkow, Poltawa, Kursk und Orel ein im ganzen recht befriedigender sein. Dagegen hatten 1891 sowohl die mitteleuropäischen Staaten, als auch Rußland, Rumänien und die Vereinigten Staaten mehr oder minder unzureichende Ernten. So stieg denn der Weizenpreis an der Berliner Börse, nachdem er sich schon in den Monaten November bis Januar 1890 im Durchschnitt auf 190 M. pro Tonne gehoben hatte, fast stetig aufwärts, bis er im Mittel der Monate Mai/Juli 1891 den abnorm hohen Preisstand von 237 M. erreichte. Und noch höher schnellte im Vergleich der Roggenpreis empor; er stellte sich in den Monaten August/Oktober 1891 an der Berliner Börse im Durchschnitt auf 236 M. pro Tonne und hielt sich auch im nächsten Quartal auf beinahe gleicher Höhe.

Dazu kam noch, daß 1891 die Mißernte sich auch auf Roggen, der wichtigsten Brotfrucht Ost- und Norddeutschlands, erstreckte, ja in Rußland der Roggen sogar verhältnismäßig noch stärker litt als der Weizen, während bis jetzt in Rußland die Roggenernte, wenn auch nicht gerade gut, so doch immerhin befriedigend auszufallen verspricht.

Es wird also der Fehlbetrag der deutschen Ernte durch ein voraussichtliches Mehr andrer Länder, vor allem der Vereinigten Staaten, völlig ausgeglichen. Daß nicht trotzdem unter dem Einfluß der Spekulation oder einer hier und dort sich geltend machenden plötzlichen Nachfrage zeitweilig ein stärkeres Anziehen der Preise erfolgt, ist deshalb nicht ausgeschlossen; aber jene Befürchtungen, die ähnliche Preissteigerungen kommen sehen, wie sie das Jahr 1891 gebracht hat, gehen unbedingt viel zu weit.

Eine Lehre giebt der bevorstehende Ernte-Ausfall sicherlich. Er zeigt, daß wenn schon in guten Jahren Deutschland der Getreidezufuhren nicht zu entbehren vermag, in schlechten Jahren das Angewiesensein der deutschen Konsumenten auf die einheimische Produktion zu einer das ganze Wirtschaftsleben schwer schädigenden Krisis führen würde. Das spricht gewiß nicht für das Bestreben der Agrarier, durch hohe Getreidezölle den deutschen Markt nach außen abzuschließen und auf ihm ein die Weltmarktspreise für Weizen und Roggen weit überragendes Preisniveau herzustellen und zu erhalten. Hätten wir heute einen Eingangszoll von 6 M. pro Doppelcentner, wie ihn die Junker als Mindestsatz fordern, es wäre zweifellos, daß sich der Preis pro Tonne noch um 25 M. höher stellen würde, als zu erwarten steht, denn die stärkere Nachfrage nach Auslandware bringt den Zoll voll zur Geltung.

Es ergiebt sich daraus die Mahnung an die Arbeiterklasse, ohne Erlahmen gegen die agrarische Zollpolitik Front zu machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juni.

Eine Bilanz.

Der soeben vom Vorstand der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, Sektion II, Bochum, für das Jahr 1900 herausgegebene Jahresbericht konstatiert wieder eine bedeutende **Zunahme der Unglücksfälle.**

Die Zahl der versicherten Personen betrug 225 101 gegen 205 649 im Vorjahre. Zur Anmeldung gelangten insgesamt **28 020** Unfälle. Die Unfallstatistik weist folgende Steigerung auf.

Die Zahl der Unfälle betrug:

Jahr	überhaupt	pro 1000 Personen	Entschädigungspflichtige Unfälle pro 1000 Personen
1885/86	7 884	75,88	9,44
1890	10 804	88,01	10,79
1895	16 813	107,49	14,43
1900	**28 020**	**124,48**	**14,11**

Mit unheimlicher Sicherheit schwellen die Unfallziffern an, dabei ist noch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1900 kein Massenunglück zu verzeichnen war.

Von den im Berichtsjahr zur Anzeige gelangten Unfällen hatten 3176 entschädigungspflichtige Folgen, **525** Knappen büßten infolge Unfalls **ihr Leben ein.**

Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle hat prozentual etwas abgenommen. Die Ursache dafür wird wohl nicht in letzter Linie in der erfolgreichen Abweisung nicht unberechtigter Rentenansprüche zu finden sein. Einschließlich der Angehörigen beläuft sich die Zahl der Rentenempfänger infolge der Unfälle im Berichtsjahre auf 3981.

In der Unfallbilanz ist auch folgendes Ergebnis verzeichnet: An künstlichen Gliedmaßen für Verletzte wurden beschafft — „bewilligt" heißt es im Bericht —: 7 künstliche Beine und Füße, 10 künstliche Arme und Hände, 55 künstliche Stelzfüße, 26 künstliche Augen, 197 künstliche sonstige Hilfsmittel.

Welche Unsumme von Not und Elend läßt nicht allein diese kurze Aufzählung ahnen. Und um welchen Preis wurde das Resultat erzielt? In der Zeit der Hochkonjunktur, als die Unternehmer märchenhafte Gewinne einsackten, da wies man die Forderung der Knappen nach besserem Lohn, nach verbessertem Schutz für Leben und Gesundheit zurück, mit den Behauptungen, Bummelei und Faulheit verschulden es, wenn die Bergarbeiter kein höheres Einkommen erlangten, ihre Begehrlichkeit gefährde die — nationale Arbeit und ihre Forderungen seien nur die Frucht gewissenloser Agitation. Während der guten Zeit konnte der Bergmann nichts auf die Seite legen für die spätere ungünstige Periode als Notgroschen bei Krankheitsfällen und dergleichen. Und jetzt, wo Arbeitskräfte überschüssig sind, treffen den Lohnsklaven Lohnreduktionen und Arbeitslosigkeit — aber der Unternehmer hält seine Preise hoch.

Durch den Bericht wird auch wieder einmal das Märchen von den Unglücksfällen als Folge der Ausschweifung an Sonntagen enthüllt. Die höchste Zahl der Unfälle entfalle auf den Sonnabend mit **17,74** Proz.; die wenigsten Unfälle entfallen, abgesehen vom Sonntag, auf den Mittwoch mit **15,88** Proz.

Daß Ueberanstrengung die Folge vieler Unfälle ist, ersieht man auch durch Vergleich der Monatsziffern. Die meisten Unfälle (absolut und prozentual) finden wir verzeichnet auf die Monate Oktober und November (9,44 und 9,27 Proz.) In diesen Monaten wird, wegen Deckung des gesteigerten Winterbedarfs, die Produktion am intensivsten betrieben; besonders war das auch im Vorjahre der Fall. Da jagen sich Ueberschichten und Ueberstunden, die Arbeitskraft wird bis zum äußersten angestrengt, Abspannung und Unfälle sind die Folge.

Wird man endlich den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter nach besserem Schutz für Gesundheit und Leben stattgeben? —

Christliche Uebermenschen.

In einer Schilderung der militärischen Expedition über Paotingfu an die Grenze von Schansi enthüllt der Specialberichterstatter der „Kreuz-Zeitung" seine Anschauung über den Umgang der Deutschen mit Chinesen. Er widerspricht dem Offizier Grafen Königsmarck, mit dem zusammen er einen Rekognoscierungsritt unternahm und der die seltsame Idee hatte, „die Chinesen nach europäischem Maße zu messen", und der, obschon er Südamerika von West nach Ost durchzogen, dennoch „enragierter Philantrop" sei. Der Herr Specialberichterstatter der christlichen „Kreuz-Zeitung" ist nicht so thöricht, Philantrop zu sein. Er schildert die Aufgabe europäischer Christen gegenüber der chinesischen Bevölkerung also:

„Nur dadurch, daß wir dem Eingeborenen — hier dem Chinesen — jede Vertraulichkeit unmöglich machen, und uns niemals, auch gegen ihre höchsten Würdenträger, herbeilassen, ihnen die Hand zu schütteln oder gar — was leider schon viel zu oft vorgekommen ist — ihre Gastfreundschaft anzunehmen, können wir uns das moralische Uebergewicht schaffen, das heute viel wertvoller wäre, als alle kleinen Siege, die der großen Masse unbekannt bleiben, und von den gebildeten Chinesen als der unausbleibliche Erfolg größerer feindlicher Kräfte angesehen werden, was ihnen moralisch gar keinen Eindruck macht. . . .

„Das moralische Prestige ist gegen die Chinesen nur so durchzuführen, daß man ihnen den Daumen auf das Auge drückt und **noch viel hochmütiger und mopsanter gegen sie wird,** als sie es noch immer gegen uns sind. Dazu gehört aber in erster Linie, daß man sie als „Natives" (in der englischen Bedeutung) betrachtet und ihnen jede intime Berührung mit uns versagt. Leider ist dagegen schon furchtbar gefehlt worden und es giebt zahlreiche Leute, die sich durch die Einladung eines Chinesen „geschmeichelt" fühlen und ihr mit Empressement nachkommen. Die Indulgenz ist bereits viel zu weit gegangen."

Das Christentum der frommen „Kreuz-Zeitung" bewährt sich in der Weltpolitik gleicherweise wie in der heimischen Politik. Dieselbe Herrenmoral, die hier zu Lande die Arbeiterschaft knutet und knechtet, will den Angehörigen eines andren Volks „den Daumen aufs Auge drücken", und die Demutvollen des Christentums bekennen sich frei zum Hochmut gegenüber Nebenmenschen. Und solche Lehre verkündet ein Blatt, das am eifrigsten für das Missionswesen spricht. Es wäre die ärgste sittliche Verwahrlosung, wenn die Chinesen vor den Missionaren dieses „Kreuz-Zeitungs"-Christentums nicht höchste Verachtung empfänden. —

* * *

Deutsches Reich.

Städteverwaltungen gegen den Brotwucher.

Nunmehr ist auch die Hauptstadt des Reichslandes mit einer eindrucksvollen Demonstration in die Kampflinie gegen den agrarischen Brotwucher eingerückt. Der Gemeinderat nahm, wie uns aus Straßburg vom 13. Juni berichtet wird, in seiner gestrigen Sitzung mit großer Mehrheit den von sozialistischer Seite veranlaßten Antrag des Professors Mayer an, an die Landesverwaltung die Bitte zu richten, sie solle ihr möglichstes thun, um die geplante Erhöhung der Getreidezölle abzuwehren. Der Antrag ist damit begründet, daß die von der geplanten Erhöhung der Getreidezölle zu erwartende, nicht unbeträchtliche Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel notwendigerweise die Lebenshaltung der großen Masse der städtischen Bevölkerung herabdrücken und damit auch auf die städtische Finanzlage einen ungünstigen Einfluß ausüben werde; die Einnahmen aus Octroi, Gewerbesteuer 2c. müßten zurückgehen, die Ausgaben für Löhne, Armenunterstützungen dagegen steigen. Dieser Benachteiligung der Städte stehe kein entsprechender Vorteil für die landwirtschaftliche Bevölkerung gegenüber.

Die Kundgebung des Straßburger Gemeinderats gewinnt eine besondere Bedeutung als Demonstration gegen den Versuch des Ministeriums Puttkamer, den Städtevertretungen des Landes das Recht der Meinungsäußerung in dieser Frage streitig zu machen. Sowohl der Gemeinderat von Metz, wie derjenige von Mülhausen sind bekanntlich, wie seiner Zeit berichtet, von den zuständigen Bezirkspräsidien im Auftrage des Ministeriums unter Androhung der Auflösung aufgefordert worden, die gegen die geplante Zollerhöhung gefaßten Beschlüsse rückgängig zu machen. Mülhausen hat dieses seltsame Ansinnen unverzüglich mit einer deutlichen Absage an das Ministerium beantwortet, indem der Gemeinderat über das betr. Schreiben des Bezirkspräsidenten kurzerhand zur Tagesordnung überging, und jetzt hat auch die berufene Vertretung der Bürgerschaft der Landeshauptstadt dem Diktaturminister zu verstehen gegeben, daß sie keineswegs gewillt sei, sich von ihm in der vorliegenden Frage irgendwie ins Bockshorn jagen zu lassen. Diese Haltung des Straßburger Gemeinderats konnte nach dem scharfen Renkontre, zu dem es im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen anläßlich der Beratung des agrarischen Antrags zu Gunsten der Zollerhöhung auf Getreide zwischen dem Bürgermeister der Stadt Straßburg, Unterstaatssekretär a. D. Back, und dem Staatssekretär v. Puttkamer über das Recht der Stellungnahme der Gemeindevertretungen in dieser Frage gekommen war, nicht mehr zweifelhaft sein. Back hatte damals mit aller Schärfe besonders den größeren Städten die Befugnis vindiziert, in der ihre Gesamtinteressen auf's innigste berührenden Getreidezollfrage die Meinung der Bürgerschaft nach außen hin zum Ausdruck zu bringen. Dem Beispiel Straßburgs werden nun auch die übrigen Städte des Reichslandes folgen, so weit sie nicht bereits Protestbeschlüsse gegen den Brotwucher gefaßt haben. Morgen folgt bereits die Stadt Colmar.

Das Ministerium Puttkamer kommt mit seinem übereilten Vorgehen gegen die protestierenden Städte dadurch in eine sehr prekäre Lage, aus der es nur den Ausweg einer kräftigen Niederlage giebt.

*

Aus Elberfeld wird uns vom 13. Juni berichtet:

Dem Regierungs-Präsidenten zu Düsseldorf scheint es nicht zu passen, daß die in seinem Machtbereich liegenden Gemeindevertretungen sich gegen die brotwucherischen Bestrebungen der Agrarier wenden. Den Bürgermeistern von Gräfrath und Ohligs, die die von den Gemeindevertretungen beschlossenen Petitionen gegen den Brotwucher an ihn zur Weiterbeförderung an die Reichsregierung gelangen ließen, ging die Mitteilung zu, daß er, der Regierungspräsident, die Weiterbeförderung ablehne, da die Erhöhung der Getreidezölle keine örtlichen Interessen der beiden Städte berühre.

Die genannten Gemeindevertretungen, in denen auch unsre Genossen vertreten sind, dürften Wege zu finden wissen, um die Petition unmittelbar an die Reichsregierung gelangen zu lassen.

*

Zur Beleuchtung der Folgen, welche die Getreidezoll-Erhöhung für das kommunale Leben haben würde, führt eine Petition der Stadt Rostock folgendes aus:

„Eine Mehrbelastung von 100 000 M., wie sie für jede Mark Getreidezoll mehr der Stadt Rostock drohe, drücke viel stärker als auf die wohlhabenden Stände **auf die minder Bemittelten,** diese seien in Rostock bei weitem in der Mehrzahl. Von 19932 Einkommensteuerpflichtigen pro 1899/1900 hatten 14726 nur ein Einkommen von höchstens 900 M. Die Folgen einer Verteuerung der notwendigen Lebensmittel würden daher für die Mehrzahl der Einwohner Rostocks nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, **sondern auch die Gesundheit** sehr ungünstig beeinflußen; die Folgen für die Konkurrenz mit dem Ausland, für Lohnverhältnisse und Armenpflege würden, falls das gewünschte Opfer für die angebliche Notlage eines Teils der deutschen Landwirtschaft gebracht werde, nicht ausbleiben. Eine Stellungnahme gegen Erhöhung der Getreidezölle erscheine daher im Interesse des socialen Friedens, des wirtschaftlichen Gedeihens, der Volksgesundheit und in Vertretung der Gesamtinteressen der Stadt Rostock geboten."

Der Bund der Landwirte hat bis jetzt noch gar keine Miene gemacht, seinen Freund H. Bauer in Bonn zu decken oder herauszureden, so daß dieser mit seiner Ablehnung ganz allein sitzen bleibt. Auch über unsre Meldung betr. die Subventionierung von Reichstags-Abgeordneten schweigt die Bundespresse in sieben Sprachen. Wir glauben aber, daß die Bundesleitung demnächst den Kassierer des Bunds, Herrn Richter in Berlin, Dessauerstraße 7, anweisen wird, der Oeffentlichkeit Mitteilungen über die Namen der subventionierten Abgeordneten und die Höhe der ihnen gewährten Beiträge zu machen. Ganz richtig vermutet die „Frankf. Ztg.", wir hätten nicht „im Bunde angestellte Abgeordnete" im Auge gehabt. Nein, an die Herren v. Wangenheim, Dr. Gust. Mösicke und Dr. Diederich Hahn haben wir nicht gedacht, sondern an andre Abgeordnete von der rechten Seite des Hauses. —

Russische Drohung gegen deutsche Zollerhöhung. Aus Petersburg wird den „B. N. N." vom 13. Juni gemeldet:

„Wiederholt hat die russische Presse in der letzten Zeit sich mit den kürzlich in Berlin stattgehabten Zolltarif-Besprechungen und Aeußerungen der deutschen Presse hierüber beschäftigt, wobei sie allgemein zu dem Resultat gelangt, daß Handelsvertrags-Verhandlungen mit Deutschland auf Grund eines Doppeltarifs oder auch eines Minimaltarifs **für Rußland ausgeschlossen und unmöglich seien.** Heute verlautet, daß **maßgebende Stellen** sich dieser Tage auf das bestimmteste **in gleichem Sinne** geäußert haben sollen."

Es ist selbstverständlich, daß das Ausland agrarische Zollerhöhungszumutungen Deutschlands nicht geduldig ertragen, sondern zur Gegenwehr rüsten wird. —

Die einzig unerschütterliche Grundlage. Aus Boston wird telegraphiert:

Der deutsche Botschafter v. Holleben sandte dem hier abgehaltenen internationalen Kongreß der Vereine christlicher junger Männer ein Kabeltelegramm des Kaisers Wilhelm. Der Kaiser sendet hierin herzliche Glückwünsche, spricht die Hoffnung aus, daß die Brüderlichkeit auch ferner blühe und gedeihe, und giebt seiner Genugthuung darüber Ausdruck, daß die deutschen Vereine in derselben Richtung thätig sind und brüderlich an der feierlichen Versammlung teilnehmen. Kaiser Wilhelm spricht weiter die Hoffnung aus, daß die amerikanischen Vereine auch in Zukunft für ihr großes Vaterland an Körper und Seele gesunde Bürger auferziehen werden, deren Leben auf der einzigen unerschütterlichen Grundlage, dem Namen Christus, beruhe, welcher über jeden Namen erhaben sei. Der Kongreß erwiderte mit einem Danktelegramm an den Kaiser, das von „einem auf Christus beruhenden Bündnis der beiden Länder" spricht.

Leider üben die christlichen Staaten unter einander täglich Handlungen, die die christliche Nächstenliebe durchaus vermissen lassen. Auch der militaristische Imperialismus, in dem die herrschenden Klassen Deutschlands und der Vereinigten Staaten gegen einander wetteifern, dürfte kaum den Anspruch erheben können, eine Erfüllung christlicher Lehre zu bedeuten. —

Ueberzeugungsfreiheit in Preußen. Konsistorialrat Dr. Reicke, seit fünf Jahren Justitiar des Konsistoriums der Provinz Brandenburg, ist „im Interesse des Dienstes" **gegen seinen Willen** nach Königsberg i. Pr. versetzt worden. Die Versetzung ist darauf zurückzuführen, daß Dr. Reicke als Verfasser des Theaterstücks „Freilicht", als Schriftführer des Goethebunds und als Vertreter liberaler Gesinnung im Protestantismus sich das Mißfallen der Orthodoxie zugezogen hat. Dr. Reicke will, da ihm also zugemutet wird, seine Ueberzeugung zu opfern, überhaupt aus dem Staatsdienst ausscheiden.

Zu lange Dienstzeit. Die „Deutsche Tageszeitung" teilt freudig mit:

„Mit Genehmigung des königlichen Kriegsministeriums werden auch in der kommenden Erntesaison wiederum **Soldaten zu Erntezwecken an die Landleute abkommandiert** werden. Schon im Laufe der letzten Wochen trafen zahlreiche diesbezügliche Gesuche bei den Truppen-Commandeuren ein, **welche fast durchweg auf Genehmigung hoffen dürfen.** Einige uns zur Einsicht vorgelegene Gesuche hatten als Anlage eine Bescheinigung des zuständigen Landratsamts, nach der der betreffende Landwirt in der That keine Landarbeiter bekommen und daher nur mit militärischer Hilfe einernten könne."

Die Mitteilung lehrt zweierlei: Erstens, daß die Landwirte bessere Arbeitsbedingungen bieten müssen und zweitens, daß die jetzige Militär-Dienstzeit verkürzt werden muß. —

Angesichts des Falles Krosigk erinnert die „Köln. Volks-Zeitung" an ein älteres Vorkommnis. Ein warnendes Beispiel, sagt sie, liefert aus den 1860er Jahren der geistesgestörte Hauptmann in Graudenz, gegen dessen fortgesetzte Quälereien sich schließlich Mannschaften und Unteroffiziere einmütig erhoben. Die Folge war, daß letztere wegen Komplottierens bis zu zwanzigjährigen Festungs- und Zuchthausstrafen verurteilt wurden; ob später Begnadigung eintrat, ist uns nicht bekannt.

Die Reichstags-Ersatzwahl für den zum Handelsminister ernannten Herrn Möller im Wahlkreise Mülheim-Duisburg findet am 25. Juli statt. Es sind bisher in diesem Wahlkreise nicht weniger als sechs Kandidaten aufgestellt worden.

Die württembergische Kammer der Standesherren hat ihre Sitzungen wieder aufgenommen und den Etat des Innern erledigt. Die Resolution der Abgeordnetenkammer betreffs der Zulassung der fakultativen Feuerbestattung wurde von den Standesherren abgelehnt. —

Der Zeitungskaplan Dasbach macht wieder durch sein Geschäftsgebaren von sich reden. Der Verleger der nationalliberalen „Trierischen Zeitung" giebt für ländliche Leser ein farbloses Blatt, den „Allgemeinen Anzeiger" heraus, das dem Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Dasbach geschäftliche Konkurrenz bereitet. Kaplan Dasbach hat nun, wie uns vom Rhein geschrieben wird, an seine geistlichen Amtsbrüder in den umliegenden Pfarreien ein Rundschreiben gerichtet, worin er diese zur Propaganda für zwei seiner vielen Preßerzeugnisse auffruft, um das genannte Konkurrenzunternehmen — Konkurrenzunternehmen sind alle nicht in der Dasbachschen Paulinusdruckerei hergestellten Blätter — aus dem Felde zu schlagen. Herr Dasbach, der Geschäftsmann, nutzt weidlich die Vorteile aus, die ihm seine Eigenschaft als katholischer Priester bietet. Sein geistliches Gewand schützt ihn, wie die bekannte Begegnung mit Herrn Rören gezeigt hat, nicht nur vor Ohrfeigen, sondern gewährt ihm auch geschäftliche Vergünstigungen. —

Ein alter Achtunddvierziger. Karl Preetorius ist am 13. Juni in Alzey (Rheinhessen) gestorben. Preetorius war knapp 18 Jahre, als die Revolution ausbrach und er sich ihr anschloß; er kämpfte 1849 in der Pfalz und in Baden. In Wien wurde er verhaftet, in Budapest als ein „thätiges Mitglied der Umsturzpartei" unter polizeiliche Aufsicht gestellt, in Rastatt gab man ihm Herberge in den Kasematten. Später schloß sich Preetorius den nationalen Einheitsbestrebungen an. In seinem Alzeyer „Beobachter", dessen Herausgeber er war, hat er bis zuletzt für die Demokratie gewirkt und die Linksliberalen danken es viel seinem Einfluß, daß der Kreis Alzey-Bingen bis heute noch zu ihrem Besitzstande gehört. —

Der Krach in Dresden.

Aus Dresden wird telegraphiert:

Der Vorstand der Aktiengesellschaft der Elektricitätswerke, vormals O. L. Kummer u. Co. in Dresden, hat heute bei dem kgl. Amtsgericht zu Dresden **die Eröffnung des Konkurses** über das Vermögen der Gesellschaft beantragt.

*

Ein weiteres Privattelegramm meldet uns:

Es kriselt weiter im „Verein für Zellstoffindustrie". Auf die Anfrage eines Aktionärs über das am 30. d. Mts. zu Ende gehende Geschäftsjahr wurde ihm von der Direktion ausweichend geantwortet. Die Großaktionäre verkaufen in Berlin bereits unter der Hand zu einem Kurs von 61. Am 1. April betrug der Kurs noch 87½; im November 1899: 105. —

*

Ferner wird uns geschrieben:

Bei der Diskussion der Gründe des Zusammenbruchs der Deutschen Kreditanstalt für Handel und Industrie hat man bisher vergessen, einen wichtigen Umstand anzuführen. Als nämlich vor einigen Jahren die Bank in ihr jetziges Heim auf den Altmarkt einzog, bemerkten die Aufsichtsräte, die es mit ihrem Beruf sehr ernst nahmen, voller Schrecken, daß der neue Bankpalast als Hausnummer die Unglücksziffer 13 trug. Man kam sofort beim Stadtrat darum ein, die Zahl ändern zu dürfen und schleunigst wurde eine Hausnummer 12a angebracht. Diese Vorsicht erregte aber die Spottlust der Socialdemokraten und aus Angst vor den Spöttern bestand der Rat darauf, daß die Hausnummer 13 angebracht wurde.

Wohin der Rationalismus des Rats geführt hat, lehren die jüngsten Ereignisse.

Unfallrente für Ausländer.

Nach § 94 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes ruht das Recht auf Bezug der Rente für Ausländer, so lange der Berechtigte nicht im Inlande seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Ebenso haben die Hinterbliebenen eines Ausländers, welcher zur Zeit des Unfalls nicht im Inlande ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, keinen Anspruch auf Rente. Der Bundesrat ist jedoch befugt, diese beiden Bestimmungen für die Angehörigen solcher auswärtiger Staaten, durch deren Gesetzgebung für deutsche, durch einen Betriebsunfall verletzte Arbeiter, beziehungsweise für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfall getöteter Deutscher eine entsprechende Fürsorge gewährleistet ist, außer Kraft zu setzen. Die obigen Vorschriften gelten nach §§ 9 und 87 des Bau-Unfallversicherungs-Gesetzes auch für den Bereich dieses Gesetzes. Die Regierungen von Oestreich-Ungarn und von Italien haben nun unter Hinweis auf die in jenen Ländern geltenden Unfallversicherungs-Gesetze angeregt, der Bundesrat möge in Bezug auf ihre Staatsangehörigen von der erwähnten Befugnis Gebrauch machen. Die Reichsregierung glaubt eine Berücksichtigung der Wünsche von Oestreich und Italien empfehlen zu dürfen und hat dem Bundesrat eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Damit nicht die Ausländer hinsichtlich des Weiterbezugs der Rente zum Nachteil der Berufsgenossenschaften günstiger gestellt werden als die Inländer, sollen die Vorschriften über das Ruhen der Rente nur mit der Maßgabe außer Kraft gesetzt werden, daß die rentenberechtigten Ausländer, so lange sie nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, den vom Reichs-Versicherungsamt für Inländer, die sich im Auslande aufhalten, erlassenen Vorschriften genügen und demgemäß zur Vermeidung der Einstellung der Rentenzahlung ihren Aufenthalt der Berufsgenossenschaft mitzuteilen sowie sich von Zeit zu Zeit bei einem deutschen Konsul persönlich vorzustellen haben.

„Gewerbsmäßige" Arbeitersekretariate.

Wir hatten von der Verurteilung unsres Parteigenossen Dr. Winter in Beuthen wegen Nichtanmeldung des „Gewerbes" eines Arbeitersekretärs berichtet. Ein gleiches Verfahren ist gegen den Arbeitersekretär in Posen, unsern Genossen Gogowski eingeleitet worden. Aber — wenigstens in erster Instanz — mit andrem Ausgang. Im freisprechenden Urteil wird ausgeführt:

„Es sollte das (Gesetz von der Anmeldepflicht) die Winkelkonsulenten treffen (Reichsgerichts-Erkenntnis 18 S. 293), weil nur gegen diese der Schutz für nötig befunden wurde. Zu diesen gehört aber der Angeklagte nach der Art seines Geschäftsbetriebes ebensowenig, als etwa ein Banquier, obwohl dieser die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten gewerbsmäßig betreibt . . . Die amtlichen Motive zu dem Entwurfe dieses Gesetzes, mitgeteilt in v. Rohrscheidt „Die Gewerbe-Ordnung", S. 191 ff., schildern in lebhaften Farben das gemeingefährliche Treiben eines großen Teils der als Winkeladvokaten, Volksadvokaten, Winkelkonsulenten usw. thätigen Personen, welche sich nicht vom Interesse ihrer Klienten sondern lediglich von ihrer Gewinnsucht leiten lassen und fanden das einzige Mittel, dieser Schädigung des Gemeinwohls abzuhelfen, in der Uebertragung der Pflicht auf die Behörden, den fraglichen Gewerbebetrieb zu untersagen. Aus den Motiven erhellt, gegen welche Personen das Gesetz das Publikum zu schützen beabsichtigte . . . Sodann erfolgt die Geschäftsbesorgung überhaupt nicht gewerbsmäßig, sondern im Verhältnis zu den Rechtshilfe Suchenden unentgeltlich. Diese werden nicht, wogegen der § 35 der Gewerbe-Ordnung schützen will, wirtschaftlich ausgebeutet, empfangen den Beistand vielmehr umsonst. Deshalb können die sogen. Arbeitersekretariate, **welche ihre Thätigkeit zu humanitären, gemeinnützigen Zwecken,** wenngleich aus parteipolitischen Rücksichten üben, **nicht als gewerbliche Einrichtungen angesehen werden** (von Rohrscheidt, Note 30 zu § 35 G.-O.)"

Das freisprechende Urteil gegen Gogowski steht auf weit festeren Füßen als das Urteil gegen Dr. Winter. Allerdings ist auch in Posen seitens der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt worden.

Wir haben bereits nachgewiesen, daß eine Verurteilung den ausdrücklichen Erklärungen der Regierung bei Beratung des § 35 G.-O. im Reichstage widerspricht. —

Aus dem Soldatenleben.

Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt hatte sich der schon einmal wegen Widerstands gegen einen wachthabenden Gefreiten bestrafte Sergeant Philipp Braun von der 10. Kompagnie des 18. bayrischen Infanterie-Regiments aus Queichhambach bei Anweiler vor dem Kriegsgericht der 5. bayrischen Division zu Landau in der Pfalz zu verantworten. Ihm war am 2. Mai dieses Jahres die Aufgabe zugefallen, fünfzehn Unteroffiziersaspiranten aus seiner Kompagnie verschiedene Uebungen vornehmen zu lassen, wobei Lieutenant Karl die Aufsicht führte. Die Uebungen bestanden darin, daß die Aspiranten über den Querbaum springen, sich mit Obergewehr auf den Boden legen und schnellstens wieder aufstehen mußten. Nach Ansicht des die Aufsicht führenden Lieutenants klappten die Uebungen nicht, die Ausführung erschien ihm zu langsam, und er erteilte dem Sergeanten mehrmals Rügen. Zugleich befahl er ihm, mehr Feuer hinter die Leute zu machen, da diese faul seien. Als nun der Lieutenant weggegangen war, ließ der Sergeant seinen Zorn über die erhaltenen Rügen an den Leuten aus. Sie mußten eine halbe Stunde lang, ohne daß ihnen eine Ruhepause bewilligt wurde, Uebungen am Boden machen, aufsteigen und sich niederlegen sowie auf dem Bauche liegend Kehrtwendungen vornehmen. Als der Unteroffiziers-Aspirant Kaufmann Albert Bumiller aus Wörth am Rhein bei diesen Uebungen heftige Schmerzen im Unterleib bekam und dies dem Sergeanten mit der Erklärung meldete, daß er die Uebungen nicht mehr mitmachen könne, fuhr ihn Braun mit den Worten an: „Sie müssen die Uebung mitmachen, und wenn Ihnen die Kuddeln zum Leibe heraushängen!" Bumiller

mußte in der That die Uebung noch einmal wiederholen. Noch am selben Tage wurde er in das Lazarett gebracht, wo eine Leistenverrenkung bei ihm festgestellt wurde. Er blieb sechs Tage im Lazarett und war außerdem noch vier Tage revierkrank; der Vorfall wäre vielleicht überhaupt nicht zur Anzeige gebracht worden, wenn er nicht von Landwehrleuten, die zu einer 14tägigen Uebung eingerückt waren, mit angesehen und gemeldet worden wäre. Trotz der Erkrankung Bumillers nahm das Gericht an, daß die drangsalierten Soldaten keinen weiteren schweren Schaden erlitten hätten und verhängte gegen den Sergeanten, obgleich der Vertreter der Anklagebehörde drei Monate Gefängnis beantragt hatte, die sehr milde Strafe von — acht Tagen Mittelarrest. —

Ausland.

Schweiz.

Bern, 11. Juni. (Eig. Ber.) Die am 8. Juni hier eröffnete **Bundesversammlung** hat in der ersten Sessionswoche bereits eine Reihe von Geschäften erledigt. Die erste Sitzung war den Bureauwahlen gewidmet, wobei die herrschsüchtigen Radikalen beinahe eine Niederlage erlitten hätten. Seit Jahren streben die Socialisten und Demokraten nach einer Vertretung im Bureau, das für jede Session neu bestellt wird und wobei jeweilen der bisherige Präsident zurücktritt und der Vicepräsident an dessen Stelle vorrückt. Bei diesem häufigen Personenwechsel wäre es nun für die herrschende Partei kein großes Opfer, aber ein Akt der Billigkeit, von Zeit zu Zeit auch den Minderheitsparteien entgegenzukommen. Aber dazu vermögen sich die herrsch- und ehrsüchtigen radikalen Parteibüffel nicht aufzuschwingen. Der Kandidat der Linken für das Präsidium ist seit langer Zeit der bekannte Regierungs- und Nationalrat Curti-St. Gallen, einer der tüchtigsten und befähigtsten Parlamentarier der Schweiz, dem die Radikalen kaum einen gleichwertigen Mann gegenüberstellen können. Herr Curti wurde nun auch diesmal wieder für das Präsidium des Nationalrats als Kandidat aufgestellt, aber von den Radikalen wieder bekämpft und ihr Parteigenosse Oberst Meister-Zürich demselben entgegengestellt. Bei der Wahl erhielt Meister 61, Curti 55 Stimmen, so daß die Mehrheit nur 6 Stimmen betrug. Zweifellos haben auch Radikale Herrn Curti ihre Stimme gegeben, die mit der terrorisierenden Ausschließlichkeit der Mehrheit ihrer Partei nicht einverstanden sind. Die diesmal auf Curti gefallene große Stimmenzahl hat auch einen Teil der radikalen Presse zu der Forderung veranlaßt, bei der nächsten Gelegenheit der Linken entgegen zu kommen.

Die Bureaus der schweizerischen Parlamente haben größere Bedeutung, als die der ausländischen Parlamente, weil sie und nicht die Plenarversammlungen die verschiedenen parlamentarischen Kommissionen bestellen; dabei ist allerdings die Berücksichtigung der Minderheiten von jeher Praxis, allein der Parteiwillkür im Sinne der persönlichen Begünstigung der einen und der persönlichen Zurücksetzung der andern ist dabei noch immer der weiteste Spielraum offen. Diese sonderbare, auf den Vorteil der herrschenden Mehrheitspartei berechnete Einrichtung dürfte in der Zukunft etwas demokratischer und moderner gestaltet werden. Der Nationalrat hat nämlich ein Reglement über den Geschäftsverkehr mit dem Ständerat angenommen, wonach den Plenarversammlungen beider Räte das Recht vorbehalten bleibt, in ihre besondern Reglements Bestimmungen über die Wahlorgane für die Kommission aufzunehmen; gleichzeitig wurden die in der bundesrätlichen Vorlage enthaltenen Worte „durch die Bureaus" gestrichen. Die kompakte radikale Majorität hat freilich dann bei der Beratung des Specialreglements immer noch das Recht, auch für die Zukunft das Bureau als das Wahlorgan zu bezeichnen. Eine begrüßenswerte Neuerung, die aber immer engherzig genug ist, bedeutet die neue Bestimmung über die Behandlung von Interpellationen. Nach dem bestehenden Reglement ist eine Diskussion der Anfrage- und Antwortreden nur zulässig, wenn sie von der Mehrheit beschlossen wird; da diese aber in der Regel die Diskussion ablehnt, so ist der Opposition jede weitere Meinungsäußerung abgeschnitten. Nach der erwähnten neuen Bestimmung soll in Zukunft eine Diskussion über die Interpellation stattfinden, wenn sie von einem Drittel der anwesenden Abgeordneten verlangt wird. Ferner sollen in Zukunft die Verhandlungen über Gesetzesvorlagen stenographisch aufgenommen werden, sodann auch die Verhandlungen über andre Gegenstände, wenn die stenographische Aufnahme von einem Drittel der Anwesenden verlangt wird. Heute haben die schweizerischen Parlamente kein stenographisches, sondern nur ein gewöhnliches Verhandlungsprotokoll, das der als Schriftführer fungierende Bundeskanzler bezw. Vicekanzler abfaßt. Schließlich bestimmt das Geschäftsreglement noch, daß jedem Redner vor der Veröffentlichung des Bulletins Gelegenheit zu geben ist zur stilistischen Korrektur seiner Rede, die aber nicht zu einer sachlichen Korrektur werden darf.

Aus den weiteren Verhandlungen des Nationalrats in der ersten Sessionswoche ist noch zu erwähnen die Erhöhung des Jahreskredits für das eidgenössische Polytechnikum in Zürich von 800 000 auf 1,06 Million Frank, worin inbegriffen ist ein Jahresbeitrag von 400 Fr. für jeden der 64 Professoren an die Witwen- und Waisenkasse der Lehrerschaft, sobald er derselben beitritt. Der Beschluß wird, sobald ihm auch der Ständerat zugestimmt hat, nach der bequemen Formel „nicht allgemein verbindlich" sofort in Kraft gesetzt werden.

Im Ständerat wurde bei der Beratung des Geschäftsberichts des Industriedepartements endliche Berichterstattung über die bereits 1894 angenommene Motion betreffend Regelung des Arbeitsnachweises und Schutz gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit verlangt, vom Bundesrat Deucher aber erwidert, daß noch immer 4 Kantonsregierungen und der Schweizerische Arbeiterbund mit ihren Gutachten bezw. Vorschlägen im Rückstand seien. Es ist sehr wünschenswert, daß endlich der Arbeiterbund seinen Bericht dem Departement erstattet, aber selbst wenn dies nicht geschehen würde, so müßte das Departement der Bundesversammlung doch die gewünschte Vorlage machen, die heute zeitgemäßer denn je wäre. —

Oestreich-Ungarn.

Der Kaiser in Prag. Am Freitagvormittag nahm der Kaiser die feierliche Eröffnung der neuen Kaiser Franz-Brücke vor. Auf die in czechischer Sprache gehaltene Ansprache des Bürgermeisters erwiderte der Kaiser czechisch und deutsch, er freue sich, daß mit dem neuen Monumentalbau nicht nur dem zunehmenden Verkehr Rechnung getragen, sondern auch den vielen Zierden Prags eine neue hinzugefügt worden sei. —

Frankreich.

Paris, 14. Juni. In seiner gestrigen Rede in der Deputiertenkammer anläßlich der **Arbeiter-Invaliditätsversicherung** äußerte Handelsminister Millerand, die Lösung der Arbeiter-Invalidenversicherungsfrage sei nur in Deutschland gelungen. Man habe in Frankreich in dieser Beziehung über „deutsche Metaphysik" gespottet; diese „Metaphysik" habe es jedoch ermöglicht, in 8 Jahren 385 Millionen an Alters- und Invalidenrente zu zahlen. Daraus ergebe sich, was die gegen die Einrichtung gerichtete Kritik wert sei.

*

Die kurze Depesche zeigt nicht, ob etwa der französische Handelsminister die deutsche Invaliditätsversicherung überschätzt oder ob er auch die schweren Mängel dieser Einrichtung betont hat. Andrerseits ist begreiflich, daß in einem bis vor kurzem socialpolitisch so sehr rückständigen Lande wie Frankreich dies durch die Arbeiterbewegung in Deutschland errungene, wenn auch allzu unzureichende Arbeiter-Versicherungswesen als vorbildlich hingestellt wird. —

Belgien.

Die Spielhöllen bleiben. Im Jahre 1897 nahm der Senat ein Gesetz an, welches das Hazardspiel in Belgien verbietet, mit Ausnahme der beiden Residenzstädte Ostende und Spa. Die Kammer, von der die Initiative ausging, verlangte die vollständige Unterdrückung. Der Konflikt zwischen beiden Häusern wurde schließlich dadurch beseitigt, daß ein Gesetz geschaffen wurde, wonach das Privileg für die beiden genannten Städte mit dem 31. Dezember 1901 erlöschen sollte. Dieser Tage hat nun im Senat abermals eine Debatte über die Spielhäuser stattgefunden. Die Strafen wurden verschärft: Hazardspiel wird in Zukunft mit 8 Tagen bis zu 6 Monaten Gefängnis bezw. mit 100 Fr. bis 5000 Fr. bestraft. Für Ostende und Spa bleibt das Privileg bis 1903 bestehen. Das Zustandekommen dieses merkwürdigen Beschlusses, wonach in Brüssel sündhaft und strafbar ist, was in Ostende gesetzlich erlaubt bleibt, sollen „hohe Persönlichkeiten" mit beeinflußt haben. Die Ausnahmestellung der Residenz Ostende wird mit den großen Ausgaben begründet, welche dieser Stadt für Hafenanlagen, Kurhausbauten 2c. auferlegt sind.

Italien.

Rom, 14. Juni. Deputiertenkammer. Die Beratung über das Budget des Aeußern wird fortgesetzt. Berichterstatter Campi bespricht verschiedene politische und Verwaltungsfragen. Bezüglich des Dreibunds äußert Redner sich in günstigem Sinne, wünscht aber, daß bei der Erneuerung des Dreibundvertrags die Interessen Italiens im Mittelländischen und im Adriatischen Meere durch besondere Abmachungen hinsichtlich Tripolis und Albaniens sichergestellt werden. Campi ist auch der Ansicht, daß die Erneuerung des Bündnisvertrags mit der Erneuerung der Handelsverträge zu verbinden sei. —

England.

Eine „delikate Frage". Im Unterhause brachte vorgestern bei Besprechung der Befestigungsarbeiten bei Gibraltar Gibson Bowles einen Vertagungsantrag ein, um die Aufmerksamkeit des Hauses darauf zu lenken, daß die Regierung es abgelehnt habe, die Einstellung bestimmter Arbeiten an der Westseite von Gibraltar, die ernster Gefahr ausgesetzt seien, zuzusagen. Die Kommission, die diese Frage geprüft habe, habe einstimmig empfohlen, an der Westseite kein Dock zu bauen, da es durch Geschützfeuer unhaltbar gemacht werden könne. Der einzige Weg, diesen Teil von Gibraltar zu sichern, wäre die Besetzung eines spanischen Gebietsteils mit einer großen Streitmacht. Sonderbare Dinge gingen in **Marokko** vor sich und sonderbare Dinge gingen auf dem Kontinent vor sich, die, wenn der Krieg in Südafrika nicht bald beendet würde, England dazu bringen könnten, noch an andre Dinge zu denken, außer an die Entsendung von Truppen nach Südafrika. Wenn nicht schnell vorgegangen würde, könnte Gibraltar die Gefahr und die Schwäche des Reiches zu erproben haben. Der Erste Lord des Schatzes Balfour spricht sein Bedauern darüber aus, daß diese Frage jetzt in die Erörterung gezogen sei, wo noch keine endgültige Entscheidung getroffen sei; es handele sich dabei nicht nur um Erwägungen, die Heer und Marine betreffen, sondern auch um diplomatische Erwägungen delikatester Natur. Die ganze Angelegenheit eigne sich nicht zur öffentlichen Besprechung. Der Antrag auf Vertagung wird hierauf mit 216 gegen 157 Stimmen abgelehnt. —

Rußland.

Spitzelei und Gewalt in Finnland.

Auf dem Zollamt in Helsingfors wurde kürzlich ein Koffer mit Beschlag belegt, der einem aus Stockholm zurückkehrenden Maurer Läppenen gehörte und der revolutionäre Schriften enthielt, die in Stockholm in schwedischer, finnischer und, wie behauptet wird, auch in russischer Sprache gedruckt waren. In einem sofort angestellten Verhör gestand der Mensch, daß er auf Generalgouverneur Bobrikoffs Befehl gehandelt habe, der ihm durch den Polizeichef übermittelt worden sei. Sein Paß war von dem Generalmajor Kaigarodoff, dem der Stadt Helsingfors in gesetzwidriger Weise aufgezwungenen Gouverneur, ausgestellt. Die Behörden haben versucht, die Geschichte zu verheimlichen. Bobrikoff wollte die Schriften offenbar verbreiten und nachher von der Polizei entdecken lassen, um damit die Notwendigkeit eines Belagerungszustandes für Finnland zu beweisen.

Der Korrespondent einer angesehenen Stockholmer Zeitung entwirft eine sehr trübe Schilderung von den Zuständen in Finnland und von dessen nächster Zukunft. Seit dem 6. d. M., schreibt er, ist es hier das allgemeine Tagesgespräch, daß es dem Generalgouverneur, der kürzlich in St. Petersburg war, gelungen sei, die Unterschrift des Zaren für einen Ukas zu gewinnen, der von neuem die Verfassung mit Füßen tritt und Bobrikoff das Recht giebt, alle mißliebigen Personen auszuweisen. Auch sollen massenhafte Zeitungsverbote bevorstehen. Dann soll das verhaßte Wehrpflichtsgesetz verkündigt werden. Es steht nämlich fest, daß dieser verhängnisvolle Verfassungsbruch die Sanktion des Zaren erhält und damit eine neue empörende Gewaltpolitik gegen Finnlands Volk eingeleitet wird.

China.

Peking, 14. Juni. („Bureau Laffan.") **Prinz Tschins Abreise** nach Deutschland, welche für heute festgesetzt war, ist verschoben worden, da er in Berlin in einer Zeit eintreffen würde, in welcher die höchsten Staatsbeamten abwesend sind.

Der Boeren-Krieg.

Eine Wendung in Aussicht?

Der Amsterdamer Korrespondent der „Indep. Belge" teilt seinem Blatte mit, er habe aus guter Quelle in Erfahrung gebracht, daß Präsident Krüger seit mehreren Tagen in direkter Verbindung mit einigen Mitgliedern der Transvaalregierung stehe. Lord Kitchener hat die Uebermittelung der Telegramme an den Präsidenten und an die Mitglieder der Boerenregierung gestattet. Die Telegramme sind übrigens in geheimer Sprache abgefaßt. Vergangenen Montag nach Empfang der ersten Depeschen aus Standerton hat Krüger eine Unterredung mit den Boeren-Delegierten gehabt. Das Resultat derselben ist, daß man sich für die nächsten Tage auf einen Coup, betreffend die südafrikanische Angelegenheit, gefaßt machen kann. Der Gewährsmann der „Ind. Belge" tritt für die vollständige Authenticität seiner Informationen ein. Andrerseits wird dem „Soir" aus London berichtet, daß noch in dieser Woche ein wichtiges Ereignis stattfinden wird, das vom Präsidenten Krüger selbst ausgehen wird.

Frau Botha.

Der Haager Korrespondent der „Frankf. Ztg." hatte mit Dr. Leyds eine Unterredung, in welcher dieser erklärte, daß Frau Botha ohne einen politischen Auftrag ihres Gatten komme. Ihr Mann habe ihr bei ihrer letzten durch Kitchener ermöglichten Begegnung gesagt, daß seit dem Dezember im ganzen **nur 500 Boeren getötet und verwundet** worden seien; die englischen Meldungen seien übertrieben gewesen. Das deutsche Corps existiere nicht mehr; wohl aber gebe es noch deutsche Mitkämpfer. Von angeblichen Absichten Bothas, auf eigene Faust Frieden zu schließen, wisse er nichts. Auf die Frage, ob er und Krüger auch unter Verzicht auf die volle Unabhängigkeit der Republiken günstige Friedensbedingungen annehmen würden, sagte Dr. Leyds, lieber nicht antworten zu wollen. Die Gesandtschaften bleiben in Brüssel.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Gegen den Ortsschulzen Poppa in Lartca bei Posen** ist seitens der Staatsanwaltschaft das Strafverfahren eingeleitet worden. Der Herr Schulze hatte bei der im März d. J. stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl für Posen einen Genossen, der Stimmzettel verteilte, mit seinem Schulzenstock geschlagen und vom Wahllokal weggejagt. Da der Ortsgewaltige gleichzeitig Wahlvorsteher war, wird die Bestrafung jedenfalls eine exemplarische sein.

Der Streik im Barbiergewerbe

dauert fort. Die Wollschlägersche Innung, welche die maßgebende Körperschaft in Berlin ist, hat sich noch nicht bereit erklärt, mit uns zu verhandeln. Die gesamte Arbeiterschaft muß uns helfen, daß der Obermeister vor dem Einigungsamt erscheint. Wir müssen diesen Mann mit allen erlaubten Mitteln zwingen, das Gewerbegericht, an welchem er selbst als Beisitzer fungiert, auch als Einigungsamt anzuerkennen.

Die Wollschlägersche Innung hat gestern die Erhöhung der Preise für die Bedienung beschlossen, eine Lohnerhöhung der Gehilfen jedoch bis jetzt rundweg abgelehnt. Wir ersuchen nun die Arbeiterschaft, die Geschäfte der Innung streng zu meiden, bis dieselben neben der Preiserhöhung auch unsre Lohnforderungen bewilligt haben.

Bei Frequenz derjenigen Geschäfte, welche als „bewilligte" bekannt sind, ersuchen wir die Arbeiterschaft von neuem, immer nach der grünen Kontrollkarte zu fragen, da dies der einzige Ausweis ist, daß unsre Forderungen bewilligt sind und daß dort kein Streikbrecher konditioniert.

Wir sind gezwungen, unsre „fliegenden Barbierstuben" weiter beizubehalten, aber jetzt in der Hauptsache nur den Osten und Südosten damit zu belegen, weil dort der größte Teil der Barbiere Innungsmeister sind.

Etwa vorkommende Unregelmäßigkeiten oder Beschwerden über die Arbeit usw. bitten wir an das Central-Bureau, Rosenthalerstraße 57, zu richten.

Wir ersuchen nun die organisierte Arbeiterschaft, unsre Barbierstuben im weitgehendsten Maße in Anspruch zu nehmen, damit es uns in kürzester Zeit gelingt, die Innungen durch diesen Druck vor das Einigungsamt zu bringen.

In folgenden Lokalen wird Mittwochs von 11—9 Uhr, Sonnabends von 11—10 Uhr und Sonntags von 7—1 Uhr gearbeitet:

Centrum.

Preuß, Neue Friedrichstr. 20. Bauer, Rosenthalerstr. 57. Simonis, Benthstr. 21.

Norden und Nordwesten.

Rosin, Rupprechtstr. 42. Brinkmann, Prinzen-Allee 21. Seidel, Neue Hochstr. 38. Wils, Burgsdorf-, Ecke Wildenowstraße. Pfarr, Putlitzstr. 10. Fabra, Quitzow-, Ecke Havelsbergerstraße. Luhn, Rostockerstr. 12. Fischer, Beusselstr. 66. Dieke, Ackerstr. 123.

Osten.

Baumgarten, Königsbergerstr. 7. Matthes, Koppenstr. 41. Risch, Koppenstr. 13. Bethge, Rüdersdorferstr. 60. Georgi, Frankfurter Allee 70. Gorn, Markusstr. 23. Höhlke, Grüner Weg 33. Blume, Gubenerstr. 6. Tabbert, Grüner Weg 14. Markowski, Wallnertheaterstraße 20. Puppe, Markusstr. 8. Schröder, Fruchtstraße 33/34. Schulze, Gr. Frankfurterstr. 5. Wilke, Andreasstr. 26. Bieberstein, Adalbertstr. 61. Plisgen, Naunynstr. 80. Salomon, Naunynstr. 65. Krüger, Naunynstraße 6. Schulze, Waldemarstr. 2. Seidler, Muskauerstr. 14. Teichert, Elisabeth-Ufer 28. Erbe, Cuvrystr. 25. Bathe, Ritterstr. 32. Kay, Dieffenbachstr. 31. Köpenick, Schillingstr. 30a. Beyer, Mantelfelstraße 111. Bachmann, Eisenbahnstr. 36a. Franke, Pallisadenstr. 9. Wegner, Skalitzerstr. 59. Schaller, Skalitzerstr. 125. Schumann, Tilsiterstr. 85. Böschel, Petersburgerstr. 81. Richter, Mariannenstraße 41. Warschauerstr. 61. Wuttke, Graudenzerstr. 13. Schick, Mantelfelstr. 74. Hampel, Lausitzer Platz 10. Bartel, Bülowstraße 59.

Nachfolgende Arbeitgeber haben unsre Forderungen bewilligt:

Nordwesten. Peters, Beusselstr. 8a. Wolf, Stephanstr. 30. Frohnert, Gleditschstr. 31. Kähne, Lübeckerstr. 29. Eicke, Buggenhagenstraße 6. Katscherins, Bredowstr. 23. Schulz, Heidestr. 24.

Norden. Marx, Weddingstr. 8. Reye, Schliemannstr. 20. Hampel, Schliemannstr. 45. Koch, Wollinerstr. 52. Porath, Lychenerstraße 12. Schuck, Schönhauser Allee 137. Lachmann, Martenburgerstraße 36. Haberland, Treskowstr. 54. Lehmann, Hochmeisterstraße 16 b. Thiele, Schönhauser Allee 188. Katschmar, Köslinerstraße 12. Kraeft, Stargarderstr. 78. Hampel, Usedomstr. 14. Driczymalla, Lortzingstr. 8. Fasinski, Ackerstr. 109.

Osten und Südosten. Erler, Weidenweg 80. Tanbert, Skalitzerstr. 77. Krüger, Petersburgerstr. 65. Bach, Am Ostbahnhof 3. Morgenstern, Tilsiterstr. 88. Wernicke, Kl. Markusstr. 24. Dienst, Gropiusstr. 5. Meier, Königsbergerstr. 21. Zachwey, Reichenbergerstraße 155. Grieger, Langestr. 6. Nowatzki, Langestr. 102. Klimpel, Markusstr. 13. Wolff, Wienerstr. 64. Biernessel, Warschauerstraße 73. Hoffmann, Königsbergerstr. 14. Palm, Muskauerstr. 31. Böhm, Georgenkirchstr. 10.

Süden. Meier, Schönleinstr. 18. Borowski, Schönleinstraße 28. Strache, Gräfestr. 87. Kathen, Gräfestr. 9. Hippe, Culmstr. 25.

Für Lichtenberg-Friedrichsberg kommen zu den in Nr. 135 des „Vorwärts" vom Donnerstag genannten Geschäften noch die folgenden hinzu: R. Fingelberg, Frankfurter Allee 28. R. Isensee, Blumenthalstr. 44. O. Rau, Mainzerstr. 19. R. Tschirsch, Mainzerstraße 2. W. Vorwerk, Frankfurter Allee 12.

Die Arbeiter werden ersucht, diese Liste der Geschäfte, welche bewilligt haben, aufzuheben, da weitere Veröffentlichungen nicht erfolgen.

Die Lohnkommission. J. A.: R. Lubert.

Litterarisches.

Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich? Ein Vortrag von Eduard Bernstein. Berlin 1901. Verlag der „Socialistischen Monatshefte".

Am 17. Mai d. J. hat Bernstein unter dem obigen Titel einen Vortrag im Socialwissenschaftlichen Studentenverein zu Berlin gehalten. Der Vortrag ist jetzt in einer besonderen Broschüre erschienen, die erste Hälfte wörtlich nach der Niederschrift, die dem Vortrag zu Grunde lag, der zweite Teil, für den nur eine schriftlich fixierte Disposition zur Verfügung stand, hält zwar — nach Bernsteins Versicherung — getreu den Gedankengang ein, erhebt aber keinen Anspruch auf genaue Wiedergabe des gesprochenen Worts.

Der Vortrag ist rein akademischen Charakters, ohne jede aktuelle parteipolitische Bedeutung. Er ist der Versuch eines Grüblers, über schwierigste philosophische Probleme auf den eignen Kopf hin ins Reine zu gelangen. Die Darlegung ist aber von einer gärenden Unklarheit, verstrickt sich in Widersprüche und entbehrt der gerade in diesen Fragen unbedingt notwendigen Präzision und Schärfe, die kein Wenn und kein Aber kennt und auch kein Einerseits und Andrerseits. Solche methodische Untersuchung muß, um ein Wort Kants anzuwenden, „Wissenschaft sein, nicht allein im ganzen, sondern auch in allen ihren Teilen, sonst ist sie gar nichts".

Der Zweck, den Bernstein mit seinem Vortrag verfolgte, erscheint beim ersten Blick völlig undurchsichtig. Sieht man aber genauer zu, so tritt er doch mit einiger Sicherheit hervor. Bernstein wollte offenbar den Feinden des Socialismus gegenüber, die seine kritischen Bemühungen an Marxens Lehrgebäude gegen die socialdemokratische Partei auszubeuten suchten, feststellen, daß, selbst wenn seine Einwände gegen einige Lehrsätze zutreffend wären, damit gar nichts gegen den Socialismus und die Socialdemokratie bewiesen sei; denn — auf diesen Ausweg verfiel das Nachdenken Bernsteins — der Socialismus komme zwar der Wissenschaft sehr nahe, aber er sei doch nicht bloß Wissenschaft, und es sei deshalb kein Urteil über den Socialismus als politische Parteibewegung gesprochen, auch wenn der eine oder der andere theoretische Lehrsatz aufgegeben werden müßte. Ich halte dieses Auskunftsmittel Bernsteins für das denkbar unglücklichste. Es ist richtig, der Socialismus stürzt nicht zusammen, wenn sich die eine oder die andre empirische Annahme als ungenau oder falsch erweist; aber dieses unverwüstliche Glück des Socialismus

folgt nicht daraus, daß der Socialismus nicht bloß Wissenschaft sei, sondern umgekehrt vielmehr aus dem Umstand, daß das gewaltige System des Socialismus als einheitliche Weltanschauung, als Erkenntnis der einzigen Entwicklungsmöglichkeit der Menschheit in ihrer strengen Wissenschaftlichkeit nicht durch die Beseitigung irgend eines bisher angenommenen Einzelsatzes erschüttert wird.

Prof. Adolf Wagner meinte in der Diskussion, die dem Vortrage folgte, in Bernsteins Ausführungen handle es sich im wesentlichen um einen Wortstreit über den Begriff der Wissenschaft. Das war eine zu günstige, zu wohlwollende, oder auch nur zu höfliche Auslegung. In Wirklichkeit hat Bernstein den höheren Begriff der Wissenschaft, über den unter den großen Denkern der Menschheit kaum jemals ein Streit bestanden hat, arg verkannt. Bernstein ringt mit dem mehr in populären Diskussionen als in der ernsten Wissenschaft beliebten Gegensatz der bloß empirischen Wissenschaft und der reinen konstitutiven Wissenschaft. Er neigt dazu, der ersteren den Rang der echten Wissenschaft zu verleihen und die zweite für irgend etwas anderes zu halten. Damit verfällt er dem vulgären Irrtum eines Denkens, das sich über sich selbst und seine Bedingungen nicht völlig klar geworden ist. Wissenschaft ist kein mehr oder minder geordneter Schutthaufen mehr oder minder zuverlässiger, sogenannter Thatsachen. Wissenschaft ist vielmehr die Produktion allgemeiner Gesetzmäßigkeit in Natur und Gesellschaft, in einheitlichem System gegliedert, methodisch erzeugt. In diesem höchsten Sinne ist Socialismus Wissenschaft.

Bisweilen scheint es, als ob Bernstein ein andrer Nachweis am Herzen liege, als bemühe er sich lediglich um die Wahrheit, daß die socialdemokratische Bewegung als solche keine rein wissenschaftliche Bewegung darstelle, sondern „nur" auf Wissenschaft beruhe. Aber diese Deutung muß wohl ein trügendes Mißverständnis sein, das sich infolge der mannigfach sich kreuzenden Gedankengänge Bernsteins einstellt. Bernstein konnte im Ernst nicht einen ganzen Vortrag daran wenden, um solche Selbstverständlichkeiten zu erhärten.

Warum aber ist der Socialismus nicht nur Wissenschaft? Was ist er sonst? Er ist, meint Bernstein, nicht ausschließlich aus empirischer Thatsachenbeobachtung gewonnen, sondern stammt auch aus dem Willen, der wissenschaftlicher Erkenntnis unzugänglich ist. Nun aber ist, seitdem die Menschheit die Frage aufgeworfen hat, was Wissenschaft sei, niemals von bedeutenden Denkern bestritten worden, daß das Gebiet des Willens, d. h. des handelnden Menschen, nicht nur einer wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeit zu unterwerfen sei, sondern daß sogar dieser Erkenntniszweig das höchste und würdigste Erzeugnis menschlichen wissenschaftlichen Denkens sei. Dem Socialismus den reinen Wissenschaftscharakter absprechen, weil er auch aus dem Willen erwächst, heißt nichts andres als der Mathematik den wissenschaftlichen Charakter absprechen, weil sie bloß ein Produkt des thatsachenlosen Denkens sei. Der menschliche Wille, als bewußter Gesellschaftswille gedacht — und nur dieser Wille kann hier in Betracht kommen — muß auf eine objektive einheitliche und einzige Zweckmäßigkeit, d. h. auf eine Notwendigkeit gerichtet sein, die vor der Vernunft und jeglicher Erfahrung sich zu bewähren hat und deren Möglichkeit durchzusetzen, Aufgabe der Partei ist, die auf dieser wissenschaftlich gesicherten Grundlage als auf ihrem Programm steht. Das, was sein soll und sein wird, zu bestimmen, ist Wissenschaft strengster und höchster Art. Worauf sollte denn auch der Gesellschaftswille vernünftigerweise gerichtet sein als auf die Durchsetzung einer erkannten Notwendigkeit, d. h. einer wissenschaftlichen Erkenntnis? Der Wille bedeutete nichts als ein gemeingefährliches sinn- und zielloses Narrentum, das zu Grunde gehen muß, wenn er nicht auf wissenschaftliche Gesetzmäßigkeit gerichtet wäre; niedergehende Klassen pflegen auf solchem Willen zu beharren und an ihm zu zerschellen. Von dem wissenschaftlich sicheren und klaren Ziel des Willens empfangen alle die tausendfältigen Einzelbeobachtungen der ökonomischen und politischen Entwicklung ihr Licht und ihre Bedeutung. Empirie und systematische Einheit müssen sich einander ergänzen und durchdringen. Jene ist ohne diese nichts als anarchische Zufälligkeit, als eine kurzlebige Eintagsfliege, während die konstruktive Wissenschaft ohne die Kontrolle der empirischen Erfahrung zum utopischen Spiel wird. Alle Wissenschaft beruht auf Hypothesen, das heißt auf Grundlagen, Grundannahmen des Denkens, die sich dann in aller Erfahrung zu bewähren und zu beweisen haben. Das ist der Königsweg der Wissenschaft; Kant nannte ihn die transscendentale Methode. Und dieser Königsweg führt auch durch die Wissenschaft des Gesellschaftswillens zur Zukunft.

So gelangt die Erkenntniskritik zum umgekehrten Ergebnis wie Bernstein. Der Socialismus in seiner marxistischen Formulierung ist — unbeschadet der möglichen Vergänglichkeit einzelner Sätze (seine Wissenschaft ist ja abgeschlossen!) — nicht nur insoweit Wissenschaft, als er durch empirische Beobachtungen gerechtfertigt wird, sondern er ist in höherem, dem höchsten Grade Wissenschaft als „Theorie", insofern als er auf der einheitlichen Gesetzmäßigkeit des Gesellschaftswillens aufgebaut ist, welcher sich der notwendigen Bedingung und des einzigen denkbaren Wegs menschheitlicher Entwicklung bewußt ist, der sich klar ist über die Ursache (Kanfalität des Kapitalismus), das Ziel (demokratischer Socialismus), und auch über die zweckmäßigunentbehrliche Technik der Erzielung (Klassenkampf). Das ist Wissenschaft, oder der Begriff der Wissenschaft verliert jeden Inhalt.

Am Schluß seiner Auseinandersetzungen bereitet Bernstein den „Kantianern" eine ganz besondere Ueberraschung. Er schlägt nämlich vor, um Mißverständnisse zu vermeiden, statt vom wissenschaftlichen Socialismus — er ist doch nun einmal nach ihm nicht bloße Wissenschaft, sondern auch Willen — nach Kants Vorgang von kritischem Socialismus zu reden. Diesen neuen Ehrentitel wird jeder Marxist, selbst der orthodoxeste, mit Vergnügen acceptieren. Denn für Kant ist Wissenschaft und Kritizismus — gleichbedeutend. Indem er den kritischen Idealismus zwischen dem Skeptizismus, der „keine ernstliche Meinung" ist und dem Dogmatismus, der Willkür autoritärer Einbildungskraft, stabilierte, rettete er die Wissenschaft, die auf der Vernunft ruht, als „Selbsthalterin ihrer Gesetze nicht als Herold derjenigen, welche ihr ein eingepflanzter Sinn, oder wer weiß welche vormundschaftliche Natur einflüstert" — so charakterisiert Kant die Philosophie als Wissenschaft in Bezug auf ihre ethische Aufgabe — vor allen Anfechtungen und Verwirrungen. Die Neukantianer, denen Bernsteins kritische Versuche Sympathien einflößten, weil er sich gelegentlich auf Kant berief, werden sich ja nun wohl mit ihm wegen seiner sehr unkantischen Auflösung des Wissenschaftsbegriffs auseinander setzen müssen. Ks.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die organisierten Schlächtergesellen Berlins haben den Beschluß gefaßt, ihren Meistern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Abschaffung der Kündigung und Entlassung Sonntag. 2. Einführung einer 12stündigen regelmäßigen Arbeitszeit, einer einstündigen Mittagspause, sowie Vergütung der Ueberstunden mit 50 Pf. pro Stunde. 3. Vollständige Durchführung der gesetzlichen Sonntagsruhe und Freigabe der ersten Feiertage an den hohen Festen. 4. Regelung des Arbeitsvermittelungswesens sowie Einführung einer gebührenfreien Stellenvermittelung. Die Lohnkommission ist beauftragt worden, diese Forderungen in den Versammlungen der Meister näher zu begründen. Hoffentlich gelingt es den Berliner Schlächtergesellen, endlich einmal bessere Zustände in ihrem Gewerbe herbeizuführen.

Deutsches Reich.

Die Harburger Gummiwarenfabrik oder doch ein Agent derselben ist auf der Suche nach Streikbrechern schon bis nach Konitz gekommen. In einer am genannten Orte erscheinenden Zeitung werden durch ein Inserat 100 Frauen und Mädchen für die Harburger Fabrik gesucht und zwar unter so verlockenden Versprechungen, daß jeder, der die Verhältnisse nur einigermaßen kennt, sofort sieht, daß man den so eifrig gesuchten Streikbrechern falsche Vorspiegelungen macht. Den Arbeitswilligen werden nach beendigter Lehrzeit 3—4 M. Tagesverdienst zugesichert. Die Schwindelhaftigkeit dieser Versprechung erhellt aus der Thatsache, daß die Streikenden, wenn ein solcher Verdienst überhaupt zu erreichen wäre, nicht um Aufbesserung ihrer Verhältnisse einen schweren Kampf führen würden. Auch in andren Orten treiben die Agenten der Gummifabrik mit denselben verwerflichen Mitteln ihr Wesen. Mögen die klassenbewußten Arbeiter allerorts darauf achten, daß niemand diesem Schwindel zum Opfer fällt.

Zum Cunewalder Weberstreik. Die angebahnten Einigungsverhandlungen sind über das Stadium der Vorbereitungen noch nicht hinausgekommen. Der Lohnkampf währt bereits 14 Wochen. Er ist seitens der Streikenden, was auch von unparteiischer Seite anerkannt worden ist, mit der denkbar größten Ruhe und Besonnenheit geführt worden. Dagegen verhalten sich die Streikbrecher — es sind deren nur wenige — so radaulustig und gewaltthätig, wie man es von derartigen Elementen erwarten muß. In Köblitz, einem Nachbardorf Cunewalds, kam es vor einigen Tagen zu einem großeren Tumult, den die in der Fabrik des Herrn Kalauch beschäftigten Arbeitswilligen provoziert hatten. Schon seit längerer Zeit haben diese „sauberen" Elemente aus den Fenstern der Fabrik heraus die vorübergehenden Köblitzer Einwohner beschimpft. Eines Abends gingen sie nun mit Knüppeln, durch die Nägel geschlagen waren, auf die Streikposten los und versuchten mit denselben Streit anzufangen. Die Streikenden aber gingen diesen Knüppelhelden aus dem Wege und nun suchten diese ihre Kampfeslust an einer des Weges kommenden streikenden Frau auszulassen, die vor den Angriffen der rüden Patrone bei Arbeitern, welche vom Bahnhof kamen, Schutz suchte. Im Nu war das ganze Dorf alarmiert. Der Fabrikant Kalauch, in seiner Eigenschaft als zweiter Gemeinde-Aeltester, suchte seine Arbeitswilligen vor dem Unmut der Einwohner zu schützen, aber erst dem Eingreifen des Gemeindevorstehers gelang es, die Ruhe wieder herzustellen, indem er die Urheber des Zusammenstoßes, die raufluftigen Streikbrecher, von der Straße entfernte. Der unverschämteste der Angreifer wurde festgenommen. Der Fabrikant Kalauch hat sich aus Anlaß dieses Tumults veranlaßt gesehen, drei von den Raufbolden zu entlassen.

So erweisen sich die arbeitswilligen Elemente, zu deren Schutz man ein besonderes Gesetz für nötig hielt, überall, wo sie auftreten, nicht nur als Verräter der kämpfenden Arbeiter, sondern auch als eine Gefahr für die am Streik ganz unbeteiligten Einwohner des Streikorts. Und mit Hilfe solcher Elemente glauben protzige Fabrikanten die berechtigten Forderungen achtbarer Arbeiter zurückweisen zu können.

Der Maurerstreik in Halle ist in ein andres Stadium getreten. Am 12. Juni hat eine Versammlung der Streikenden beschlossen, daß auf allen Bauten, wo der verlangte Stundenlohn von 50 Pf. gezahlt wird, die Arbeit aufgenommen werden kann. Der Streik hat bereits 33 Wochen gewährt, und nur wenige Maurer aus Halle sind als Streikbrecher aufgetreten. Der Kampf ist seitens der Streikenden mit großer Ausdauer geführt worden.

Als Frachtgut importierte Streikbrecher. In Gelsenkirchen befinden sich die Brauer der „Glückauf-Brauerei" seit Ende Mai im Ausstand. Vor einigen Tagen machten die Streikenden auch einmal die Wahrnehmung, daß in der Brauerei eine Anzahl Streikbrecher in Thätigkeit war. Kein Mensch konnte eine Erklärung dafür geben, woher die Streikbrecher gekommen, und vor allem, wie sie ungesehen in die Brauerei hineingelangt waren. Jetzt ist das Rätsel gelöst. Als Frachtgut war die „Ware" per Waggon direkt bis in die Brauerei befördert worden. In einem Waggon hat man 14 Streikbrecher aus Schweden importiert. Der Waggon wurde von der Staatsbahn auf das Geleise einer Zeche überführt, von hier auf die Anschlußstrecke zur Brauerei und so gelangte die „Ware" unbesehen in den Betrieb. Nicht nur die Not, auch die Dividendensucht macht erfinderisch.

Ausland.

Ueber die Generalversammlung des schweizer Typographenbunds wird berichtet, daß der „Schweizerische Arbeiterbund aufgefordert wurde, infolge der unaufhörlichen Maßregelungen von Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation aus der bisherigen Unthätigkeit herauszutreten und geeignete Maßnahmen zur Wahrung des Vereinsrechts der Arbeiter zu ergreifen. Der Typographenbund behält sich vor, falls die „systematische Bekämpfung desselben aus den Reihen des Arbeiterbunds heraus kein Ende nimmt", aus letzterem auszuscheiden". Um jeder mißverständlichen und event. auch böswilligen Deutung dieses Beschlusses vorzubeugen, sei erklärt, daß sich derselbe ausschließlich gegen katholische Druckereigeschäfte in Einsiedeln, Basel und Frauenfeld richtet, deren Besitzer zu den sogenannten „katholischen Sociologen" gehören und als Mitglieder von katholischen Organisationen auch dem Schweizerischen Arbeiterbund angehören. Zur Socialdemokratie steht der Schweizerische Typographenbund im freundschaftlichsten Verhältnis, wofür schon die Thatsache spricht, daß er an die socialdemokratische Partei einen Jahresbeitrag von 200 Fr. leistet.

In Montceau les Mines drohen von neuem Konflikte auszubrechen. Die Direktion hatte bekanntlich das Versprechen abgegeben, daß sämtliche Streikenden in kurzer Zeit wieder eingestellt sein würden. Obwohl nun schon Wochen seit dem Friedensschluß vergangen, befinden sich immer noch 1500 Arbeiter ohne Beschäftigung. Die Leiter der Gewerkschaft, welche dieser Tage Unterhandlungen mit der Direktion pflogen, führten den Nachweis, daß die Schächte sich nunmehr wieder in einem Zustande befinden, der die Einstellung aller ehemaligen Arbeiter gestattet. Die Direktion wich einer Auseinandersetzung darüber aus und erklärte schließlich kategorisch, daß die jetzt noch Ausgesperrten von ihr nicht wieder eingestellt würden. Damit hat die Direktion den Vertrag gebrochen. Die Haltung der Direktion hat unter der Bevölkerung große Entrüstung hervorgerufen; die Lage der Ausgesperrten ist um so verzweifelter, als das dortige Syndikat mangels an Mitteln jede Unterstützung ablehnen muß. — Die Ausgesperrten haben in einer Versammlung beschlossen, sich an die Regierung und an die Volksvertretung zu wenden.

Die Schaffner und Kutscher einiger Londoner Omnibuslinien stehen im Konflikt mit ihren Direktionen. Sie verlangen längere Ruhepausen, um ihre Mahlzeiten zu sich zu nehmen, und zwar 45 Minuten für Mittagessen, 35 Minuten für Vesper und 20 Minuten für Abendessen. Auch sind sie damit unzufrieden, daß ihre Frauen, wenn sie ihnen das Essen bringen, für die Fahrt bezahlen müssen. Die Direktion hat es abgelehnt, mit „Fremden" (die Gewerkschaft hatte die Forderungen unterbreitet) zu unterhandeln. Die Schaffner werden sich nun nochmals selbst an die Direktion wenden.

In Cherbourg haben die Schiffsauslader die Arbeit wieder aufgenommen.

Socialles.

Die Abstinenzler Stockholms hielten am vorigen Sonntag ihre große, alljährlich wiederkehrende Heerschau ab. An dem großen Demonstrationszuge nahmen etwa 4000 Personen teil, mit zwanzig Musikcorps und 100 Fahnen und Standarten. An der Spitze marschierten ca. 500 Kinder hinter einer Standarte mit der Inschrift: „Wir Kleinen leiden am meisten durch die berauschenden Getränke". Auf dem Festplatz hatten sich ca. 6000 Menschen versammelt. Hier wurden von vier Rednerstühlen Vorträge gehalten und eine Resolution gefaßt, in der nach wirksamen Gesetzen gegen den Vertrieb alkoholischer Getränke verlangt wird.

Die Anstellung eines städtischen Baugerüst-Controleurs ist von den städtischen Behörden Berns beschlossen worden. Die Jahresbesoldung wurde auf 2400 bis 3000 Fr. festgesetzt. Hoffentlich wird der neue Beamte aus den Kreisen der Arbeiter gewählt.

Chinapolitik und Dreibund
in der italienischen Kammer.

Rom, 14. Juni. (W. T. B.) Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses ergreift der Minister des Aeußern, Prinetti, das Wort. Er bespricht zunächst die Chinapolitik der Regierung und erklärt, nachdem die Friedensverhandlungen nahezu beendet und die Gesammtsumme der Entschädigungen festgesetzt sei, bleibe nur noch übrig, die Zahlungsbedingungen genau zu bestimmen. Bezüglich des hierbei zu beobachtenden Vorgehens bestehe Italien vor allem darauf, daß die gebotenen Sicherheiten thatsächlich genügend und ernst zu nehmen seien; Italien habe sich ohne Hintergedanken dem deutsch-englischen Abkommen angeschlossen, in welchem diese beiden Mächte schon bei Beginn der Expedition nach China erklärten, daß sie keinen Ländererwerb daselbst beabsichtigten. Diesem Abkommen sei Italien immer treu geblieben. Man habe die **Errichtung einer Niederlassung in Tientsin** beschlossen und behalte sich einen geeigneten Augenblick vor, um zu prüfen, in welchen Ortschaften man ebenfalls solche begründen könne. Der Minister erklärt weiter, er glaube nicht, daß Italien sich über seine Teilnahme an der China-Expedition zu beklagen habe. Italien nehme den ihm gebührenden Platz im europäischen Konzert ein, in welchem es verstanden habe, sich durch seine versöhnliche Haltung Sympathien zu erringen. Ebenso sei man in der Lage gewesen, den italienischen Staatsangehörigen in wirksamer Weise Schutz zu gewähren.

Prinetti wendet sich im weiteren Verlaufe seiner Rede dem **Dreibund** zu. Er beantwortet die Anfrage Barzilais, der ihn an die Rede erinnert, die er, der Minister, im Jahre 1891 gegen die Erneuerung des Dreibunds gehalten habe, und seine gegenwärtige Anschauungsweise kennen zu lernen wünscht; der Minister erklärt: Barzilai hat ohne Zweifel die kennzeichnenden Grundzüge unsrer auswärtigen Politik von vor zehn Jahren vergessen, einem Zeitpunkte zu welchem der Dreibund mehr infolge individueller Tendenzen als kraft der in ihm enthaltenen Bestimmungen in Italien einen Anschein gewonnen hatte, der seiner Natur nicht entsprach. Man konnte damals irrtümlicherweise als Folge des Dreibundes Ereignisse auffassen, welche die Gefühle einer großen Nation verletzten und ihren Interessen schadeten, so die Lockerung unsrer politischen Beziehungen und den handelspolitischen Krieg mit Frankreich, wie auch die Steigerung unsrer militärischen Ausgaben über unsre finanziellen Kräfte hinaus. Seitdem hat sich aber dieser Stand der Dinge vollkommen geändert. Seit jenem Zeitpunkt hat der Dreibund stets mehr seinen friedlichen Charakter bewiesen. Man hat gesehen, daß derselbe in Wirklichkeit keine Vermehrung der militärischen Ausgaben auferlegt, da diese Ausgaben auf einen unseren Mitteln mehr entsprechenden Umfang herabgemindert werden konnten. An den Dreibund schlossen sich die Handelsverträge mit den verbündeten Mächten, und diese Verträge hatten die Wirkung, daß sie auch die politischen Beziehungen herzlicher gestalteten. In der Folge haben die Ereignisse auch bewiesen, daß innige Beziehungen zu Frankreich mit dem Dreibund nicht unvereinbar sind. (Beifall.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Kongovorlage.

Brüssel, 14. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Sonderausschusses für die Kongovorlage teilte der Vorsitzende mit, daß Beernaert und Genossen ihren Antrag auf sofortige Uebernahme des Kongostaats zurückgezogen hätten. Der Socialist Vandervelde erklärt, Beernaert habe, indem er den Antrag zurückzog, einem durch den König ausgeübten Zwange gehorcht. Redner verlangt, daß die Tragweite des Testaments des Königs und seines Briefes von 1887 festgesetzt werde. Woeste erklärt, der König habe sich nicht gegen die sofortige Uebernahme erklärt, sondern nur gegen die von Beernaert aufgestellten Bedingungen. Belgien könne jederzeit die Uebernahme beschließen, nachdem das Grundgesetz für den Kongostaat ausgearbeitet sein werde. Lorrant (Fortschrittspartei) bekämpft die Kolonialpolitik, die er als verhängnisvoll für das Land ansieht, und beschuldigt die Regierung des Mangels an Loyalität, weil sie unerwarteter Weise die gegenwärtige Vorlage eingebracht habe. Redner verlangt, daß die Meinung des Landes gehört werde und fragt, ob die belgische Regierung der Erhöhung der Kongoschuld von 32 auf 41 Millionen zugestimmt habe.

In einer zweiten Sitzung des Sonderausschusses schlugen alsdann mehrere Redner vor, an die Regierung eine Reihe von Fragen zu richten. Die Kommission beschloß, die Regierung bezüglich der vom Kongostaat gemachten Anleihen sowie darüber zu befragen, ob die Regierung ein Organisationsgesetz für die eventuelle Kongokolonie einzubringen gedenke. Ferner soll die Regierung befragt werden, welche Folgen im Hinblick auf Belgien die Ablehnung der Regierungsvorlage haben würde und ob die Regierung das Recht auf Uebernahme des Kongostaats durch Belgien in bestimmterer Form festlegen könne.

Das englisch-deutsche Abkommen.

London, 14. Juni. (W. T. B.) Unterhaus. O'Kelly fragt an, ob die Beibehaltung einer deutschen Besatzung in Schanghai im Einklang mit den Bestimmungen des englisch-deutschen Abkommens sei, und, wenn nicht, ob die englische Regierung die deutsche Regierung auffordern werde, alle deutschen Truppen aus der britischen Einflußsphäre zurückzuziehen. Unterstaatssekretär des Aeußeren Lord Cranborne erwidert, das englisch-deutsche Abkommen sei gerichtet auf die Sicherung der Freiheit des Handels für alle Nationen auf den Flüssen und an der Küste Chinas und auf die Erhaltung des unverminderten Territorialbestandes Chinas und habe zu dem Gegenstande von O'Kellys Anfrage keinerlei Beziehung.

Frankfurt a. M., 14. Juni. (W. T. B.) Die seit Mittwoch hier abgehaltenen Besprechungen von Vertretern der Main-Uferstaaten Preußen, Bayern, Baden und Hessen betreffend die **Kanalisation des Mains** von Frankfurt bis Aschaffenburg, welche einen vertraulichen Charakter hatten, sind heute beendet worden.

Stuttgart, 14. Juni. (W. T. B.) Die Kammer der Standesherren nahm einstimmig einen Antrag an, welcher sich für **Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Württembergs in der Verwaltung seiner Eisenbahnen** und gegen etwaiges Aufgeben dieser Selbständigkeit durch Beitritt zur preußisch-hessischen Gemeinschaft erklärt, dagegen den Erlaß eines Reichs-Eisenbahngesetzes und Verwirklichung des Artikels 42 der Reichsverfassung fordert.

Paris, 14. Juni. (W. T. B.) Der Senat beschloß mit 153 gegen 80 Stimmen, die gestrige Rede des Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau zum Vereinsgesetz-Entwurf öffentlich anschlagen zu lassen.

Paris, 14. Juni. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Nach Schluß der Beratung der Vorgänge in Algier nimmt die Kammer durch Handaufheben den ersten Teil einer von Martin eingebrachten und von der Regierung angenommenen Tagesordnung an, in welchem es heißt: Die Kammer mißbilligt jeden Fanatismus und alle religiösen und Rassenstreitigkeiten. Sodann nimmt das Haus mit 353 gegen 82 Stimmen den zweiten Teil der Tagesordnung an, welcher lautet: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und rechnet auf das thatkräftige Vorgehen derselben, um in Algerien diejenige Ruhe herzustellen, welche für die Entwickelung der Kolonisation im Interesse der französischen und der einheimischen arbeitsamen Bevölkerung unerläßlich ist. Sodann wird die gesamte Tagesordnung durch Handaufheben angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Grénoble, 14. Juni. (B. H.) In den Anthracit-Kohlenwerken von Mare fanden vergangene Nacht blutige Auftritte statt. Die französischen Grubenarbeiter etwa 200, deren Forderung auf Entfernung der italienischen abgelehnt worden war, begannen eine Jagd auf die in der Umgegend ansässigen Italiener, drangen in ihre Häuser ein, zerschlugen Thüren und Fenster und mißhandelten deren Frauen und Kinder. Eine furchtbare Panik entstand. Die Italiener entflohen nach allen Richtungen. 600 Männer, Frauen und Kinder benutzten heute den Frühzug nach Grénoble. Viele Personen wurden verletzt. Heute findet eine Versammlung der Grubenarbeiter der ganzen Umgebung statt.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Wenker in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wir erhalten vom Vorstand des Central-Wahlvereins für Teltow-Beeskow folgende „Resolution" zum Abdruck:

Resolution. Die Generalversammlung des Socialdemokratischen Central-Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Charlottenburg am 9. Juni d. J. in Rixdorf verurteilt aufs schärfste das eigenmächtige Vorgehen der Berliner Lokalkommission, welches geeignet ist, die Agitation in diesem Kreise zu stören und die Partei auf das schwerste zu schädigen. Sie verurteilt ferner entschieden die Nichtbefolgung von Beschlüssen der Parteigenossen in Teltow-Beeskow 2c., die die Sperre über einzelne Lokale im Kreise, so speciell in den den Vororten Berlins verhängen, um Versammlungslokale zu erhalten, deren Wert für die Parteibewegung doch wohl bekannt sein dürfte. Sie legt Verwahrung ein gegen die ganz ungerechtfertigten Eingriffe in die Angelegenheiten des Teltow-Beeskower Kreises, indem die Berliner Lokalkommission einzelne Sperren aufhebt, wie neuerdings „Haselwerder" und „Sedan" an der Oberspree, und fordert die Berliner Genossen auf, das Solidaritätsgefühl in diesem Kampfe um Versammlungslokale zu bethätigen und die Lokalkommission anzuweisen, die diesbezüglichen Beschlüsse des Kreises Teltow-Beeskow zu respektieren.

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand und den Obmann der Lokalkommission, sollte die Freigabe der genannten Lokale nicht rückgängig gemacht und gesperrte Lokale auch ferner im diesseitigen Kreise freigegeben werden, in Berlin mehrere Volksversammlungen einzuberufen, in denen die Gründe des Vorgehens gegen die einzelnen Lokale klargelegt und der Berliner Lokalkommission bedeutet wird, daß Beschlüsse von Parteigenossen, die sich im Interesse der Partei nötig machten, unbedingt hochzuhalten sind, ganz gleichgültig, ob dieselben in Berlin oder in einem auswärtigen Kreise gefaßt wurden.

Lokales.

Eine kleine Erhöhung.

Am königlichen Schloß wird seit Wochen und Monaten emsig gearbeitet, um vor den Fronten an der Schloßfreiheit bezw. am Schloßplatz jene viel umstrittene Anlage auszuführen, die in dem Programm der Schloßplatzverschönerung mit an erster Stelle gestanden hat. Von dieser Anlage weiß heute jedes Kind in Berlin, daß sie keine Terrasse wird. In der ersten Zeit, nachdem die Schloßplatz-Verschönerungs-Pläne aufgetaucht waren da war wohl mal davon die Rede gewesen, daß die Schloßbauverwaltung beabsichtige, die der Lustgartenfront vorgelagerte Terrasse um das ganze Schloß herumzuführen, aber hinterher wurde die beruhigende Versicherung gegeben, es werde nur ein Vorgarten angelegt werden. Namentlich in der Stadtverordneten-Versammlung wurde von den Freunden der Schloßplatzverschönerung in dem späteren Stadium der Verhandlungen, die über diese Angelegenheit geführt werden mußten, mit großem Eifer betont, die Schloßbauverwaltung denke wirklich an keine Terrasse mehr, sondern wolle sich mit einem bloßen Vorgarten begnügen. Allerdings werde es notwendig sein, den Vorgarten durch ein Gitter vom Bürgersteig abzuschließen; das Gitter werde auch auf einen massiven Sockel gestellt werden müssen, der aus ästhetischen Gründen eine gewisse Höhe haben müsse; vielleicht werde man es auch vorziehen, statt des Gitters eine Balustrade aus Sandstein zu errichten; und schließlich werde es sich wohl auch nicht umgehen lassen, dem Vorgarten eine kleine Erhöhung zu geben. Das Ganze aber werde auf keinen Fall eine Terrasse werden.

Es ist genau so gekommen, wie sie's vorausgesehen haben. Wer jetzt an dem Schloß vorübergeht und sich den im Entstehen begriffenen „Vorgarten" ansieht, der kann sich überzeugen, daß bereits alles da ist: der massive Sockel in der durch die Gesetze der Aesthetik vorgeschriebenen Höhe, darüber die in kräftigen Formen ausgeführte Balustrade aus Sandstein und dahinter die „kleine Erhöhung", die nicht zu umgehen war. Angenehm überraschen wird manchen die „kleine Erhöhung". Um sie voll würdigen zu können, muß man sie an der Ecke der Schloßfreiheit und des Lustgartens auf sich wirken lassen. In diesem „Vorgarten", der „keine Terrasse" ist, wird der Rasen etwa ¾ Meter tiefer liegen als der Rasen der älteren Anlage an der Lustgartenfront. Jene Nörgler und griesgrämigen Spielverderber, denen an der Schloßplatz-Verschönerung „die ganze Richtung nicht paßt", werden vielleicht sagen, die „kleine Erhöhung" sei ein bißchen reichlich. Es ist wahr, sie ist nicht zu knapp ausgefallen; selbst die begeistertsten Freunde der Schloßplatz-Verschönerung dürfen mit dem, was hier geschaffen worden ist, zufrieden sein. Aber andrerseits wird man doch zugeben müssen, daß der „Vorgarten" trotz der Reichlichkeit der Erhöhung immer noch wenigstens um eine Kleinigkeit niedriger ist als die ältere Anlage am Lustgarten. Möge man diese als „Terrasse" bezeichnen, mag sie bei den Berlinern seit Menschengedenken unbestritten als „Terrasse" gegolten haben — aber die Anlage an der Schloßfreiheit und am Schloßplatz ist keine Terrasse, sondern wirklich nur ein „Vorgarten"; dabei bleibt es!

Lange genug hat's ja gedauert, bis auch nur dieser „Vorgarten" zu stande kommen konnte. Man muß sich fast erst darauf besinnen, wie die Geschichte eigentlich anfing. Der Schloßbrunnen war's ja wohl, der den Anstoß gab. Er beengte den Verkehr auf dem Schloßplatz, und da mußte die Häuserreihe vor dem Marstall fallen. Nachdem das erreicht war, konnte dann dem Platz, was er auf der einen Seite gewonnen hatte, auf der andern Seite wieder abgenommen und der „Vorgarten" angelegt werden. Dieser Weg von dem Schloßbrunnen zu dem „Vorgarten", der „keine Terrasse" ist, ging zwar etwas im Zickzack, aber er hat schließlich doch zum Ziele geführt. Als die Vertreter des freisinnigen Bürgertums in der Stadtverordneten-Versammlung mit ihrem Schloßbrunnen-Geschenk die Schloßplatz-Verschönerungsära eröffneten, da wurde ihnen das im Hinblick auf gewisse Vorgänge, die sich daran knüpften, von den lieblos witzelnden Berlinern mit der boshaften Sprichwort-Variation vergolten: „Wer andern einen Brunnen schenkt, fällt selbst hinein." Die Kurzsichtigen! Ist nicht seitdem der Schloßplatz-Verschönerungs-Gedanke zu herrlichster Blüte gediehen? Ein Reinfall soll das gewesen sein?! Wo wären wir heute, wenn der Schloßbrunnen nicht errichtet worden wäre! Wir hätten weder die Fassade des freigelegten Marstalls noch die Sandsteinbalustrade des erhöhten „Vorgartens" bekommen.

Die Berliner Bevölkerung hat überhaupt gar keine Ahnung davon, wie sehr sie den freisinnigen Männern zu danken hat, die den Zickzackweg vom Schloßbrunnen zum Marstall und von da zu dem „Vorgarten", der „keine Terrasse" ist, gegangen sind. Nicht bloß den Schloßplatz haben sie verschönert — auch das Rathaus haben sie davon profitieren lassen. Damals, als über den Neubau der Kurfürstenbrücke verhandelt wurde, da war es der Minister Thielen, der den glücklichen Gedanken hatte, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Einengung des Schloßplatzes durch den Schloßbrunnen die Beseitigung der Häuserreihe vor dem Marstall zu fordern. In seinem an den Magistrat gerichteten Schreiben vom 6. Januar 1893 hob er geschickt hervor, daß dabei unter anderm auch die Ansicht des Rathauses „erheblich gewinnen" würde. „Es würde sich dann", schrieb er, „im Mittelpunkt der Stadt das königliche Schloß, der Schloßbrunnen, das Marstallgebäude, die Lange Brücke mit dem Denkmal des Großen Kurfürsten, das Rathaus mit seinem monumentalen Turm zu einem gewaltig wirkenden Gesamtbilde vereinigen." Der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung sahen ein, daß der Mann recht hatte. Was er vorschlug, das war in der That geeignet, das Rathaus dem Schlosse gewissermaßen näher zu rücken. Indem Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung die Freilegung des Marstalles beschlossen, stellten sie die gewünschte engere Beziehung zwischen Schloß und Rathaus her und bewiesen damit, daß sie wirklich „die von höheren Gesichtspunkten geleitete Auffassung" hatten, die der Herr Minister in seinem Schreiben liebenswürdigerweise bei ihnen vorausgesetzt hatte. Das soll ihnen unvergessen sein! Die Sache ist zwar nicht ganz billig gewesen. Sie hat den Stadtsäckel um etliche Millionen erleichtert, also die freisinnigen Männer in der Stadtverordneten-Versammlung thun ganz recht daran, daß sie in solchen und ähnlichen Dingen nicht knausern. Was sie hierbei mit vollen Händen ausgeben, das ist sehr bald wieder eingebracht, wenn sie sich nur bei andren Gelegenheiten rechtzeitig darauf besinnen, daß sie mit dem Gelde der Steuerzahler sparsam umzugehen haben. Wir denken da z. B. an das Gemeindeschulwesen, an die Krankenhäuser, an die Besteuerung der Einkommen von 660—900 M. usw. Den „Vorgarten" hat die Stadt sogar ganz umsonst gekriegt; denn er wird aus Kronmitteln angelegt. Nur das Straßenland hat die Stadt herleihen müssen. Die Nörgler, von denen wir oben sprachen, werden allerdings sagen, daß er den Berlinern auch so noch teuer geworden sei, weil er mit dem Ansehen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung bezahlt sei. Sie werden uns weißmachen wollen, daß besonders die „kleine Erhöhung", da sie in ihrer Reichlichkeit doch wohl über die Erwartung und den ausdrücklichen Wunsch der Stadtverordneten-Versammlung hinausgehe, für das Ansehen der Stadtverordneten-Versammlung eine „kleine Erniedrigung" bedeute. Wir denken aber, auch in dieser Beziehung werden sich die gutgesinnten Elemente von jenen „höheren Gesichtspunkten" leiten lassen, die in der Frage der Schloßplatz-Verschönerung stets für sie maßgebend gewesen sind. Die Stadtverordneten-Versammlung einer königlichen Haupt- und Residenzstadt darf sich nicht lumpen lassen — koste es, was es wolle!

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Auf Antrag der Straßenreinigungs-Deputation hat der Magistrat genehmigt, daß die Mitglieder der Deputation auf städtische Kosten zu einer Besichtigung der in Ismhheim bei München errichteten Anstalt zur Beseitigung des Straßen- bezw. des Hausmülls nach dort reisen, weil die Schwierigkeiten in Bezug auf die Beseitigung von Müll sich immer mehr häufen. Der Verein der Berliner Droschkenkutscher hat an den Magistrat die Bitte gerichtet, in der Köpnickerstraße am Schlesischen Thor, an der Bevern- und Skalitzerstraße Brunnen zum Tränken der Pferde für die dortigen Droschken zu errichten. Der Magistrat hat den Antrag genehmigt, es werden zwei Brunnen aufgestellt werden, die von der städtischen Wasserleitung gespeist werden sollen. Ferner hat der Magistrat beschlossen, zur Verbreiterung der Alten Jakobstraße zwischen der Sebastian- und Dresdenerstraße für die Grundstücke Nr. 62 bis 73 eine neue Fluchtlinie festzusetzen. Das Gesuch des Direktors des städtischen Viehhofs, des Oekonomierats Hausburg, ihn vom 1. Oktober d. J. ab in den Ruhestand zu versetzen, hat der Magistrat zu genehmigen beschlossen. Dem Direktor soll ein Ruhegehalt mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung bewilligt werden. — Außerdem wurde vom Magistrat beschlossen, vorbehaltlich der Bestätigung durch den Oberpräsidenten, die Standesbeamten Gutzeit und Justinius vom 1. September d. J. ab in den Ruhestand zu versetzen und die Standesbeamten-Stellvertreter Tummbey, Krug, Kupfer und Baron v. Koschkull zu Standesbeamten zu ernennen. Die Standesbeamten-Hilfsstellvertreter Schulz, Reinhold, Meyer und Frhr. v. Wrangel wurden zu Standesbeamten-Stellvertretern gewählt.

In der gestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, die Wahl eines Stadtschulrats für das höhere Schulwesen zu vertagen und den bestehenden Ausschuß nochmals mit der Vorbereitung zu beauftragen. Vor Oktober d. J. dürfte nun die Wahl kaum stattfinden. Ferner wurde in der Sitzung dem Antrage des Magistrats, dem ausgeschiedenen Stadtschulrat, Geh. Rat Dr. Fürstenau, den Titel eines „Stadtältesten" zu verleihen, zugestimmt. Berlin hat nunmehr sechs Stadtälteste. Es sind dies Geh. Reg. Rat Stadtrat Gesenius, Stadtbaurat Blankenstein, Stadtbaurat Dr. Hobrecht, Bankdirektor und Stadtrat Kaempf, Stadtrat Kochhann und Dr. Fürstenau.

Der Prediger Hülle ist gestern 57 Jahre alt hier an Schlaganfall gestorben. Kein noch so enragierter Atheist hat der Sache des Christentums wohl einen empfindlicheren Schaden zuzufügen vermocht, als dieser Leiter des Christlichen Zeitschriftenvereins, der den Namen seiner Religion mißbrauchte, um mit den Mitteln schimpflichster Verleumdung die Socialdemokratie zu Gunsten jener Kapitalistengruppe zu bekämpfen, die als Scharfmacherklique in der gesitteten Welt gekennzeichnet ist. Jede Lüge, jede Niedertracht war Herrn Hülle recht, wenn es galt, die klassenbewußte Arbeiterschaft zu begeifern und für Zuchthausgesetze und andre volksfeindliche Maßnahmen Propaganda zu machen.

Unsre Leser werden sich noch des peinlichen Befremdens erinnern, das sich selbst in gut „nationalen" und streng christlichen Blättern zu erkennen gab, als vor vier Jahren der Leiter des Reichs-Versicherungsamts, Herr Gaebel, den unglücklichen Mißgriff beging, die Arbeiterschaft dadurch zu erbittern, daß er die Hülleschen Schriften den öffentlichen Heilanstalten zur Anschaffung empfahl.

Drastischer konnte der Wert der Socialpolitik des neuesten Kurses gar nicht gekennzeichnet werden, als durch eine solche „vertrauliche" Verwaltungsmaßnahme.

Weil er auf einer Bank eingeschlafen war, hat ein Arbeiter zehn Tage unschuldig in Untersuchungshaft zubringen müssen. Der Fall liegt folgendermaßen: Der Maurer Wilhelm Schulz ist in Neu-Langsow ansässig, wohnt dort mit seiner Familie, ist aber in Berlin beschäftigt und liegt während seines hiesigen Aufenthalts in der Langestr. 67 in Schlafstelle. Seit dem dritten Pfingstfeiertag hielt Schulz sich wieder in Berlin auf, um Arbeit zu suchen. Am 30. Mai nachmittags ruhte er sich auf einer Bank auf dem Andreasplatz aus und schlummerte ein. Ein Schutzmann weckte ihn und sistierte ihn nach der Polizeiwache Andreasstraße. Von dort wurde er im grünen Wagen nach dem Alexanderplatz gebracht, von dort kam er nach dem Stadtvogteigefängnis. Dort mußte er bis zum 8. Juni verbleiben. Das Gesetz schreibt vor, daß ein von der Polizei vorläufig Festgenommener spätestens am Tage nach der Einlieferung vom Richter vernommen werden muß. Diese zum Schutz der persönlichen Freiheit des polizeilich Festgenommenen geschaffene Vorschrift wurde auch im Verfahren gegen Schulz beobachtet, verfehlte aber völlig ihren Zweck. Am 31. Mai wurde Schulz von einem Richter vernommen. Aus der Vernehmung mit diesem entnimmt er, daß ihm, wie gesagt, das furchtbare Verbrechen zur Last gelegt wird, auf einer Bank auf dem Andreasplatz geschlafen zu haben. Der Richter kündigte ihm an, daß er verhaftet bleibe. Diese Haft war unzulässig. Keiner der nach § 112 St.-P.-O. zur Verhaftung eines Bürgers berechtigenden Gründe lag vor. Schulz war im schlimmsten Fall einer Straßenpolizeikontravention angeklagt. Er konnte sich über seine Person ausweisen und hatte angegeben, daß er in Berlin bei Schulz, Langestr. 67, in Schlafstelle wohne; es ist gar nicht der Versuch gemacht worden, sich von der Richtigkeit dieser Behauptung zu überzeugen. Ferner hatte Schulz als Legitimationspapiere bei sich die Invaliditäts-Quittungskarte, Krankenkassenbuch, Verbandsbuch, Streikkarte und folgende, zwecks Ausstellung der Wochenkarte ihm ausgestellte, mit Unterschrift und Amtssiegel versehene Bescheinigung des Gemeindevorstehers zu Neu-Langsow:

Bescheinigung.

Der Maurer Wilhelm Schulz, geboren am 7. August 1866 zu Neu-Langsow, ist hier wohnhaft und in Berlin arbeitend beschäftigt. Derselbe benutzt zu seiner Heimfahrt Ostbahn bis zur Station Werbig.

Behördlich ist auch beim Gemeindevorsteher nicht recherchiert worden. Schulz mußte in Gemeinsamkeit mit Landstreichern, Zuhältern und dergleichen Angeschuldigten in Haft bleiben. Termin gegen ihn wurde auf den 15. Juni anberaumt. Endlich gelang es ihm, die Möglichkeit zu schreiben zu erwirken. Er schrieb an seine Frau. Diese sandte die polizeiliche Anmeldung ihres Mannes ein — und nun erst, am 8. Juni, wurde Schulz entlassen.

Bei seiner Sistierung waren dem Schulz 1,27 M. Geld abgenommen — bei seinem Fortgang wurde ihm die Geldrückzahlung verweigert. Er hat sich nunmehr schriftlich an das Amtsgericht mit dem Ersuchen gewendet, die Rückzahlung der 1 M. und 27 Pf. anzuordnen.

Erwähnt sei, daß der Termin vom 15. Juni gleichzeitig mit der Anordnung auf Aufhebung der Haft aufgehoben ist.

Der Fall Schulz zeigt sonnenklar, wie notwendig Schutzvorschriften gegen unberechtigte Verhaftungen sind und wie notwendig eine Haftung des Fiskus für unschuldig erlittene Untersuchungshaft ist. Im vorliegenden Fall mag ja der Richter, der die Haftfortdauer angeordnet hat, civilrechtlich haftbar sein. Aber der dieserhalb anzustrengende Rechtsstreit wird im besten Fall nach Jahren entschieden werden. Die Möglichkeit, daß der Fiskus Rückgriff gegen die Beamten nimmt, die fahrlässig eine Haft angeordnet haben, würde in vielen Fällen einer ungerechtfertigten Haft vorbeugen. Und das ist doch die Hauptsache.

Was gedenkt Herr Minister Schönstedt zu thun, um ähnlichen Fällen für die Zukunft vorzubeugen?

In der Fixigkeit ist der „Lokal-Anzeiger" bekanntlich allen andern Blättern über. Nur mit der Richtigkeit klappt es sehr häufig nicht. Ein Fall, der an Bedenklichkeit aber alles bisher vom „Centralorgan der Reichshauptstadt" gebotene übertrifft, wird vom „Kleinen Journal" aufgedeckt. Der „Lokal-Anzeiger" hatte eingehende Mitteilungen gebracht, die einem Ausfrager des Blattes die Herren Geh. Medizinalrat Professor Dr. Hirschberg und Geh. Medizinalrat Professor Dr. Schweigger über eine angebliche Entdeckung des Wieners Heller, blinden Kindern den Anfangsunterricht ausschließlich durch den Gesichtssinn zu erteilen, gemacht haben sollten. Herr Heller, der in Wien eine Blindenanstalt leitet, schrieb darauf an die genannten Gelehrten und erhielt von ihnen, nach dem „Kleinen Journal", folgende Antworten:

„Sehr geehrter Herr Direktor!

Daß Sie mir zutrauen, für den „Berliner Lokal-Anzeiger" zu schreiben, ist wirklich gut. Ich bekomme das Blatt überhaupt nicht zu sehen, und eine Zeile dafür zu schreiben, ist mir nie in den Sinn gekommen. Vor einigen Wochen suchte mich ein Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeigers" heim, um mich über Ihre Entdeckung zu befragen — ich wußte von gar nichts; darauf hielt er mir einen Vortrag über die neueste Methode, angeborene Blindheit zu heilen, und ich war sehr erbaut davon. Was der Mann nachher im „Lokal-Anzeiger" verbrochen hat, weiß ich nicht, geht mich auch nichts an, denn eine Verantwortlichkeit für seine Leistungen kann mir niemand zumuten. Hochachtungsvoll ergebenst Professor Schweigger."

„Sehr geehrter Herr!

Für die so freundliche Uebersendung Ihres Separatabdrucks sage ich Ihnen meinen besten Dank. In einem Punkt irren Sie sich; ich schreibe nie für Tagesblätter, habe auch den wissenschaftlich unhaltbaren Artikel des „Lokal-Anzeiger" weder geschrieben noch veranlaßt, sondern dem Interviewer, der mich heimsuchte, lediglich den Rat gegeben, meinen Freund Herrn Prof. Fuchs, der den Knaben gesehen, um Auskunft zu bitten. Diesen Rat hat der Mann von der Presse nicht befolgt. Hochachtungsvoll

Ihr Prof. Dr. Hirschberg, Geh. Medizinalrat."

Der „Lokal-Anzeiger" antwortet in seiner gestrigen Abendausgabe mit der Ankündigung, daß er sich veranlaßt gesehen habe, „den Strafantrag gegen das Blatt zu stellen, um vor Gericht durch zeugeneidliche Aussagen klarzulegen, daß unsre Veröffentlichung eine durchaus korrekte war."

Da die beiden Professoren durch den Apparat des „Lokal-Anzeigers" wohl nicht gut Lügen zu strafen sind, so betrachtet das Blatt es am Ende als eine Genugthuung, wenn es wegen formaler Beleidigung eine Verurteilung erzielen kann. Drollig ist übrigens die Wendung des Blatts, daß es „Strafantrag" stelle. Will der „Lokal-Anzeiger" damit andeuten, daß er nicht den für ordinäre Sterbliche üblichen Weg der Privatbeleidigungsklage gehen, sondern in seiner Würde als „Reichs-Anzeiger" den Staatsanwalt in Bewegung setzen will?

Der Talmifürst Manolesco, der als internationaler Hochstapler und Hoteldieb auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei vor einigen Wochen in Genua verhaftet und hierher transportiert ist, tritt im Untersuchungsgefängnis Moabit vollständig mit den Allüren eines vornehmen Herrn auf und gefällt sich darin, zu den Vernehmungen in der elegantesten Toilette zu erscheinen. Er ist des Hoteldiebstahls in 4 Fällen beschuldigt, darunter befindet sich ein Fall, in welchem er in einem der ersten Berliner Hotels dem Adjutanten eines russischen Großfürsten ein Brillantcollier im Werte von etwa 40 000 Mark gestohlen haben soll. Der abenteuerliche Mann ist von vornehmer Herkunft, sein Vater ist Unterpräfekt in Rumänien, seine Gattin eine wirkliche Gräfin alten württembergischen Adels. Seine Mutter ist im Irrenhause gestorben. Der äußerst gewandte Mensch hat sich bis jetzt erst in zwei Fällen zu einem Geständnis bequemt. Er ist übrigens schon in der Schweiz mit sechs Monaten Gefängnis vorbestraft. Auf Grund der bei dieser Gelegenheit zu Tage getretenen Momente und des Schicksals der Mutter hat R.-A. Dr. Schwindt sich an die Sammlung des Materials gemacht, welches beweisen soll, daß der „Fürst" erblich belastet ist. — Der seiner Zeit wegen Beihilfe inhaftiert gewesene Diener des letzteren ist inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Gegen hundert Kraftwagen wurden am Donnerstag dem Kommissar für das öffentliche Fuhrwesen beim Polizeipräsidium vorgeführt. Es handelt sich um Fahrzeuge, die zu Geschäftszwecken dienen. Sie wurden zunächst auf ihre Bremsfähigkeit geprüft. Dann hatten nach der neuen Verordnung über den Verkehr mit Kraftwagen auch die Führer zu zeigen, ob sie im stande sind, ein solches Fahrzeug zu führen. Die Kraftwagen müssen von jetzt an mit einem Metallschild versehen sein, das ihre Nummer weithin sichtbar zeigt. Das Schild ist entweder an der Seite oder hinten anzubringen. Für die Zeit der Dunkelheit wird es ergänzt durch eine Nummerscheibe an der Außenseite der Laterne. Die Führer müssen einen polizeilichen Fahrschein haben.

Ein russischer Taschendieb, der sich nach einer Fahrkarte, die man bei ihm fand, auf einer Rundreise befunden zu haben scheint, wurde vorgestern, Donnerstagabend, auf dem Lehrter Bahnhof festgenommen. Hier bemerkte ein Reisender, der den Hamburger Zug besteigen wollte, daß ein junger Mann, der es anscheinend sehr eilig hatte, sich auffallend an ihn herandrängte. Da er schon einmal bestohlen war, so paßte er auf und nahm daher wahr, daß sich plötzlich eine fremde Hand in seine Tasche versenkte. Er hielt den Mann fest und übergab ihn der Bahnhofswache, die ihn der Kriminalpolizei zuführte; diese erkannte ihn als einen Russen, einen Schneider Alexander Wladiwojek wieder, der hier wegen Taschendiebstahls schon mehrfach bestraft worden ist.

Zu dem Mordversuch in der Reichenbergerstraße wird noch weiter mitgeteilt, daß sich die Verletzungen, die der Sattler-

geselle Weirauch wegen verschmähter Liebe der Pförtnerstochter Anna Zernicke mit dem Messer beibrachte, als nicht lebensgefährlich herausgestellt haben. Es sind nur Fleischwunden, die in einigen Tagen geheilt sein werden. Daß die Verwundete sich kurz nach der That in einem so gefährlichen Zustande befand, ist in der Hauptsache auf seelische Erschütterung zurückzuführen.

Zu der Bernauer Mord-Affaire wird uns aus Prenzlau gemeldet, daß Stern in dem Untersuchungsgefängnis ein nervöses und erregtes Wesen zur Schau trägt und durch sein Gebaren die Anträge seines Verteidigers auf Anerkennung der geistigen Unzurechnungsfähigkeit des Beschuldigten zu unterstützen sucht. Die Behörde glaubt jedoch nicht daran, daß St. die That in einem Zustande geistiger Umnachtung begangen hat. Stern bestreitet übrigens auch, daß er sich in der Mordnacht mit seinen beiden mitverhafteten Komplicen sowie mit dem ermordeten Konitz zusammen befunden und sich von den Dreien dann später getrennt habe. Dagegen vermag er über den Zweck seines Aufenthalts in Schönerlinde, woselbst St. schon seit Jahren nicht mehr sein Domizil hatte, keine genügende Erklärung zu geben. Die noch nachträglich in der Sternschen Villa in Schönerlinde stattgehabten Haussuchungen und Nachgrabungen sind erfolglos geblieben.

Verhängnisvolles Kaffeekochen. Die Arbeiterin Rudolf aus der Strausbergerstraße 7a besuchte am vergangenen Sonntag mit mehreren Bekannten und ihrem 1½ Jahre alten Sohn Walter eine Gartenwirtschaft in der Seestraße. Als sie sich am Tisch einmal umdrehte, griff der Knabe, den sie auf dem Schoß hatte, nach der Kaffeekanne und riß sie um, so daß sich ihr Inhalt ihm über das Gesicht, die Brust und den rechten Arm ergoß. Das Kind wurde so stark verbrüht, daß es trotz ärztlicher Hilfe starb. Auch die Mutter erlitt Verletzungen am rechten Arm, den sie noch in einem Verband tragen muß.

Das Hotel Bristol ist einem hiesigen Blatt zufolge von einer englischen Gesellschaft für 12 Millionen Mark angekauft worden.

Auf frischer That ertappt wurde ein Einbrecher in der Brunnenstraße. Die Kriminalpolizei, der man ihn übergab, fand bei ihm noch einige Sachen, über deren Herkunft er keine Auskunft geben will, da er sie ohne Zweifel ebenfalls gestohlen hat: ein Cigarren-Etui aus Schildpatt, dessen Deckel ein Wappen aus eingelegten Perlen mit noch leeren Namensschildchen enthält, ein Ring in der Form einer Schlange, deren Kopf ein großer und deren Augen zwei kleine Brillanten bilden, ein dunkler Krimmerüberzieher, eine Panzerkette, ein Portemonnaie mit Sporttaschen, ein Dukaten-Trauring mit dem Zeichen M. F. und ein graukarrierter Jackettanzug. Jedenfalls können die Eigentümer, für die diese zum Teil kostbaren Sachen im Zimmer Nr. 37 des Polizeipräsidiums bereit liegen, darüber Auskunft geben, wo der Einbrecher sie erbeutet hat.

Eine abgefeimte Schwindlerin ist in der Person einer schon wiederholt bestraften Martha St. festgenommen worden. Diese hatte es besonders auf die Vermieterinnen von Schlafstellen abgesehen. In der Regel gab sie an, daß sie Buchhalterin eines großen Exportgeschäftes sei, vom Urlaub aus Thüringen zurückkomme und es mit dem Mieten eilig habe, da sie schon am nächsten Morgen wieder im Geschäft sein müsse. Wenn es ihr nicht gelang, gleich volle Beköstigung zu erhalten, so begnügte sie sich auch mit der einfachen Schlafstelle und einem kleinen Darlehn zum Abholen der Sachen vom Bahnhofe. Die Wirtinnen fanden es sehr begreiflich, daß im Urlaub das Geld knapp geworden sei und gewährten gern die Hilfe. Wenn sie es aber nicht konnten, so mußte die neue Mieterin eben warten, bis sie vom Geschäft einen Vorschuß erhalten hätte, und nahm nun die erste beste Gelegenheit wahr, der Wirtin zu stehlen, was sie nur erhaschen konnte. Einmal aber verbarg sie unter ihren Kleidern so viel, daß es auffallen mußte. Sie glaubte aber sicher zu sein, weil die Wirtin ausgegangen war und erst spät wiederkommen wollte. Als nun die Frau unerwartet früh zurückkehrte, begegnete sie ihr gerade noch in der Thür. Die auffallende Veränderung entging ihr nicht und so entdeckte sie den Diebstahl noch früh genug, um die Diebin, welche auch einen seidenen Rock von ihr angezogen hatte, der Polizei überliefern zu können. Bei der Verhafteten fand man auch noch eine gestohlene Halskette mit einem herzförmigen Medaillon, deren Eigentümerin nicht bekannt ist; sie wird gut thun, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Ein Sittenbild. Der 38 Jahre alte Arbeiter Friedrich Heidelberger, der in der Bergmannschen chemischen Fabrik beschäftigt war, lebte seit zwei Jahren von seiner Frau getrennt und mit einer Fabrikarbeiterin Ida Buckowsky in der Oudenarderstr. 42 zusammen. Ida B. hatte ein Jahr vorher ihren „Bräutigam" verloren, da er auf drei Jahre ins Gefängnis wandern mußte. Als er am Montagmittag aus der Strafanstalt entlassen wurde, kündigte sie Heidelberger an, daß sie ihn nun verlassen müsse, um zu ihrem früheren Geliebten zurückzukehren. Der Mann war sehr niedergeschlagen und beschwor sie, doch bei ihm zu bleiben. Sie ging aber dennoch schon am Montagabend und fand einstweilen bei einer Freundin in der Marstraße ein Unterkommen. Heidelberger konnte die Trennung nicht überleben. Gestern nachmittag schickte er zu der Buckowsky mit der Bitte, sie möge doch noch einmal zu ihm kommen, da er ihr etwas Wichtiges zu sagen habe. Als sie nun um 3 Uhr kam, fand sie den Verlassenen in der Küche als Leiche am Thürpfosten hängen.

Zu dem Mordversuch in der Reichenbergerstraße wird noch mitgeteilt, daß sich die Verletzungen, die der Sattlergeselle Weirauch wegen verschmähter Liebe der Pförtnerstochter Anna Zernicke mit dem Messer beibrachte, als nicht lebensgefährlich herausgestellt haben. Es sind nur Fleischwunden, die in einigen Tagen geheilt sein werden. Daß die Verwundete sich kurz nach der That in einem so gefährlichen Zustand befand, war in der Hauptsache auf seelische Erschütterung zurückzuführen.

Eine Einbrecherbande hat in vorgestriger Nacht den Lagerkeller des Restaurateurs Karl Salomon in der Puttkamerstr. 11 heimgesucht. Sie stiegen durch das Fenster und erbrachen einen im Keller stehenden Kleiderschrank. Aus denselben stahlen die Diebe Kleider des Gastwirts und sämtliche Wäsche und Kleidungsstücke des Dienstmädchens, letztere im Werte von ca. 125 M. Außerdem öffneten die Einbrecher einen großen Reisekorb des Mädchens und eigneten sich die Ersparnisse desselben in Höhe von 55 M. an.

Feuerbericht. Die beiden letzten Tage brachten nur vereinzelt Alarmierungen, die auch durchweg nur unbedeutende Brände betrafen. Manteuffelstr. 15 und Elsasserstr. 25 brannten Kleidungsstücke und Wäsche. Schönhauser Allee 123 brannte ein Wagen der Straßenbahn und auf dem Exerzierplatz in der Schwedterstraße eine Pappel. Der Bruch eines elektrischen Leitungsdrahtes verursachte einen Alarm nach der Dennewitzstraße.

Straßensperrung. Die Friedenstraße (nördlicher Damm) von der Fruchtstraße bis zum Weidenweg wird wegen Umpflasterung vom 17. d. M. ab für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Aus den Nachbarorten.

Aus Zehlendorf wird uns geschrieben: Um nicht von der Gunst des Amtsvorstehers Milinowski abhängig zu sein, meldeten die hiesigen Gewerkschaftsverbände zum 1. Mai ihr Vergnügen als das einer geschlossenen Gesellschaft an, worauf auch eine entsprechende Bescheinigung vom Amtsvorsteher erteilt wurde. Ein kontrollierender Beamter verbot trotzdem die Anwesenheit der Kinder unter 14 Jahren. Auf Beschwerde hierüber entdeckte auf einmal wieder der Amtsvorsteher, daß wir auch eine polizeiliche Genehmigung haben müßten, und daher hätte der Gendarm ein Recht zu revidieren und auch Uebertretungen zur Anzeige zu bringen. Als Folge dieser Kuriosität sollte der Wirt 10 M. Strafe zahlen. Vor dem Schöffengericht erklärte der Gendarm, nach seiner Ueberzeugung wäre das Vergnügen öffentlich gewesen. Denn wenn er in Civil gewesen wäre und er hätte das nötige Eintrittsgeld an der Kasse gezahlt, so wäre er ohne Zweifel hinein gekommen. (Dabei hatten wir gar keine Kasse und haben überhaupt kein Entree genommen.) Das war selbst dem Vorsitzenden des Gerichts zu stark, der denn auch eine dementsprechende Bemerkung machte. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem die Bestrafung; der Gerichtshof aber sprach den Wirt frei.

Eine Schuldenlast von 800 000 Mark hat der Bauunternehmer Grothe in Zehlendorf zurückgelassen, der seit einigen Tagen von dort verschwunden ist. Viele Handwerksmeister sind schwer geschädigt. Grothe war als Unterbieter bei Submissionen sehr bekannt.

Pankow. Zum zweitenmal beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit dem Erlaß über die Aufbringung der direkten Gemeindesteuern. Der Landrat, welcher den ersten Erlaß zurückgesandt hat, will einen Ausgleich zwischen Realsteuern und Einkommensteuern herbeiführen, weil angeblich die Realsteuer zu sehr belastet ist. Es wurde beschlossen, sich an den § 6 des Einkommensteuer-Gesetzes zu halten, um den erwähnten Beschluß zu stande zu bringen. — Zu der Errichtung eines zweiten Pfarrhauses, welches die Gemeindevertretung schon früher beschäftigte, wurde bemerkt, daß die Regierung verurteilt ist, 13 000 Mark zum Bau zu zahlen. Die Gemeindevertretung beschloß ferner die Aufnahme eines Darlehns von 600 000 M. Da ursprünglich ein Darlehn von 800 000 M. in Aussicht genommen war, so sollen die übrigen 200 000 M. aufgenommen werden, wenn der Zinsfuß gefallen ist. Ein Antrag unsres Genossen Klingenberg, für die durch Beschluß des Ober-Verwaltungsgerichts ungültig erklärte Wahl des Genossen Freiwaldt umgehend eine Ersatzwahl vorzunehmen, wurde einstimmig abgelehnt; 1800 Wähler bleiben daher ohne Vertretung. Mögen die bürgerlichen Vertreter alle Mittel in Anwendung bringen, um die Opposition niederzuhalten, sie wird bei den nächsten Wahlen wiederkehren und trotz alledem in die Gemeindevertretung einziehen.

Eine Luftspiegelung zeigte sich in Steglitz am Donnerstagabend am südlichen Horizont. In einer großen dunkelen Wolke traten, gut sichtbar, die Umrisse einer Landschaft hervor. Anfangs war es ein bewaldeter Bergesabhang, vor dem sich eine große Sandfläche ausbreitete; später war noch ein Turm zu sehen, welcher von einem Fluß umzogen wurde. Abhang und Turm verschwanden nach einander; der Fluß verbreiterte sich zu einem See, der allmälig die große Fläche vor dem früher geschauten Bergabhange einnahm und in seiner Küstenbildung eine auffallende Aehnlichkeit mit dem Wannsee zeigte. Gegen 9 Uhr zerfloß das interessante Luftbild.

Gerichts-Zeitung.

Besondere Schwierigkeiten boten sich bei Ermittelung der Thäterschaft einer Urkundenfälschung, welche gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. beschäftigte. Beschuldigt war der frühere Schutzmann Hermann Fasche aus Hamburg, der nach Berlin gekommen war, um sich von dem Verdacht, vor acht Jahren eine strafbare Handlung begangen zu haben, zu reinigen. Fasche war im Jahre 1893 Revierförster in Steinbach bei Schleusingen. Als Mitglied des deutschen Beamtenvereins beanspruchte er von demselben ein Darlehn von 250 M. Er mußte hierzu einen Wechsel ausstellen, der sein Accept und den Namen eines Bürgschaft leistenden Giranten trug, außerdem hatte der Bürge noch einen Schein auszustellen, wonach er ausdrücklich seine Haftbarkeit anerkannte. Fasche sandte Wechsel und Bürgschaftsschein ein, beide mit der Unterschrift des Böttchermeisters Reinhardt zu Steinbach versehen, und erhielt darauf das Darlehn. Er erhielt bald darauf eine Anstellung als Schutzmann in Hamburg. Im Jahre 1897 war die Schuld bis auf 180 M. abgetragen. Es mußte ein Verlängerungswechsel über diese Summe ausgestellt werden und der Angeklagte sandte wieder einen solchen, mit Reinhardts Unterschrift versehen, ein. Nach weiteren drei Jahren gelangte der Wechsel zum Protest und Reinhardt wurde als Bürge in Anspruch genommen. Er behauptete nun, daß seine Unterschrift gefälscht sein müsse. Fasche wurde unter Anklage gestellt. Im Termin bestritt derselbe mit Entschiedenheit seine Schuld. Richtig sei es, daß er mit Sorgen und Geldverlegenheiten zu kämpfen gehabt, denn er habe 10 Köpfe zu ernähren. Er selbst habe Reinhardt nicht um dessen Unterschrift gebeten, sondern seine Ehefrau, die ihm die unterschriebenen Papiere gebracht habe. Die als Zeugin vernommene Ehefrau Fasche gab dies zu. Sie sei mit der Frau Reinhardt befreundet gewesen und an diese habe sie sich gewandt mit der Bitte, ihren Ehemann zur Hergabe seiner Unterschrift zu bewegen. Frau Reinhardt habe ihr dies versprochen und ihr am folgenden Tage die unterschriebenen Papiere übergeben. Nun ist Frau Reinhardt inzwischen verstorben. Nach einer von der Zeugin Fasche hergestellten Schriftprobe konnte sie die Fälschung nicht begangen haben, auch für die Thäterschaft des Angeklagten lagen genügende Anhaltspunkte nicht vor und da der Zeuge Reinhardt mit aller Bestimmtheit dabei blieb, daß er von der ganzen Bürgschaftsleistung nichts wisse, so blieb nur die Annahme übrig, daß die Ehefrau Reinhardt hinter dem Rücken ihres Ehemannes dessen Namen auf die Papiere gesetzt hatte. Da der Zeuge Reinhardt zugeben mußte, daß seine verstorbene Ehefrau und die Frau des Angeklagten eng befreundet gewesen seien und da Fasche vorzügliche Zeugnisse und Empfehlungen aufzuweisen hatte, so kam der Staatsanwalt zu der Ansicht, daß die verstorbene Ehefrau Reinhardt die Unterschriften hinter dem Rücken ihres Mannes hergegeben habe. Er beantragte die Freisprechung des Angeklagten und der Gerichtshof erkannte demgemäß.

Die vor dem Schwurgericht des Landgerichts I geführte Verhandlung wegen betrügerischen Bankrotts gegen den früheren Buchdruckereibesitzer Gustav Ehrlich ist gestern zu Ende gegangen und hat für den Angeklagten einen schlimmen Ausgang gehabt. Auf Grund der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten für schuldig zu erklären, seinen Gläubigern Vermögensstücke absichtlich entzogen und Geschäftsbücher beseitigt zu haben, er befürwortete aber selbst die Zubilligung mildernder Umstände bei den Geschwornen. Der Staatsanwalt begründete dies, indem er darauf hinwies, daß der Angeklagte bisher völlig unbescholten war, daß die Vermögensschädigung der Gläubiger nicht allzu erheblich sei, diese vielmehr für den größten Teil ihrer Forderungen gedeckt sein dürften und der Angeklagte schließlich mehr oder weniger seinem allzu großen Optimismus und seinen Prozessen zum Opfer gefallen sei. Die Verteidiger schlossen sich diesem Antrage auf Zubilligung mildernder Umstände mit besonderer Wärme an, diese wurden aber zu allgemeiner Ueberraschung von den Geschwornen verneint, so daß als Strafart nur die Zuchthausstrafe gegeben war. Der Staatsanwalt beantragte unter nochmaliger Hervorhebung der von ihm geltend gemachten mildernden Momente das niedrigste Strafmaß — ein Jahr Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage, fügte aber noch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren hinzu. Drei Monate Zuchthaus wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet, so daß der Angeklagte, der in Haft behalten wurde, noch 9 Monate zu verbüßen hat.

Versammlungen.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission hielt am Donnerstag eine Versammlung der Delegierten im Gewerkschaftshaus ab, in der Dr. Friedeberg über: „Die Krankenkassengesetz-Novelle und die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns" sprach. Redner führte der Hauptsache nach ungefähr folgendes aus: Die von der Regierung geplante Abänderung des Krankenkassengesetzes solle nicht allein eine Besserstellung der Versicherten herbeiführen, sondern man wolle vor allem auch politische Zwecke damit verfolgen, man beabsichtige die Selbstverwaltung erheblich zu beeinträchtigen. Die Gewerkschaften aber hätten ein hervorragendes Interesse daran, daß die Selbstverwaltung durch die Arbeiter aufrecht erhalten bleibe. Eine Ausdehnung des Kreises der zur Krankenversicherung Verpflichteten sei sehr zu wünschen, eigentlich müßte die ganze Bevölkerung dazu herangezogen werden. Da das aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht erreichbar sei, so wäre zunächst die Heranziehung aller Invaliditäts-Versicherungspflichtigen zur Krankenversicherung zu erstreben. Der Plan, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter zur Krankenversicherung heran zu ziehen, falle merkwürdigerweise mit der Forderung der Agrarier nach höheren Kornzöllen zusammen und es scheine, als ob man hierdurch die Agrarier für die Lasten der Versicherung bezahlen wolle. Daß die Dienstboten und das Gesinde versicherungspflichtig gemacht werden, liege nicht allein in deren Interesse, sondern auch in dem der Herrschaft. Ebenso wünschenswert sei die Versicherungspflicht für die unständigen und hausindustriellen Arbeiter und die Einführung einer obligatorischen Familienversicherung. Dagegen, daß der beruflichen Zersplitterung in der Krankenversicherung ein Ende gemacht werden solle und dafür die territorielle Gliederung eingeführt werde, sei nichts einzuwenden; wenn man aber gegen die freien Hilfskassen vorgehen wolle, so kann dem nur dann zugestimmt werden, wenn gleichzeitig die Innungs- und Betriebs-Krankenkassen aufhören zu bestehen. Da die Gemeinde-Krankenkassen meist nur die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns als Krankengeld zahlten, diese aber nicht mehr den wirklich gezahlten Löhnen entsprächen, sei eine Neufestsetzung der ortsüblichen Tagelöhne im Interesse der Versicherten zu verlangen. Mit der Centralisation wolle die Regierung offenbar die Verwaltung der Kassen den Händen der Arbeiter entreißen und dabei eine Ablagerungsstätte für die Militäranwärter finden. Dagegen müsse sich die Arbeiterschaft ganz entschieden wenden, ebenso gegen den Vorschlag, den Unternehmern mit der Hälfte der Beiträge auch die Hälfte des Einflusses zu sichern. Daß nur in Deutschland approbierte Aerzte angestellt werden, sei gerechtfertigt, nur müsse mit den weiblichen Aerzten eine Ausnahme gemacht werden, so lange diese hier nicht zur Approbation zugelassen würden. Die Arbeiterschaft hätte alle Ursache, dafür zu sorgen, daß eine reaktionäre Organisation der Krankenversicherung niemals Gesetz werde und müsse eine energische Agitation dagegen betreiben. — In der Diskussion trat Cohn für die Besserstellung der Kassenbeamten, für die Förderung ihrer Organisationsbestrebungen und für den Abschluß bindender Verträge ein. Tischendörfer wies darauf hin, daß viel zu wenig in den Gewerkschaften über die Krankenkassen gesprochen würde und die Kassenbeamten selbst in dieser Hinsicht mehr agitieren müßten; nachdem die Erhöhung der ärztlichen Honorare als unbedingt notwendig bezeichnet wurde, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung verpflichtet nach dem Vortrag des Herrn Dr. Friedeberg die Delegierten, dafür Sorge zu tragen, daß in den Gewerkschaften aufmerksam gemacht wird auf die drohende Gefahr, die die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz in sich trägt. Die Gewerkschaften haben den Widerstand gegen die versuchte Entrechtung der Arbeiter zu organisieren und in die breite Masse zu tragen. Die Delegierten werden ferner verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Kassenvorstände Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kassenbeamten aufbessern. Dem Eindringen der Militär-Anwärter ist unverzüglich durch Abschluß von Dienstverträgen mit den Beamten vorzubeugen."

Hierauf berichtet Kaiser über den Barbierstreik. Die Meister von der Freien Vereinigung hätten die Forderungen voll und ganz anerkannt, und der Streik richte sich jetzt nur noch gegen die Innungsmeister. In den nächsten Tagen soll ein Flugblatt seitens der Gehilfen zwecks Aufklärung der Bevölkerung verbreitet werden. Der Generalstreik ist auf Anraten des Ausschusses der Gewerkschaftskommission aufgehoben worden. — Auf Anfrage aus der Versammlung wird seitens der Lohnkommission der Barbiere erklärt, daß den in den fliegenden Barbierstuben arbeitenden Gehilfen die Annahme von Trinkgeldern verboten sei und alles, was gezahlt werde, müsse auf die Listen gezeichnet werden. — Von einem Vertreter der Freien Vereinigung der selbständigen Barbiere wird darauf verwiesen, daß jedes ihrer Mitglieder ein Plakat in seinem Geschäftslokal habe, wodurch die Kontrolle über die Meister, die bewilligt hätten, sehr leicht gemacht sei. Larisch meinte, daß der Generalstreik unnütz gewesen sei. Demgegenüber behauptet der Vertreter der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission, die Berliner Barbiergehilfen seien gezwungen gewesen, in den Generalstreik einzutreten. Da der Antrag auf Sanktionierung des Streiks erst am Schlusse der Debatte gestellt wurde, wurde über den Antrag der vorgerückten Zeit wegen nicht abgestimmt.

Darauf wurde über den **Ausstand der Nordhausener Tabakarbeiter** verhandelt. Link verliest zunächst die Antwort der Fabrikanten in Nordhausen auf ein Schreiben der Gewerkschaftskommission. Die Herren setzen nochmals auseinander, weshalb sie den Schiedsspruch nicht annehmen können, vor allem weigern sie sich sämtliche Ausständigen wieder einzustellen. Hierauf schilderte der Vertreter der Tabakarbeiter aus Nordhausen die Ursache des Streiks und spricht die Ueberzeugung aus, daß wenn ein allgemeiner Boykott der Firmen, die nicht nachgeben wollen, durchgeführt würde, den Arbeitern der Sieg in diesem ihnen vom Unternehmertum aufgezwungenen Kampf sicher sei. Nach kurzer Debatte gelangt folgende vom Vertreter der Tabakarbeiter Berlins eingebrachte Resolution in namentlicher Abstimmung einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Versammlung der Delegierten der Gewerkschaftskommission erklärt, daß sie sich dem von den Arbeitern der verschiedensten Orte Deutschlands über die Nordhäuser Kautabak-Fabrikanten verhängten Boykott voll und ganz anschließt, und beauftragt **die heutige Versammlung die Delegierten, in ihren Gewerkschaften für die Ausführung dieses Boykotts mit allen Mitteln einzutreten.**"

Durch Acclamation wird einstimmig die Ausgabe von Sammellisten zur Unterstützung der ausständigen Tabakarbeiter beschlossen. Anwesend waren 58 Delegierte. Unentschuldigt fehlten die Delegierten der Handschuhmacher, Musiker, Nabiyputzer und Rammer.

Ueber die Entwicklung zum Socialismus sprach Genosse Eduard Bernstein in einer sehr stark besuchten Versammlung des Wahlvereins des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises, die am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand. Redner schickte dem Vortrage die Bemerkung voraus, man möge seine Ausführungen nicht unter dem Gesichtspunkt des Sensationellen betrachten, nicht von ihm viel Neues erwarten. Was er auszuführen habe, seien fast sämtlich Gedanken, die schon früher geäußert worden seien. Man solle sich nicht von den Berichten gegnerischer oder der Partei fernstehender Blätter nervös machen lassen. Früher hätten die Gegner fortgesetzte Rückgänge der Socialdemokratie konstatiert und die Partei sei fortgesetzt dabei gewachsen, heute sei es Sitte, die geistige Zersetzung der Partei zu proklamieren, und die Partei wachse auch.

Der Socialismus, so begann Redner, heißt auf politischem Gebiet Demokratie, auf wirtschaftlichem Kollektivismus, Kollektivwirtschaft. Seine Voraussetzungen seien eine vorgeschrittene industrielle Entwicklung, Ueberwiegen der größeren, kapitalistisch geleiteten Betriebe, Ansammlung der Bevölkerung in den Städten. Es habe sich gezeigt, daß, wo die Bevölkerung hauptsächlich Landwirtschaft treibe und zersplittert im Lande lebe, das Bedürfnis, der Antrieb und die Handhaben zur Umwandlung der Gesellschaft im socialistischen Sinne fehlten. Deutschland habe aber aufgehört, wesentlich Landwirtschaft zu treiben, die Industrie habe die Landwirtschaft überflügelt, 1895 lebten bereits 42,5 Proz. der Bevölkerung von der Industrie, nur noch 35,74 Proz. von der Landwirtschaft. Auch Handel und Verkehr entwickelten sich in größerer Steigerung als die Landwirtschaft. In der letzteren läge das Schwergewicht noch bei den Mittelbetrieben (Klein-, Mittel- und Großbauern), in der Industrie aber neige sich die Wage immer mehr auf die Seite der Großbetriebe. Die Riesenbetriebe mit über 100 Personen hätten 1895 schon über 5,5 Proz. des gewerblichen Arbeitspersonals umfaßt. Indes seien weder Kleinbetriebe noch Mittelbetriebe der Zahl nach zurückgegangen, es finden auch hier noch fortwährend Neubildungen statt. Redner führt dafür einige Stellen aus den Artikeln des Prof. Rauchberg im „Archiv für Sociale Gesetzgebung" vor. Man müsse sich also vor Uebertreibungen hüten. Immerhin

seien schon 1895 zwei Drittel aller Erwerbsthätigen im Gewerbe Lohnarbeiter gewesen, wozu dann noch die große Zahl von Kleingewerbetreibenden komme, die infolge ihrer Einkommens- und Abhängigkeitsverhältnisse faktisch zur Arbeiterklasse gehörten und sich auch meist ihr zugehörig fühlten. Diese Schichten seien für ihre dauernde Befreiung aus Dürftigkeit und Abhängigkeit auf die socialistische Umwandlung der Gesellschaft angewiesen. Die Technik und die objektiven Wirtschaftstendenzen allein nötigten heute noch nicht zum Socialismus, aber das bewußte Eingreifen der Menschen könne viel thun, die Entwicklung in dieser Richtung zu beschleunigen. Die Arbeiterklasse kämpfe heute in drei großen Abteilungen: Gewerkschaft, Genossenschaft und politische Partei, und jede von ihnen bedürfe dabei der beiden andren. Gewerkschaften und Genossenschaften hätten große Aufgaben und Möglichkeiten, größer als wir sie uns früher vorgestellt hätten, aber bei alledem seien ihre Möglichkeiten, aus Gründen, die Redner genauer darlegt, begrenzt. Der wichtigste Kampf sei daher auf Erringung der Macht in Staat und Gemeinde, auf Erkämpfung und Ausnutzung der Demokratie gerichtet. Wie ständen nun hier die Aussichten? Vielfach begegne man in dieser Hinsicht einer ähnlichen Auffassung wie die wirtschaftliche Verelendungstheorie: einer politischen Verelendungstheorie, die eine steigende politische Reaktion voraussehe. Es spreche aber sehr vieles gegen sie. Der allgemeine Gang der Entwicklung zeige vielmehr eine Abnahme der Widerstandskraft der Reaktion. In dem Maße, als die Arbeiterklasse an Zahl und socialer Bedeutung wachse, ihre Organisationen sich ausdehnten, wachse auch die Zahl derer in den Reihen der Gegner, die die Notwendigkeit von Zugeständnissen einsähen. In außergewöhnlichen Fällen fänden sich die Gegner wohl immer wieder zur reaktionären Masse zusammen, aber mit abnehmender Kraft, und bald trieben gegensätzliche Interessen sie wieder auseinander — darunter gerade auch der Streit um die Kosten der Zugeständnisse an die Arbeiter. Auch die moralische Kraft der Reaktion, der Glaube an sich selbst, sei in Abnahme.

Die Politik der Arbeiterklasse müsse es nun sein, die Gegensätze unter den Gegnern für die Förderung ihrer Interessen, für die Gewinnung immer neuer Positionen auszunutzen. Manche Gelegenheiten böten sich da. Redner erinnert an den Fall Millerand. Ob Millerand oder seine Opponenten im konkreten Fall recht gehabt hätten, solle unerörtert bleiben, weil dies ein sehr genaues Eingehen auf Einzelheiten erfordere. Aber principiell sei zu bemerken, daß man bei solchen Gelegenheiten sich nicht nur zu fragen habe, ob es opportun sei, von einer Möglichkeit Gebrauch zu machen, sondern auch, ob man überhaupt das Recht habe, respektive es verantworten könne, eine sich bietende Möglichkeit unbenutzt zu lassen. Der Arbeiterpolitiker habe sich als ein Sachwalter der Arbeiterklasse zu betrachten, zu dessen Aufgaben es gehöre, durch zweckmäßiges Handeln die Zeit, die der Kampf um Beseitigung ihrer Leiden erheische, nach Möglichkeit zu verkürzen. Der Fall Millerand biete übrigens manche Aehnlichkeiten mit dem Vorgehen Lassalles, über dessen Richtigkeit ja auch große Meinungsverschiedenheit unter Socialisten besteht.

In Preußen sei die Arbeiterklasse durch das Dreiklassen-Wahlrecht in Staat und Gemeinde beengt, und es müsse daran gegangen werden, dieses Hemmnis zu beseitigen. Daß die Wahlenthaltung nicht zum Ziel führt, ist allgemein zugegeben, was mit der Wahlbeteiligung erzielt werden kann, müssen wir noch sehen. Jedenfalls dürfe man sich nicht auf sie beschränken, sondern müsse, wenn die Zeit der Wahl kommt, auch alle andern Mittel der Demonstration mit Energie und Nachdruck in Anwendung bringen. Man verweise ihn vielleicht auf die Erfahrungen in Sachsen, wo der umgekehrte Effekt erzielt worden sei. Er müsse aber fragen, ob seiner Zeit in Sachsen auch wirklich alles geschehen sei, was gegenüber der Entreißung des Wahlrechts am Platze war. Ein Volk dürfe sich in manches schicken. Es sei manchmal langes Harren erforderlich, um ein erstrebtes Recht zu erlangen, viel Geduld, bis ein vorenthaltenes Recht erzwungen wird. Aber ein Recht, das es schon besitzt und ausgeübt hat, sich wieder nehmen lassen, das dürfe ein Volk nicht, das müsse es mit Aufbietung all' seiner Energie zu verhindern suchen. (Beifall.) Indes wolle Redner darüber nicht kurzerhand aburteilen. Seine Ueberzeugung aber sei, daß vor der wachsenden Kraft und socialen Bedeutung der Arbeiterklasse auch diese Schranken fallen werden, wenn mit Umsicht und Energie an ihrer Beseitigung gearbeitet werde. Der Weg der Befreiung der Arbeiterklasse sei kein Weg ununterbrochener Erfolge, aber im ganzen zeige er doch, wie kleineren Siegen immer größere Siege folgten, und durch Siege zum Sieg, das sei die Bewegungslinie, die uns die Entwicklung zum Socialismus verbürgt.

Der Vortrag dauerte anderthalb Stunden. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zu Teil.

In der Debatte bestritt der Genosse **Hahn** unter Hinweis auf die Verhältnisse in der Berliner Maschinenbau-Industrie die Ausführungen Bernsteins über die Spaltung der reaktionären Masse, und meinte zum Fall Millerand, daß die Anwesenheit Gallifets im Ministerium einen Socialisten es hätte unmöglich machen müssen, in dasselbe einzutreten. Genosse **Winter** erklärte sich mit Bernstein in allen Punkten einverstanden. Bernstein erwiderte Hahn in einem kurzen Schlußwort, daß von allen Gründen, und es seien gewichtige darunter, die gegen Millerands Eintritt ins Ministerium geltend gemacht wurden, der Hinweis auf die Person Gallifets seines Erachtens der schwächste sei. Gallifets Vergehen lägen ein Menschenalter zurück, er habe sich aber mit seinem ganzen Einfluß in der Armee rückhaltlos auf den Standpunkt gestellt, daß die Armee der Republik und nicht die Republik der Armee zu gehorchen habe, und das sei in jenem Moment die Hauptsache gewesen. Bezüglich des Unternehmerdrucks im Maschinenbau, so komme dergleichen selbst heute noch auch in England vor. Aber dieser Druck werde schließlich doch zurückgedrängt werden, wenn nicht durch rein gewerkschaftliche Mittel, so mit Hilfe der politischen Macht der Arbeiter in Staat und Gemeinde. Im Vortrag habe er den Gang der Entwicklung gekennzeichnet, wie viel davon in allen Industrien erreicht sei, sei eine andre Frage.

Die Portefeuiller hielten am 11. d. M. eine Mitglieder-Versammlung ab. In derselben wurde eine Agitationskommission gewählt, deren Vorsitzender der Bevollmächtigte der Zahlstelle Berlin ist. Eine Arbeitsnachweis-Kommission wurde gleichfalls eingesetzt. Ferner wurde mitgeteilt, daß sich die Etui-Arbeiter in Hanau dem Verband der Portefeuiller angeschlossen haben. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die Firma Schellin gesperrt ist.

Der Verein der Wäsche- und Krawatten-Arbeiter und -Arbeiterinnen wählte in der am 11. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung den Kollegen Leopold zum ersten Vorsitzenden an Stelle Trinks, der aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt hatte. Als zweiter Vorsitzender wurde Keller gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 16. Juni, vormittags 8¾ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung." — Um 10¾ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Fräulein Ida Altmann: „Uebermenschen." Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Mustel-Harmonium. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen vormittag 9 Uhr: Transport- und Verbandübung für die männlichen Mitglieder im Garten bei Neumann, Brunnenstr. 150.

Ober-Schöneweide. Arbeiter-Bildungsverein. Sonnabendabend, 8½ Uhr bei O. Jahn, Wilhelminenhofstr. 18, Versammlung. Vortrag des Genossen M. Kiesel. Gäste sehr willkommen. Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg), Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 15. d. M., abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Fritz Wilke, Andreasstr. 26.

Vermischtes.

2000 Mark Belohnung. Die Belohnung, welche für die Ermittelung des Mörders der am 7. Mai d. J. in Königsberg ermordet aufgefundenen Hausbesitzerin Leyde ausgesetzt wurde, ist laut amtlicher Bekanntmachung auf 2000 Mark erhöht worden.

Die Rettungsstation Ruden der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 13. Juni wurden von einem auf dem Peenemünder Haken gestrandeten Fischerboot zwei Personen durch das Rettungsboot „Geheimrat Beitmeyer" der Station gerettet.

Ueber eine große Feuersbrunst wird aus Petersburg berichtet: Donnerstagnachmittag brach in der Schiffswerft auf der Galeereninsel eine Feuersbrunst aus, durch welche zwei Hellinge, auf welchen der Kreuzer „Witjas" und andre Schiffe im Bau lagen, ferner zwei Bauholzniederlagen und ein Bureaugebäude eingeäschert wurden. Das Feuer sprang darauf über den Kanal, der die Fontanka mit der Newa verbindet und vernichtete eine Anzahl Militärmagazin-Bauten mit großen Vorräten an Sanitätsmaterial, Hafer und Mehl. Der Schaden beläuft sich auf zehn Millionen Rubel.

Ein furchtbares Unglück hat sich Freitag in Paris ereignet. Es wird darüber berichtet: In einer Patronenfabrik in Issy in der Umgegend von Paris fand vormittags eine heftige Explosion statt. Im Augenblick, als die Arbeiter gerade die Fabrik verlassen wollten, um zu frühstücken, stürzte ein 10 Meter breites und 25 Meter tiefes Gebäude der Fabrik ein. Es wurde sofort mit den Rettungsarbeiten begonnen. Aus den Trümmern sind 15 Tote und 18 mehr oder weniger schwer Verwundete hervorgezogen worden. Die meisten Opfer sind Frauen.

Im Bahnhof von Marly bei Valenciennes erfolgte gestern ein Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und einem Personenzug, bei welchem 30 Reisende leicht verletzt wurden.

Die Bernsteinfunde in der Elbmündung, über die wir kürzlich berichteten, haben sich in der Zwischenzeit in sehr bemerkenswerter Weise gehäuft und es ist unter anderm auch wieder ein großes, klares Stück von einem halben Pfunde zu Tage gefördert worden. Es beginnt sich deshalb auch bereits besonders am benachbarten Cuxhafener Fischereihafen ein Handelsverkehr in Bernstein zu entwickeln, und wie dabei festgestellt werden konnte, sind in der verhältnismäßig kurzen Zeit, seit der man dem Vorkommen des Bernsteins dort Beachtung schenkt, etwa 8—10 Pfund gefunden worden. Es ist dabei zu bedenken, daß die Funde bisher alle nur zufällig in den Fischernetzen gemacht wurden und von einem plan- und zweckmäßigen Abfischen der „Norder-Gründe", die sich als Hauptfundort erwiesen, noch immer keine Rede sein konnte, da die Gewässer dort für kleinere Fischerfahrzeuge zu gefährlich sind. Dazu würde nach Ansicht der Schiffer sich nur ein großes, gut manövrierfähiges Kraftboot eignen. Die Häufigkeit, mit der die zufälligen Bernsteinfunde geschehen, dürfte, wie die „Tägl. Rundsch." schreibt, aber doch wohl den Versuch einer planmäßigen Abfischung nahe legen, um so mehr, als es doch geschichtlich festgestellt ist, daß im ersten Jahrhundert unsrer Zeitrechnung auf den Nordsee-Inseln viel Bernstein gefunden worden ist.

Die Pest in Hongkong wütet in ganz erschreckender Weise. Von 1202 von der Seuche Befallenen sind 1131 gestorben. Eine Zählung der Pestkranken ist unmöglich, da viele Chinesen Hongkong verlassen. Die ärztliche Hilfe ist völlig unzureichend. Die Seuche beeinträchtigt bereits das Geschäft.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

N. O. 18. Ewald, Schönleinstr. 6.

M., Annenstraße. Uns unbekannt.

Max Gruhl, Nowawes. Wenn die Aufnahme in dem Krankenhaus nicht auf Anordnung des Vorstands erfolgt ist (und so scheint die Sache doch zu liegen), so ist dem Kranken das volle Krankengeld aus § 11 Nr. 1 oder 2 zu gewähren. Ist die Aufnahme auf Anordnung der Kasse erfolgt, so ist, auch wenn der Kasse die Freistelle gewährt ist, ein Anspruch des Kranken nur nach Maßgabe des § 11 Nr. 4 vorhanden. — **A. Kl.** Nein. — **E. A. 97.** 1. Das ist möglich. 2. Sie thun gut, der Berliner Verwaltung und der Armendirektion mitzuteilen, daß Sie für die Kosten nicht aufkommen und Ihre Einwilligung zur Aufnahme der Frau nicht erteilen, daß Sie vielmehr verlangen, daß Ihre Frau die eheliche Wohnung teilt und daß von einer Hilfslosigkeit keine Rede sein könne. 3. Sie könnten sich an das Amtsgericht mit dem Antrag, Ihre Frau zur Herstellung des ehelichen Lebens zu veranlassen, wenden und eventuell auf Herstellung des ehelichen Lebens klagen. — **J. O. 11.** Charlottenburg. — **J. F.** Nein

---

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 15. Juni.

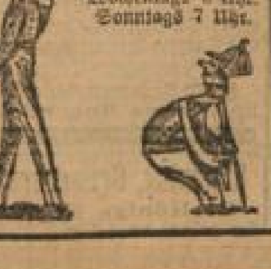
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Konzert des Berliner Lehrer-Gesangvereins und des Berliner Tonkünstler-Orchesters. Anfang 8 Uhr.
Schiller. (Morwitz-Oper.) Hans Heiling. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannisfeuer. Anfang 8 Uhr.
Lessing. Mamsell Tourbillon. Anfang 8 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Frauen von heute. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Gastspiel des Metzthaler-Ensembles. Die goldne Brücke. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Robert und Bertram oder: Die lustigen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Weiß. Sie weiß etwas. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Geschlossen.
Belle-Alliance. Das Versprechen hinterm Herd. Eine verfolgte Unschuld. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7½ Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: Zu kleinen Preisen: „Charakterbilder aus der Mark".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr. Sternwarte.

Köpenick, Lindenstraße 6.
Restaurant Paul Bärsch.
Empfehle den Vereinen und Gesellschaften mein Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal. Gute Speisen zu jeder Tageszeit. 17590*

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
(Morwitz-Oper.)
Sonnabendabend 7½ Uhr:
Eröffnung der Opern-Saison.
Hans Heiling.
Große romantische Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel von Heinrich Marschner.
Sonntagnachmittag 3 Uhr:
bei halben Preisen:
Undine.
Sonntagabend 7½ Uhr:
Die Jüdin.
Montagabend 7½ Uhr:
Hans Heiling.

Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr.
Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 665. Male (in erster Besetzung):
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** — Anfang 8 Uhr.
Das Theater ist vorzüglich ventiliert.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Vorletzte Vorstellung in dieser Saison:
Sie weiß etwas!
Schwank in 4 Akten von Ghd. Kneisel.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Montag bis Freitag bleibt das Theater geschlossen.
Sonnabend, den 22. Juni: Eröffnung der Sommer-Oper. Direkt. Zimmermann und Schramm.
Im Garten heute: **Sommernachtsfest.** Täglich **Theater, Konzert und Specialitäten-Vorstellung.** Nur Kräfte ersten Ranges. Anfang 5½ Uhr.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Heute: Benefiz für Britton und Pietro.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.


Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
zu kleinen Preisen:
„Charakterbilder aus der Mark".
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum.
Neu! Neu! Neu!
Der Champion aller Billardkünstler
Prof. Léon Goffard
aus **Bruxelles**
tritt täglich auf um ½12 Uhr vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.
Lebende Photographien, die eiserne Jungfrau usw.

Zoologischer Garten
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Grosses Doppel-Konzert.
Entree 1 Mark.
Ab 7 Uhr 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der „Völker-Arena":
Beduinen-Karawane
Besichtigung des Bazars, der Truppe, des Zeltlagers; ferner Eselreiten von 3—8 Uhr.
Schaustellungen: 4, ½6, 7 Uhr.
Nach 8 Uhr Darstellung einer **Beduinen-Hochzeit.**
Entree direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig, Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Apollo-Theater
Täglich mit kolossalem Erfolge:
Frau Luna
mit dem Luftballet „Origolatis".
Ferner:
10 sensationelle Specialität.
Gartenkonzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.

Metropol-Theater.
Sonnabend, den 15. Juni:
Entscheidungs-Ringkämpfe
Hackenschmidt—Petroff.
Ferner:
bis zur Entscheidung!
Lassartesse—Gambler.
Das brillante Juni-Specialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

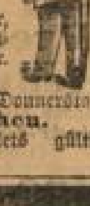
Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Aus dem Volke.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Auftreten der Excentric-Chansonnette Hedwig Döring, des Grotesque-Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Akrobaten. The Carays, Radfahrer. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Entritt 30 Pf.
Numerierter Platz 30 Pf.
Kalbo.

Schweizergarten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten:
Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Neu! Eine fidele Kiste. **Neu!**
Schwank mit Gesang von E. Braune. Musik von R. Thiele.
Der Dieb.
Komische Operette in einem Akt von C. Wilbder.
Im Saale: **Tanzkränzchen.**

Puhlmanns Vaudeville-Theater
Schönhauser-Allee 148.
Täglich: **Große Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**
Nur Kräfte ersten Ranges.
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Ausstattungsoperette.
Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.
A. Lehmann, Direktor.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Im schattig. Sommergarten:
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
Die Boeren-Kapelle.
Neapol. Tarantella-Kapelle „Sacco!"
Wiener Damen-Kapelle Raymond.
Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Specialitäten.
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner". Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

Sanssouci
Im **Garten:**
Täglich:
— **Hoffmanns** —
Nordd. Sänger
und **Konzert.**
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr. d. Soiree 8 Uhr.
Entree 30 Pf.

Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Wochentags Vereinsbillets gültig.
Tanz frei.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Carl Helbig,
Heilgehilfe und Masseur
für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend. 11149*]
Usedomstr. 9. Eing. Wattstr. 19, I.

Verspätet.
II. Wahlkreis!
Am Dienstag, den 11. Juni verstarb plötzlich an Blutvergiftung der Parteigenosse
Ernst Reuter,
Metallarbeiter. Die Beerdigung hat bereits Freitag, den 14., auf dem Kreuzkirchhof in Mariendorf stattgefunden. 238/9
Die Vertrauensleute.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstelle Berlin).
Am Mittwoch, den 12. Juni, verstarb plötzlich an Herzlähmung unser Mitglied, der Kamerad
Louis Schwericke
nach vielfachem Leiden. 254/14
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Frankfurter Allee Nr. 70 aus nach Wilhelmsberg statt.
Um rege Beteiligung der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Centralverband der Maurer Deutschlands.
Filiale I (Putzer).
Den Mitgliedern sowie den Mitgliedern des Gesangsverein zur Nachricht, daß am 13. Juni unser Mitglied
Wilhelm Welack
verstorben ist. [134/15
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Friedhofs in der Müllerstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Verband der Möbelpolierer.
Am 12. d. M. verstarb unser Kollege
Otto Schröder
im Alter von 40 Jahren an Brustkrebs.
Die Beerdigung findet morgen nachmittag 4½ Uhr vom Krankenhaus am Urban nach dem Kirchhof der Emmaus-Gemeinde in Rixdorf, Hermannstraße, statt.
146/17] **Der Vorstand.**

Sommerpreise.
Prima Senftenberger Briquetts
1 Ctr. 6 Hallig. ca. 135 St. 7 „ 115 „ nur 85 Pf.
Oberschlesische Steinkohlen Nuß II Ctr. 1,10, Scheffel nur 90 Pf. verkauft ab Platz **Fischer,** Brombergerstr. 14.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1–5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonnabend, 15. Juni, abends 8½ Uhr, bei Fischer, Waldstr. 8:

Vertrauensmännerkonferenz für Moabit.

Sonnabend, 15. Juni, abends 8½ Uhr, bei Dieke, Ackerstr. 123:

Versammlung der Maschinenarbeiter,

als Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser 2c.

Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Meissner, Chausseestr. 72:

Versammlung der Feilenarbeiter.

Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Wetzel, Wrangelstr. 136:

Morgensprache der Schraubendreher.

Montag, den 17. Juni, abends 8½ Uhr,

General-Versammlung

in der Brauerei „Friedrichshain", Am Friedrichshain 22/29.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines 7. Beamten. 2. Berichterstattung über den Verbandstag in Nürnberg.

☞ Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. ☜

Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhändigen. Jeder Kollege hat darauf zu achten, daß ihm am Saaleingang 2 Stimmzettel verabfolgt werden. Spätere Reklamationen bleiben unberücksichtigt. 115/17

Achtung, Gold- und Silberarbeiter!

Infolge der stattfindenden Generalversammlung fällt unsre regelmäßige Monatsversammlung aus.

Zur Beachtung!

Die Zahlstelle von Pasche in Charlottenburg, Potsdamerstraße 44, ist **aufgehoben.** Die Charlottenburger Mitglieder der Berliner Verwaltungsstelle mögen daher in Zukunft ihre Beiträge **nur bei Leder,** Bismarckstraße 44, und **Fischer,** Krummestr. 41, regeln.

Neue Zahlstellen sind errichtet bei **Meinhardt,** Reinickendorf, Hauptstr. 48, und **Grube,** Friedenau, Stubenrauchstr. 71.

Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!

Dienstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Konferenz in Schlesien.
2. Wird in allen Geschäften nach Tarif bezahlt?
3. Sind kranke Kollegen vom Beitrag befreit?
4. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

172/17 **Der Vertrauensmann.**

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 17. Juni, abends 8½ Uhr, Andreasstr. 26:

☞ Versammlung. ☜

Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht.
Das Erscheinen aller Kollegen wird erwartet.

Die Dampferpartie

findet am 30. Juni nach Hessenwinkel (Dämeritz-See) statt.
Billets à 1,20 M. Kinder 60 Pf.

Der Kollege Kühnemund hat sein Mitgliedsbuch am 10. d. M. verloren. Der Finder wird gebeten, dieses Posenerstr. 5 abzugeben.

146/16 **Der Vorstand.**

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 16. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstr. 19/20:

☞ Versammlung. ☜

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

138/13 **H. Holz,** Gipsstr. 9.

Achtung! Albumarbeiter. Achtung!

Montag, den 17. Juni 1901, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

der in der Albumbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. **Wie liegen augenblicklich die Verhältnisse in der Albumbranche?** Referent: Kollege **Franz Bytomski.** 2. Wahl eines Vertrauensmanns. 3. Verschiedenes. 25/1

Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen der Albumbranche in der Versammlung ist dringend notwendig. **Der Einberufer.**

Zeige hiermit meinen Freunden und Gönnern freundlichst an, daß ich

Burgstr. 29, vis-a-vis **Cirkus Busch,** einen

Schultheiss-Ausschank

4/10 Liter 10 Pf. direkt vom Faß

eröffnet habe. Ich bemerke gleichzeitig, daß ich mir hier wie in meinem **ersten Ausschank, Holzmarktstr. 72,** an der Jannowitzbrücke, die größte Mühe geben werde, meine werten Gäste in jeder Hinsicht zufrieden zu stellen. Mit Achtung 1758*

Adolf Preuss, Gastwirt.

Lindenpark Friedrichsfelde.

Haltestelle der elektrischen Strassenbahn.
Von Spittelmarkt — Friedrichsfelde 10 Pf.
Familien können Kaffee kochen. [16809*] **A. Gesch.**

Achtung! Vereine. Achtung!

Restaurant zum Poddensee in Birkenwerder,

das größte Lokal an der Nordbahn, unmittelbar am Bahnhof und Forst. Unterkunft für mehrere tausend Personen. Gastzimmer für kleine Gesellschaften. Sehr gute Küche. Mäßige Preise. Mehrere Säle.

☞ Ausschank von echtem, Weiß- und Lagerbier. ☜
Stallung für 100 Pferde. — Prachtvoller Garten.

Birkenwerder ist mit Fuhrwerk in 2 Stunden, mit der Bahn in 40 Min. zu erreichen. Den geehrten Herrschaften, Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen. Bei großen Korporationen stellt die Eisenbahndirektion bei vorheriger Anmeldung Sonderzüge ein. 1762*

Besitzer **A. Ebel.**

Köpenick, Schweizergarten.

Lindenstr. 4 — 15 Min. vom Bahnhof Tadowa oder Köpenick.
Reizender schattiger Garten für 3000 Personen. Verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeküche (Ltr. 80 Pf.). Ausspannung für 40 Pferde.
Volksbelustigungen aller Art. **Sonntags: Große Tanzmusik.**
1758*] **Max Reichelt,** Fernsprecher: Amt Köpenick Nr. 132.

Internationale Ausstellung für Feuerschutz und Feuerrettungswesen — Berlin 1901

verbunden mit einer Ausstellung von Erzeugnissen der Gartenbau-Kunst
Kurfürstendamm No. 150–156.

6 grosse Dioramen mit neuen, eigenartigen Lichtwirkungen: Brände aus alter und neuer Zeit. (Die Dioramen sind geöffnet: Wochentags von 4–10 Uhr, Sonntags ausser dem Vormittag von 10–1 Uhr.)

☞ Heute: ☜

Erstes gr. Volks-Fest.

Dreifaches Konzert!

Grosses Lösch- und Rettungsmanöver der Feuerwehr zu Schöneberg sowie Vorführung der Lösch- und Rettungsgeräte von **Gustav Ewald** (Küstrin) unter Mitwirkung der **Freiwilligen Feuerwehr Halensee.**

Festliche Beleuchtung aller Teile des Ausstellungsgeländes, des Hauptgebäudes, des Calmon-Asbesthauses und des Nernst-Pavillons der **A. E. G.** sowie des grossen Steigerturms.

Eintritt 50 Pfg. Kinder unter 10 Jahren **25 Pfg.**

Die Strassenbahnschaffner verkaufen Ausstellungs-Eintrittskarten (für 50 Pfg.), die zugleich zur Fahrt nach dem Ausstellungsplatze berechtigen.

Verkauf von Ausstellungs-Eintrittskarten an allen Schaltern der Stadt- und Ringbahn für 50 Pfg. einschliesslich Fahrt von der fünften Station ab.

Elektr. Strassenbahn: Linkstrasse—Ausstellung—Grunewald, Spittelmarkt—Ausstellung—Halensee.
Nächste Bahnhöfe der Stadt- und Ringbahn: Charlottenburg, Halensee. 1817L

Von

Eduard Bernstein

erschien soeben:

Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?

Preis 1 Mk., elegant gebunden 2 Mk.

Den Inhalt der Schrift bildet der Vortrag, den Eduard Bernstein im Berliner Socialwissenschaftlichen Studentenverein gehalten und der bekanntlich in der Presse bereits zu lebhaftem Meinungsaustausch Anlaß gegeben hat. Der Vortrag ist für den Druck um einige Nachträge ergänzt worden.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie durch den

Verlag der Socialistischen Monatshefte, Berlin W. 35.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13–15. — Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**

☞ Täglich: ☜ [16498*

Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

☞ Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. ☜

2 hochelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand 2c.

Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:

☞ Familien-Kränzchen. ☜

Es empfiehlt sein romantisch gelegenes Lokal zu Landpartien und Ausflügen **Der alte Freund auf Pichelswerder.** Große elektrische **Tanzmusik** jederzeit. Gesellschaften und Vereinen Brücken-Rückgang vergütet. [13532*

Schloßpark Wilhelminenhof.

Jeden Sonntag und Mittwoch: **Gr. Konzert und Ball.**
Ein Saal auch Sonntags für Vereine zu vergeben. [13569*

Welt-Restaurant Hirschgarten,

anerkannt größtes und schönstes Etablissement, über 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen und Gewerkschaften zur gefälligen Benutzung angelegentlichst empfohlen. 1749*

Jeden **Sonntag** und **Mittwoch:** **☞ Großer Ball. ☜**

Telephon: Amt Köpenick Nr. 36. **Richard Walter.**

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

(Endstation der „Stern"-Dampfer)

Telephon:

Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 39.

Empfehle mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser belegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Ausspannung und Dampferstege, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Gute Küche und bestgepflegte Biere zu soliden Preisen. [1815*

Restaurant „Zum alten Scheich"

Ober-Schöneweide, Hetzerstr. 5. [18555

— zwischen **Holzbrücke** und **Tabberts Waldschlößchen,** —

empfiehlt Freunden und Genossen seinen am Wasser gelegenen schattigen Garten. **Gr. Weiße 20 Pf.. Gl. Bier 10 Pf.. Kaffeekochen a Ltr. 60 Pf.**

Löwenkopf - Seifenpulver - Fabrikat

Otto Merker, Heilbronn. 1395*

ist ein ebenso vorzügliches wie bequemes Waschmittel, käuflich überall. Vertreter für Berlin **Eduard Neumann,** Danzigerstr. 68.

Kufeke's

BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmkranke Kinder

Kindermehl.

Jos. Gremmers Wwe.

Landshut Bayern.

Erste und älteste

Brasiltabak-Fabrik.

Brasilschnupftabak per Pfund Mk. 1,70 und Mk. 1,50. Von 6 Pfd. an franco.
Stanjol-Pakete zum 10 Pf.- u. 5 Pf.-Verkauf.
Beste und vorteilhafteste Bezugsquelle. [142/10*

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler 2c.

Ortsverwaltung Berlin H.

Montag, 17. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Tolksdorf, Görlitzerstr. 58:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Festsetzung der Gehälter. 2. Wahl der Ortsverwaltung inkl. Beitragssammler. 3. Wahl des Vertrauensarztes. 4. Verschiedenes.

Die Sprechstunde fällt an diesem Abend aus.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

184/12 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler 2c.

(Ortsverwaltung Berlin B.)

Montag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße 18c (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Festsetzung der Entschädigung der Ortsverwaltung.
2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung, Beitragssammler und Aufnahme-Aerzte.
3. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist absolut notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert.

181/8 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

(E. H.-K., O. H.). **Filiale A.**

Montag, den 17. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Wollschläger, Adalbertstr. 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Festsetzung der Entschädigung der Verwaltungsmitglieder.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Neuwahl der Beitragssammler.
4. Neuwahl der Lokale für Zahlstellen.
5. Neuwahl des Aufnahme-Arztes.

Der wichtigen Sache wegen ist es Pflicht, daß jedes Mitglied der Filiale erscheint. 181/7

Die Sprechstunden fallen aus.
Die Ortsverwaltung.

Gehst Du Sonntags ins Freie hinaus, laß Sorgen, doch niemals den „Wurm" zu Haus.

☞ Verlangen Sie gefl. ausdrücklich **Wurms Magendoktor!** ☜

Köpenick, Grünauerstr. 70.

H. Königs Restaurant hält sich bestens empfohlen. 1254*

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietknöpfe u. Kappnähte. Feste Leder-Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. | **4 Mk. 50**

Echt blaues Monteur-Jackett 1 M. 50
Echt blaue Monteur-Hose . . 1 M. 50
Echt blaues Monteur-Jackett
Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 50
Echt blaue Monteur-Hose
Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 10
Prima Manchester-Hose 2,—, 5,50, 4,25
Gefüttert. Manchest.-Jackett 13,— 9,—
Operations-Mantel f. Aerzte 4,90—3 M. 40
Maler-Kittel . . . . . 3,—, 2,50, 2 M.
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—, 2 M. 40
Weißes Leder-Jackett, 2reihig gefüttert . . . . . 7 M. 50
Weiße Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 17. Jubiläums-Preisliste 1901 über gesamte Herren- u. Knaben-Bekleidung (Auflage 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Versand von 20 M. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge.

Obige Preise gelten für normale Größen. 1295*

Nachdruck verboten!

Strand-Restaurant am Müggelsee

zwisch. Müggelschloß u. Aussichtsturm.

Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Belustigungen aller Art. Coulante Preise. 1263*] **H. Degebrodt, „Strandschloß", Köpenick.**

Ober-Schöneweide!

Empfehle Genossen bei Ausflügen mein **Restaurant und Garten** mit Eingang vom Walde. **Spielplatz, Kegelbahn, Kaffeeküche.** Raum für 250 Personen. [1246*

Otto John, Wilhelminenhofstr. 18.

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. **30 Mark** hochfeine **Sommer-Paletots** nach Mass.

Für **10** Mark hochelegante Beinkleider nach Mass,
guter Stoff, tadelloser Sitz!

14 Krausen-Strasse 14,
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Eigene Fabrikation.

Fertige Kleider

Enorm billig

Jackettkleider
wasserecht dekatiert,
jetzt **10** Mk.

Jackettkleider
elegante Façons
in Cheviot und Homespun
18 Mk., **20** Mk., in feinster Ausführung **30** Mk.

Schwarze Kleider
in neuesten Fantasiestoffen **20** Mk.

Piqué-Kleider
weiß und crême
elegante Façons
7,50 Mk., **10** Mk., **15** Mk.

Hochelegante
Waschkleider
in **Zephir, Batist** und **Piqué**
6 Mk., **8** Mk., **10** Mk.
Organdy 18 Mk., **20** Mk.

Kostüm-Röcke
elegante Façons.
6 Mk., **7** Mk., **10** Mk., **12** Mk., aus Alpacca **4,50** Mk., **6** Mk., aus **weiss** und **crême**-Cheviot und Piqué **3.75. 6–8** Mk.

Morgenröcke u. Matinées
Blusenhemden
1.25 Mk., **2** Mk., **3** Mk.
Seidenblusen jetzt **8.50** M.
Schwarze, glatte u. bestickte
Capes u. Kragen
in Tüll u. Kammgarn **10** Mk.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Wetzker in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Boding in Berlin.

Das Armenhaus zu Weißensee.

Wie es in unmittelbarer Nähe von Berlin mit der Armenpflege bestellt ist, zeigt eine Verhandlung, die gestern in Moabit stattfand. Wegen Beleidigung des Amts- und Gemeindevorstehers Feldtmann in Neu-Weißensee bezw. der dortigen Gemeindeverwaltung hatte sich gestern der Tischler Hermann Dähnert vor der vierten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde. Am 28. Februar 1898 geißelte der Angeklagte in öffentlicher Versammlung die Zustände im Armen- und Krankenhause in Neu-Weißensee. Er behauptete, daß dort die ärgste Schmutzerei vorhanden sei, und die Armen, die dort untergebracht seien, vollständig mit Ungeziefer behaftet wären. Er wurde deshalb angeklagt und vom Schöffengerichte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsinstanz, die der Verurteilte anrief, führte er den Wahrheitsbeweis, den der Gerichtshof für erbracht ansah. Der Angeklagte wurde daher, nur weil seine Aeußerungen in der Form beleidigend sein sollten, unter Aufhebung des ersten Urteils zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Am 20. Oktober v. J. fand nun in Neu-Weißensee eine Volksversammlung statt. An der Debatte beteiligte sich auch der Angeklagte, indem er auf seinen Prozeß hinwies und nach Aussage der überwachenden Gendarmen abermals beleidigende Ausdrücke gegen das Armenhaus gebrauchte.

Auf Grund des Berichts der Gendarmen stellte Gemeindevorsteher Feldtmann — da der Kurator des Armenhauses, Gastwirt Backhaus, die Stellung eines Strafantrags ablehnte — selbst den Strafantrag. Auch in dem zweiten Fall erkannte das Schöffengericht auf drei Monate Gefängnis. Wieder wurde Berufung eingelegt. Die heutige Verhandlung gestaltete sich sehr umfangreich, da zahlreiche Zeugen geladen waren. Gendarm Lack blieb dabei, daß Angeklagter das Wort „Laufestall" gebraucht habe. Ganz sauber sei es im Keller des Armenhauses allerdings nicht, daran seien aber die Leute selbst schuld. Im Keller würden diejenigen untergebracht, die nicht armenpflegeberechtigt, wohl aber ohne Wohnung seien. Die Unterbringung dauere nur so lange, bis die Leute wieder eine Wohnung hätten. Sie erhalten weder Verpflegung noch Beköstigung, nur Obdach. Sie haben ihre eignen Sachen und für ihre Reinlichkeit selbst zu sorgen. Unter andern wohne eine Familie darin mit vier Kindern, die Frau sei gestorben, der Mann gehe den Tag über auf Arbeit, die Kinder seien sich selbst überlassen. Es sei zwar ein 15jähriges Mädchen da, das sei aber lahm und kränklich, auch fehle es an der nötigen Anleitung und deshalb fehle die nötige Sauberkeit. Gemeindevorsteher Feldtmann gab an, daß er aus eigner Erfahrung nichts wisse, er habe aber nach Eingang des Berichts recherchieren lassen und habe erfahren, daß allerdings Schmutzereien im Keller vorhanden waren, zu deren Beseitigung die Insassen jedoch nach dem Allgemeinen Landrecht selbst verpflichtet seien, da sie nur Obdach erhalten. Auf eine Beschwerde hin habe der Landrat durch einen Baubeamten den Keller revidieren lassen; dieser habe erklärt, daß der Keller etwas feucht und ein wenig zu niedrig sei. Darauf habe er den Keller renovieren lassen, gegen die angeordnete Räumung habe er aber Einspruch erhoben, weil der Keller der zur Zeit des Baues gültigen Bau-Ordnung entsprach. An der Feuchtigkeit seien die Bewohner selbst schuld, weil dieselben nicht lüften. — Zeuge Backhaus ist erst seit dem 1. Oktober vorigen Jahres Kurator des Armenhauses. Die der Gemeinde-Armenpflege verfallenen Ortsarmen werden verpflegt, beköstigt und bereinigt. Diese sind im Parterre untergebracht. Im Hause befinden sich auch noch zwei Schulklassen und ein Melde-Amt. Eine Klage über Unsauberkeit sei ihm noch nie zu Ohren gekommen. Anders sei es im Keller. Dort wohne ein Invalidengeld empfangender Schuhmacher, der sich oft betrinke und dann sämtliche Fenster einschlage. Dreimal habe die Gemeinde die Fenster bereits erneuern müssen. Besondere Unsauberkeit oder gar Ungeziefer habe er nicht bemerkt. Jedenfalls treffe die Bezeichnung „Lausehaus" oder „Laufestall" nicht zu. Angeklagter betont hier, daß er einmal von der Tochter eines Kellerbewohners um Hilfe angegangen worden sei. Der Vater des Mädchens, der die Kellertreppe hinabgefallen sei und sich mehrere Rippen zerbrochen hatte, habe anderthalb Tage ohne ärztliche Hilfe im Bett gelegen. Er habe sich beim Amtsvorsteher Feldtmann beschwert, der ihn hart angefahren, ihm aber doch den Amtssekretär Hengst mitgegeben habe, und dieser sei über die Zustände im Armenhause sehr erstaunt gewesen. Herr Feldtmann bestreitet die Möglichkeit eines solchen Vorkommnisses. Praktischer Arzt Dr. Euphrat ist nur einmal vor langer Zeit im Armenhause gewesen, um einen Kranken zu besuchen. Es war dort sehr unsauber. Auch der Kranke war sehr schmutzig und hatte Ungeziefer. Gemeindevertreter Schildert hat auf Ersuchen des Angeklagten das Armenhaus besucht. Er habe es dort sehr unheimlich gefunden. Die Luft war unerträglich. In den drei Stuben des Kellers waren die Wände mit Pilzen bedeckt, vor den Kochmaschinen waren die Dielen aufgerissen. Ungeziefer habe er nicht konstatiert, dazu waren die Betten zu schwarz, aber erzählt sei ihm davon worden. Frau Köhler wohnte mit ihrem Mann und drei Kindern seit 13 Monaten in einer einfenstrigen Stube des Armenhauses. „In einem andren Raum wohnen zwei Frauen mit zusammen drei Kindern; in einer dritten Stube ein Mann mit 4 Kindern. In einem Raum wohnte ein Fräulein mit 5 Kindern, bis sie erkrankte, in das Krankenhaus kam und die Kinder in das Waisenhaus gebracht wurden. Wanzen und Läuse giebt es in Menge!" — Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dietz: Thun Sie denn nichts dagegen? — Zeugin: Wie kann ich denn, wenn die Läuse überall hingeschleppt werden! Sogar die alten Leute in dem ersten Stockwerk klagen über Läuse! Den ganzen Winter hätte sie mit der ganzen Familie bei offenen Fenstern schlafen müssen, weil die Fensterscheiben entzwei waren und nicht gemacht wurden. — Frau Priebe wohnte in Berlin, wurde mit ihren 5 Kindern von ihrem Manne verlassen und nach Weißensee abgeschoben, wo sie noch ihren Unterstützungs-Wohnsitz hatte. Sie wurde als Obdachlose im Armenhause untergebracht und bewohnte vom Ausgang Juli bis zum 1. April eine zweifenstrige Stube mit einer Frau, die auch zwei Kinder hatte. Sie sei sauber gewesen, das Haus aber nicht. Ungeziefer sei in allen Zimmern gewesen. Sie selbst habe keines gehabt, sie habe es aber auch bei andern Leuten gesehen, auch nicht verhindern können, daß ihre Kinder oft Ungeziefer auflasen. Wanzen waren auch vorhanden, die Wände waren voller Schimmelpilze. Die Fenster waren den ganzen Winter entzwei, mit Bretterverschlägen und mit Säcken ausgestopft. Sie hätten im Finstern sitzen und frieren müssen. Die Fenster seien erst im April gemacht worden. Arbeiter Löpricht war im Mai v. J. einmal im Armenhause. Der Zustand sei unerträglich gewesen. Die Fenster waren entzwei. Die Betten ganz schwarz. An den Wänden zeigten sich die Spuren zerdrückter Wanzen. Nach diesem Ausfalle der Beweisaufnahme beantragte der Verteidiger, R.-A. Heine, die Freisprechung des Angeklagten, da der Wahrheitsbeweis erbracht sei. Die Verwaltung sei nicht ganz ohne Verschulden, jedenfalls hätte sie den Obdachlosen mehr Fürsorge widmen müssen. Der Gerichtshof nahm für erwiesen an, daß Angeklagter das Wort „Laufestall" gebraucht habe und damit diejenigen treffen wollte, die für die Armenhaus-Verwaltung verantwortlich sind, das ist der Gemeindevorstand und seine Organe, denen er den Vorwurf machte, daß sie es seien, die das Armenhaus zu einem Laufestall gemacht hätten. Dieser Vorwurf sei nicht berechtigt, wenigstens nicht in seiner Allgemeinheit. In der ersten und zweiten Etage habe sogar eine gewisse Sauberkeit bestanden. Wenn im Keller Schmutz und Unsauberkeit herrschte, so waren dafür die Insassen selbst verantwortlich, nicht aber der Gemeindevorstand. Der Schutz des § 193 sei dem Angeklagten als Mitglied einer freiwilligen Arbeiter-Sanitätskommission zugebilligt worden, seine Angriffe waren aber zum allergrößten Teil unberechtigt und darum beleidigend. Da er wegen desselben Vergehens schon einmal vorbestraft war, mußte auf eine hohe Geldstrafe erkannt werden, die aber andrerseits zu erniedrigen sei mit Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse des Angeklagten und darauf, daß er wohl annehmen konnte, der Gemeindevorstand sei verpflichtet, auch den Obdachlosen etwas mehr Fürsorge angedeihen zu lassen. Es sei daher auf 300 M. Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis erkannt worden.

Marktpreise von Berlin am 13. Juni 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,—	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,20	1,—
†Roggen, gut	„	14,49	14,38	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	14,36	14,34	Kalbfleisch	„	1,80	1,10
„ gering	„	14,32	14,30	Hammelfleisch	„	1,60	1,10
*Gerste, gut	„	16,—	14,90	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,80	13,70	Eier	60 Stück	3,60	2,20
„ gering	„	13,60	12,60	Karpfen	1 kg	2,—	—
*Hafer, gut	„	16,20	15,50	Aale	„	2,60	1,20
„ mittel	„	15,40	14,70	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,60	14,—	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	7,16	6,50	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	7,80	5,40	Schleie	„	2,60	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,60
Speisebohnen	„	45,—	20,—	Krebse	per Schock	18,—	3,—
Linsen	„	65,—	25,—				

† Ab Bahn und ab Kahn.
* Frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 14. Juni. **Getreide.** Im Widerspruch mit den aus Nordamerika vorliegenden Nachrichten haben die Getreideverschiffungen Argentiniens nicht ab-, sondern zugenommen. Infolgedessen blieb auch die festere Haltung der Getreidebörsen in New York und Chikago bei uns ohne Einfluß. Der Markt blieb außerordentlich still, die Tendenz war eher matt, wenn auch wesentliche Preisabschwächungen durch die Ansicht verhindert wurden, daß der gestrige Sturm den inländischen Saaten neuerlichen großen Schaden zugefügt habe. Weizen und Roggen waren schwach behauptet. Mehl wurde zu gestrigen Preisen etwas mehr umgesetzt. Hafer war still und unverändert. Am Maismarkte hatte verschärfte Warenknappheit ein Anziehen der Preise für Locoware und vordere Sichten zur Folge. Herbstlieferungen lagen schwächer. Rüböl nach mattem Beginn erholt. Schluß für Getreide leicht befestigt.

Spiritus kam nicht zur Notiz.

Witterungsübersicht vom 14. Juni 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = °R.
Swinemünde	754	SSW	4	heiter	12	Haparanda	746	NO	2	halb bed.	9
Hamburg	752	SSW	3	Regen	10	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	755	SSW	3	heiter	12	Cork	759	NNW	4	halb bed.	13
Frankf./M.	756	SW	3	wolkig	11	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	758	SO	3	bedeckt	13	Paris	756	SSW	2	wolkig	11
Wien	759	—	—	—	—						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 15. Juni 1901.
Kühl und veränderlich, vielfach wolkig mit Regenfällen und frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.

Central-Bureaux: BERLIN S., Neue Jacobstr. 5.

Damen-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.

Praktischer Strand- u. Promenaden-Schuh
2,60 Mk.

Lasting Zugstiefel
mit Lackspitze u. Ballenleder angenehm für den Sommer.
3,50 Mk.

Leder-Schnür-Stiefel
bequem — solide
4,50 Mk.

Leder-Knopf-Stiefel
elegant — dauerhaft
5 Mk.

Damen-Schuhe.

Hauspantoffel
38 Pf.

Segeltuch-Schuh
mit Ledersohle und Absatz
1,20 Mk.

Lasting Promenadenschuh
m. Gummizug auf d. Spann, bequem. leichter Schuh für Strasse und Haus
1,25 Mk.

Leichter Gemsleder-Schuh
mit Lederfutter, f. Strasse u. Haus
2,60 Mk.

Unsere sämmtlichen Erzeugnisse sind anerkannt von hervorragendster Haltbarkeit und Passform.

Farbiges Schuhwerk für Damen, Herren und Kinder in den modernsten Farben und in reichhaltigster Auswahl.

69 Filialen im Deutschen Reiche unter eigener Firma.
Davon 14 in Berlin.

Andreasstrasse 50 | Friedrichstrasse 240-41 | Oranienstrasse 65 | Spittelmarkt 14
Beusselstrasse 29 | Gr. Frankfurterstrasse 139 | Potsdamerstrasse 50 | Thurmstrasse 87
Danzigerstr. 1, Ecke Schönhauser Allee | Müllerstrasse 3 | Rosenthalerstrasse 14 | Wilsnackerstrasse 22

RIXDORF: Bergstr. 30-31. ◆ CHARLOTTENBURG: Wilmersdorfer Strasse 122.

Echt Good year Welt-Schuhe und Stiefel, nur eigenes Fabrikat. Das anerkannt beste Schuhzeug der Gegenwart.

Gleiche Preise in allen unseren Geschäften. Preise streng fest. Auf jeder Sohle gestempelt.

Kinder-Schuhzeug.

Dauerhafter Mädchen-Knopf-Stiefel **3,50 Mk.** Grösse 27/28

Mädchen- u. Knaben-Segeltuch-Schuh mit Gummisohle
für Sport und Strand
1,65 Mk.
Grösse 8/9.

Kinder-Jahres-Schuh (Bronceleder)
35 Pf.

Derb. Knaben-Agraffen-Stiefel
3,90 Mk. Grösse 27/28.

Herren-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.

Praktischer Strand- und Promenaden-Schuh
3,50 Mk.

Leder-Zug-Stiefel mit Besatz
bequemer dauerhafter Strassenstiefel
4.50 Mk.

Sandale
vorzüglich für jeden Sport
4,50 Mk.

Leder-Schnallen-Stiefel
bequemster Stiefel der Jetztzeit
9,50 Mk.

Wir bitten genau auf unsere Firma

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg zu achten.

10%

Saison-Ausverkauf
Warenhaus Julius Loewenberg

N., Swinemünderstrasse 44, Ecke Lortzingstrasse.

Um mit meinen grossen Sommerlägern zu räumen, gewähre ich bei meinen **bekannt billigen Preisen** auf sämtliche Waren (Garne ausgenommen) von **Sonnabend, den 15. Juni, bis 1. Juli** einen

Extra-Rabatt von **10%**, welcher sofort an meinen Kassen in Abzug gebracht wird.

Es bietet sich eine selten günstige Gelegenheit zu billigen Einkäufen.

Grosse Posten **Kleider-** und **Waschstoff-Reste** enorm billig.

Ziehung 25. und 26. Juni in Berlin im Ziehungssaale d. Königl. General-Lotterie-Direction. 200,000 Loose.

Grosse Geld-Lotterie zum Besten des **St. Hedwig-Krankenhaus**

Loose à ℳ 3.30 Porto u. Liste 30 Pfg. extra.

7079 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug, im Betrage von Mark

372600

Hauptgewinne: Mark

ℳ **100,000**
ℳ **30,000**
ℳ **20,000**
ℳ **10,000**

5	à	5000	=	25000
10	à	1000	=	10000
100	à	500	=	50000
200	à	100	=	20000
500	à	50	=	25000
2000	à	20	=	40000
4260	à	10	=	42600

Hedwigs-Loose gegen Postanweisung oder Nachn. empf. d. General-Debit:

Lud. Müller & Co.

in Berlin, Breitestr. 5.

Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Restaurant **Pferdebucht** bei Köpenick.

Empfehle mein altbekanntes, in herrlichem Laubwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartieen. 14332*

Sommer-Wohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze 5000 Sitzplätze. Ausspannung für 80 Pferde. **Gute und berühmte Küche.**

Es ladet zum Besuch freundlichst ein **Wilhelm Brüsewitz**, Besitzer.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en detail 12332*

Dresdenerstraße 4, am Kottbuser Thor.

Telephon Amt IV 447.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots von Mk. **13,50** an

Jackett-Anzüge . . von Mk. **15** an | **Radfahrer-Anzüge** von Mk. **11** an
Rock-Anzüge . . . . . **23** „ | **Jünglings-Anzüge** . . **12** „

Cachemir- und Lüstre-Jacketts von Mk. **2,—** an

Wasch-Anzüge und Blusen für Knaben von Mk. **1,—** an

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigner Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng feste Preise.

J. Brünn.

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.

Nach beendeter Engros-Saison gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Wäsche! Betten!

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Einzelne fehlerhafte Exemplare **für die Hälfte des Wertes.**

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an, Knabenhüte „ 0,75 „

Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres.

Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen. Mützen. Krawatten. 17072*

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

Segler-Schloß Hankels Ablage,

Bahnstation Zeuthen. Görlitzer Bahn.

Sehr schön gelegen an Wald und Wasser. — Den Vereinen und Gesellschaften sehr zu empfehlen. [16320*] Besitzer **W. Heinrich.**

Juli und August einige Sonnabende und Sonntage noch frei.

Restaurant „Wilhelmshof", Hirschgarten.

Am Bahnhof Hirschgarten. Inh. **W. Keller,** Gastwirt.

Empfiehlt den **Vereinen und Gesellschaften** seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Kegelbahnen, Kaffeeküche. Gutgepflegte Biere u. Speisen zu jeder Tageszeit. **Volksbelustigungen.** Auch zu erreichen Köpenick von Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Lindenrauchstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) **Radfahrer Pumpstation.**

„Teufelssee" In den Müggelbergen. **„Marienlust".**

Inh.: **C. Streichhahn,** Besitzer des **Kaiserhofs,** Köpenick. *

Empfehle beide Lokale mit großen **Sälen** und **Gärten,** jedes circa 3000 Personen fassend, mit **Dampferbrücken. Stallungen** für 40 Pferde ꝛc.

Die Mutter und ihr Nesthäkchen.

Von jeher hat die Mutter ihr jüngstes Kind, das Nesthäkchen, ganz besonders liebevoll gehegt und gepflegt, es beglückt auf ihren Armen getragen, an seinem Bettchen gesessen, um seinen Schlummer zu bewachen, ihm seine kleinen Wünsche abzulauschen, seine kleinen Beschwerden zu mildern gesucht. Es giebt kaum ein reizvolleres Bild, als das der liebenden Mutter, die ihr Kindchen herzt und küßt und sich an seinem fröhlichen Jauchzen, an dem Zappeln und Strampeln der runden, rosigen Glieder beseligt weidet.

Aber mit diesem so natürlichen Gefühle der Mutterliebe allein ist es nicht gethan. Es muß sich zu ihr auch das richtige Verständnis für dasjenige hinzugesellen, was sie zu thun und zu unterlassen hat, damit ihr Jüngstes sich prächtig entwickeln kann. Da giebt es hunderte von Kleinigkeiten, an die sie denken, die sie ausführen muß; da gilt es, zu verhüten und zu schützen, ohne doch das Kind zu verwöhnen und zu verweichlichen.

Zwei Worte sind es — inhaltsschwer — die heute die Hauptaufgabe der Fürsorge für Alt und Jung, Groß und Klein in sich zusammenfassen, die für jedes Gemeinwesen, jede Familie, jede einzelne Person von höchster Bedeutung sind: „Hygiene und Diätetik."

Natürlich spielen sie auch schon beim kleinen Kinde die Hauptrolle; soll doch im ersten Lebensjahre der Grund zu seinem künftigen Wohle gelegt, sein Körper für die meist nicht leichten Aufgaben des Lebens vorbereitet und gekräftigt werden.

Mannigfach sind die Aufgaben der Hygiene. Da soll des Kindes Körperhaut täglich durch sorgfältige Reinigung mit Bädern und Waschungen wohl gepflegt, da sollen die Organe der Sinne (Ohr und Auge) gut geschützt werden. Das Gehirn soll von Blutandrang bewahrt bleiben, das Knochensystem sich gesund und normal entwickeln. Luft und Licht sollen dem Kinde reichlich zu teil werden, damit sein Blut gesättigt an Sauerstoff bleibe; ergiebige Atmungen sollen seine Lunge und angemessene Bewegungen seine Muskeln kräftigen. Wäsche und Lager, Kinderstube und Ausfahren ins Freie, — alles will überwacht sein. Außerdem fällt aber der Mutter, gerade beim Nesthäkchen, eine nicht minder wichtige Aufgabe zu, — nämlich die richtige, zweckmäßige Diätetik.

Nicht immer ist sie in der angenehmen Lage, ihm monatelang die Brust reichen zu können. Oft ist dies nicht oder nur wenige Woche hindurch möglich. Da gilt es nun, gleich von Anfang an den zuverlässigsten Weg einzuschlagen. Denn nichts ist verkehrter, als mit einem so zarten Wesen erst planlos zu experimentieren, — bald dies, bald jenes Nährmittel bei ihm zu „versuchen", welches gerade durch Reklame, durch Angehörige oder Freundinnen empfohlen wird. Dieses Herumtasten und Wechseln in der Nahrung ist für das kleine Menschenkind ein wahres Unglück, denn es wird die Ursache von Magen- und Darmleiden, die es rasch zu Grunde richten können. Hierzu kommt, daß oftmals die Kuhmilch nicht so tadellos ist, wie man es verlangen müßte, — ja, daß sie, wenn sich im Viehstande auch perlsüchtige Kühe oder solche mit unerkennbarer Tuberkulose befinden, geradezu für das Kind gefährlich werden kann. Selbst durch das Sterilisieren oder Abkochen sind Zersetzungen der frischen Milch und damit Brechdurchfälle des Säuglings nicht leicht zu vermeiden.

Da richten sich denn die Blicke der Mutter unwillkürlich auf ein altbewährtes Kinder-Nährmittel, welches in der Hauptsache aus der kondensierten Milch gesunder, auf frischen Alpenwiesen weidender Schweizer Kühe hergestellt ist, — nämlich auf das Nestlé-Mehl. Dies wirklich „gute" Nährmittel wird nun schon seit 35 Jahren in stets gleicher Weise aus solcher, absolut bekömmlicher Milch, feinstem Weizenzwiebackpulver und Zucker angefertigt, ist völlig keimfrei, keinem Verderben ausgesetzt und wird, — wie die Erfahrung tausendfach gelehrt hat, — von den Kleinen ungemein gern genommen, aber auch tadellos vertragen. Von Tag zu Tag nimmt das Kind bei seinem Nestlé-Mehl-Süppchen oder Breichen zu, bleibt frei von Magen- und Darmstörungen, Drüsenleiden oder Hautausschlägen, wird dick und rund und befindet sich dabei ununterbrochen äußerst wohl. Alles dies kann man von den zahlreichen milchlosen Kindermehlen und dergleichen nicht behaupten. Wenn eine Mutter ihr Kindchen blühen und gedeihen sehen will, dann bleibe sie nur unentwegt beim wohlbekannten Nestlé-Mehl.

Dr. C. Bock.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Eckrestauration mit Vorgarten zu verkaufen. Auskunft erteilt Schöneberg, Rixdorf, Herthastraße 1a.

Obst-, Gemüse-, Kolonialwarenhandlung mit Rolle, gute Lage, billige Miete, wegen andren Unternehmens billig zu verkaufen. Näheres Halensee, Georg-Wilhelmstraße 18/19, Eingang Lützenstraße, Plätt-Laden. *

Englische Drehrolle Raummangels verkäuflich Marstraße 14. †65*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Herren-, Damen-, Kindersandalen, dauerhaft und billig, liefert Berliner Einkaufs-Genossenschaft, Marsiliusstraße 19. †95*

Spottbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren verkauft Leihhaus, Neanderstraße 6. 67/18*

Muschelkleiderspind 27,00, schöner Spiegel 10,00, Sofa 18,00, Nähmaschine 6,00, Vertikow, Bettstellen, vollständige elegante Nußbaum-Wirtschaft billig Gartenstraße 148, vorn I, links. †135*

Kinderwagen, Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2a, o. Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 6478*

Kindersportwagen spottbillig. Andreasstraße 23. 5518*

Kinderbettstellen spottbillig. Andreasstraße 23. [5528*

Achtung! Radfahrer! Wer sich ein billiges Fahrrad kaufen will, wende sich an die Berliner Einkaufs-Genossenschaft Marsiliusstraße 19. *

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Laubenbau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Kottbuser Damm 22.

Für Laubenbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Mark Meter Charlottenburg, Bismarckstraße 89. 1806b*

Cigarrenfabrik A. Tietz, Invalidenstraße 124 und Breitestraße 23, empfiehlt seine hervorragenden Sorten Nr. 21: 5 Pf., 27: 6 Pf., 31: 7½ Pf., sowie Rauch-, Kau- und Schnupftabake. †135*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ⅟₁₆ Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 97/10*

Kindernährmittel, stets frisch offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu ermäßigten Preisen. Flora-Drogerie Paul Lemcke, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 1846b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Junge Terrier-Hunde verkauft Längert, Fruchtstraße 61. †30

Herrenfahrrad, Damenfahrrad verkauft sofort. Schuhmann, Waldemarstraße 27, I.

Abreisehalber verkaufe sofort Kleiderspind, Wäschespind, Bettstellen mit Matratzen und Federbetten, Sofa, Tische, Stühle, Nähmaschine, Fahrrad, spottbillig. Waldemarstraße 27, vorn I.

Fahrräder, verfallene, hochpreiswert im Fahrräder-Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. Schundware ausgeschlossen. 98/3

Aquarium, Fontaine, Tropfsteingrotte, neu, verkauft für 25 Mark Schulz, Lottumstraße 10a, Hof. [1852b

Restauration mit schönem Garten, beste Lage, Ober-Schöneweide, gegenüber 2 großen Fabriken, kleiner Saal, 8 Vereine, Kegelbahn, verkäuflich. Erfragen Beuckert, Wilhelminenhofstr. 21.

Billigste Bezugsquelle für neue Fahrräder, alte von 46,00, Zubehörteile größte Auswahl, Heinze, Brückenstraße 6b. 7248*

Mein Restaurationslokal mit Vereinszimmer und prachtvollem Vorgarten empfehle den geehrten Genossen ganz ergebenst. Sonnabend und Sonntag musikalische Unterhaltung. Paul Petschke, Pankow, Wollankstraße 91. 1857b*

Resterhandlung. Stoffe zu Herren-, Knabenanzügen, Damenjacketts, Umhängen. Kleiderstoffe, Knabenanzüge, Herrenanzüge nach Maß. Grünerweg 81, Sparverein Osten. †141*

Destillationsniederlage, viel Bier und Schnaps, sofort billig. Arndtstraße 24. 1868b

Materialwaren-, Obst-, Grünkram- und Kohlengeschäft wegen Verzug nach außerhalb zu verkaufen. Friedrich, Reuterstraße 56, Rixdorf. [*

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82.

Schankgeschäft verkäuflich, Droschken-Halteplatz, Urbanstraße 185. [1865b

Kundentischlerei mit einer Bank verkauft sofort billig Diewitz, Bredowstraße 41. [†75

Restauration verkauft Fruchtstraße 61. [†30*

Fahrrad verkauft billig Wanglickstraße 35, III links. [1662b

Zwei guterhaltene Fahrräder verkauft Alfred Steffen, Posenerstraße 6.

Schankgeschäft zu verkaufen, passend für Parteigenossen, bei Marx, Kastanien-Allee 96. †50†

Schankgeschäft. Altershalber muß ich mein nachweislich gutgehendes Schankgeschäft zum Inventarpreis verkaufen. Miete 1200, anschließende Wohnung, erforderlich nur 800 Mark. Näheres Comptoir Holzmarktstraße 40.

Vermischte Anzeigen.

Französisch (billig) Breitestraße 5.

Englisch (billig) Breitestraße 5. *

Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtssachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billigst Franz Wildhagen, Christburgerstr. 32, Quergebäude III.

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Kunststopferei von Frau Kokosky Steinmetzstraße 48.

Rechtsbureau. Rechtshilfe, Raterteilung Andreasstraße Dreiundsechzig [1803b

Unfallklagen, Invalidensachen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. 10805*

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Rotnicks Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59 III. Namen beachten.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Hannemann, Kochstraße 56 I, Amt 4a 6944. 7188*

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16. 1811b

Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannaschk, Inselstraße 10. [7068*

Vereinszimmer, Zahlstelle passend, Fernsprecher III 1785. F. W. Wilhelm Gaßmann, Badstraße 14.

Vermietungen.

Fabrikräume, Doppellicht, große, kleine und mittlere, unter günstigen Bedingungen zu vermieten. F. Simon, Michaelbrücke 1. 7092*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für 1 Herrn, mit einwohnen, Schmauk, Marheinekeplatz 14 IV. 1659b

Landaufenthalt, Zimmer Woche 5 Mark, Wende, Eggersdorf-Strausberg. 1844b*

Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle Fabianek, Prenzlauer Allee 194

Anständiger Herr findet kleines möbliertes Zimmer. Kleine Markusstraße 21, II links. [†30*

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet Saß, Naunynstraße 36 vorn III. 1850b

Schlafstelle für zwei Herren bei Mudra, Apostel Paulus-Straße 15, Schöneberg. 1850b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Karton-Arbeiterinnen, geübte, verlangt Anders Nachfolger, Adalbertstraße 7. 1834b*

Geübte Mamsells auf Jacketts finden das ganze Jahr hindurch bei mir Beschäftigung. Preise 1,50 bis 2,00 Mark. Engros-Werkstatt Kastanien-Allee 86. 1651b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Ein tüchtiger **erster Lackierer** wird bei dauernder Arbeit als

Meister gesucht

in der Wagenfabrik von [106/5*

H. Noack, Neuhaldensleben.

Offerten erbeten.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Wetzker** in Gr.-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Babing** in Berlin.